

THEMEN DES MONATS

Aquakultur

Braucht Europa Fisch aus Asien?

Die EU setzt auf Deregulierung, um die industrielle Aquakulturproduktion zu erhöhen

Seite 2

Ressourcenschutz

Kompost statt Torf

Torf in gärtnerischen Erden durch Kompostprodukte zu ersetzen ist angewandter Klimaschutz

Seite 4

Naturschutzflächen

Rettung des Naturerbes

Weil Umweltorganisationen an einem Strang zogen, konnten wertvolle Naturgebiete gesichert werden

Seite 6

Gewässerschutz

Grenzen überschreiten

Erfahrungen mit der europäischen Wasserrahmenrichtlinie in internationalen Flussgebieten

Seite 8

Interview: Gebäudeeffizienz

„Nur noch Nullenergiehäuser“

Kann das EU-Parlament die Gebäuderichtlinie gegen Europas Wirtschaftsminister verteidigen?

Seite 13

THEMENHEFT

Materialeffizienz

Beilage

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	10
Klima & Energie	12
Konsum & Verbraucherschutz	16
Landwirtschaft & Gentechnik	17
Naturschutz & Biodiversität	19
Stadt & Region	21
Tierschutz & Ethik	21
Umweltpolitik & Umweltrecht	22
Verkehr & Tourismus	24
Wasser & Meere	25
Wirtschaft & Unternehmen	27

VERBÄNDE



Thema. Umwelt im Web 2.0	28
DNR intern	29
Aus den Verbänden	30
Ehrenamt	30
Preise & Ausschreibungen	30

SERVICE

Rezensionen	32
Internet	34
Neu erschienen	34
Leserbriefe	35
Impressum	35
Termine	36

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst	
Umweltbildung	37
Halbzeitkonferenz zur UN-Dekade	

Aquakultur

Braucht Europa Fisch aus Asien?

Die EU setzt auf Deregulierung, um die industrielle Aquakulturproduktion zu erhöhen

Mit ihrer neuen Aquakulturstrategie will die EU-Kommission die Stagnation der industriellen Aquakultur in Europa überwinden. Gefördert werden soll auch der Export europäischer Technologien. Das dürfte in Asien, wo Aquakultur noch weitgehend nachhaltig betrieben wird, für massive ökologische und soziale Probleme sorgen. ■ VON SUSANNE GURA

Auf der weltgrößten Nutztiermesse EuroTier in Hannover im letzten Herbst waren vietnamesische Fischproduzenten die nicht anwesenden Stars. Eine Million Tonnen Pangasiusfilets sollen 2009 nach Europa geliefert werden – eine Vervielfachung der Aquakulturproduktion innerhalb kürzester Zeit.

Der Norden kann sich mit Fisch nicht selbst versorgen und importiert ihn zur Hälfte aus dem Süden. In der EU werden zwölf Millionen Tonnen Fischereiprodukte im Jahr verzehrt, davon stammen etwa 60 Prozent aus den Mitgliedstaaten. Die Fischfänge der EU-Flotten sind im vergangenen Jahrzehnt um 26 Prozent zurückgegangen. Erst rund ein Fünftel der europäischen Fischproduktion kommt aus Farmen, zumeist Lachs und Forellen. Dieses Defizit ist eines der Hauptargumente der EU-Kommission für ihre Aquakulturstrategie, die sie im April vorgelegt hat.

Ausweg aus der Überfischung der Meere?

Die Fischbestände in den Weltmeeren können nicht weiter geplündert werden, die Fangflotten sind längst zu groß und arbeiten nicht mehr wirtschaftlich. Da scheint Aquakultur die Lösung zu sein. Die Aquakultur in Europa stagniert jedoch, im Gegensatz zu Asien. Die Gründe dafür werden in erster Linie in den Regularien für Tierschutz, Tiergesundheit und Naturschutz gesehen. Deregulierungsversuche sind absehbar, aber nicht unbedingt Erfolg versprechend. Die Strategie der EU-Kommission bietet im Finanzrahmen der Gemeinsamen Fischereipolitik den europäischen Firmen eine Grundlage für neue Geschäftschancen in Drittländern.

Fisch stellt den bei Weitem größten

Teil des Welthandels mit Agrargütern und Aquakultur ist der am schnellsten wachsende Bereich der Nahrungsmittelerzeugung. Führend in der Aquakultur ist Asien mit 80 Prozent der Weltproduktion.

Asiens angepasste Aquakulturen

In Asien hat die Aquakultur einen völlig anderen ökologischen, sozialen und ökonomischen Stellenwert. In China wächst die Aquakulturproduktion seit mehr als 50 Jahren um etwa zehn Prozent jährlich, sodass die Versorgung von fünf auf 25 Kilogramm Fisch, Schalen- und Krustentiere pro Person und Jahr angestiegen ist. Zum Vergleich: In Deutschland sind es 17, im Weltdurchschnitt 14 Kilogramm. 70 Prozent der chinesischen Fischproduktion kommen aus der Aquakultur. Unter Mao Zedong wurde eine Teichwirtschaft aufgebaut, die aus mehreren Arten, auch pflanzlichen, in unterschiedlichen Positionen der Nahrungskette besteht – eine sogenannte Polykultur. Oft werden Teiche mit Schweine- und Geflügelhaltung und dem Anbau von Gemüse oder der Maulbeerseidenproduktion kombiniert. Ähnliche integrierte Systeme haben sich in großen Teilen Asiens verbreitet.

Zu den Ökosystemleistungen der asiatischen Aquakultur gehören die Verwertung unterschiedlicher Nährstoffe aus Abfall und Abwasser und die Kontrolle von Schädlingen. Die asiatischen Nassreisfelder mit ihrem Reichtum an aquatischen Arten sind bekannt für ihren Beitrag zur Schädlingsbekämpfung, den die Grüne Revolution durch ihren Chemieeinsatz jedoch verringert hat – Fische können in den chemisch behandelten Reisfeldern kaum gedeihen.

Während pflanzen- und allesfressende Arten für die wachsenden Bevölkerungen Asiens die wichtigste Proteinquelle darstellen, wurden in Europa und Nordamerika fleischfressende Arten für die industrielle Aquakultur entwickelt, besonders Lachs, Forellen und Garnelen. Sie erhalten Fertigfutter. Die hohen Anteile an Fischmehl und Fischöl machen diese Arten zu Netto-Proteinvernichtern. Schon lange steht die Aquakultur des Nordens als Nahrungskonkurrenz für Fischergemeinschaften des Südens in der Kritik. Die Fangmengen der Futterfische, vorwiegend aus peruanischen Küstengewässern, können nicht weiter steigen. Die Nahrungskette ist gestört, die Bestände größerer Fischarten gehen zurück. Nun konkurriert die wachsende industrielle Aquakultur nicht nur immer stärker mit Geflügel, Schweinen und Rindern um deren Futtermittel, sondern auch um die pflanzlichen Grundnahrungsmittel der Menschen.

Massentierhaltung unter Wasser

Einige Befürworter der industriellen Aquakultur beteuern, diese Sorge auf nachhaltige Weise für die Ernährung der wachsenden Weltbevölkerung. Ein Kilogramm Lachs könne man schon mit 1,2 Kilo Futtermitteln herstellen, während Geflügelfleisch drei bis fünf und Schweinefleisch rund acht Kilo Futtermittel brauche, so der die EU-Strategie begleitende Bericht. Doch der ökologische Fußabdruck der industriellen Aquakultur ist dabei keineswegs eingerechnet, und den Vergleich mit der asiatischen Aquakultur scheut man. Zwar ist in der EU-Strategie viel von Nachhaltigkeit die Rede, doch Ökosystemleistungen kommen darin überhaupt nicht vor.

Lachs braucht mehrere Jahre bis zur Schlachtreife und kostet drei- bis viermal so viel wie Schweine- oder Hühnerfleisch. Für eine Verbilligung bestehen keine Aussichten, falls nicht ähnliche Subventionen fließen wie bei Fleisch und Milch. Das Produktionsrisiko in der industriellen Aquakultur ist wegen der rascheren Verbreitung von Schädlingen und Krankheiten noch höher als in Schweine- und Geflügelfabriken. In Chile haben ein Parasit und ein Virus die neu aufgebaute Lachsindustrie in wenigen Jahren zu Fall gebracht. Risikofinanzierung ist neben der Forschung ein Punkt in der EU-Strategie.

Die Selektionszüchtung hat den Lachs an die industrielle Aquakultur angepasst und dabei neue Probleme geschaffen. Millionenfach brechen Zuchttiere aus und verbreiten ihre Gene in den Wildpopulationen. Sie schleppen Schädlinge und Krankheiten ein und haben Auswirkungen auf die Nahrungskette; auch die Fischerei ist betroffen. Pharmakonzerne verdienen zunehmend mit, denn mit Futterzusätzen oder Impfungen erreichen die Zuchttiere das Schlachtgewicht schneller.

Exportproduktion zieht Ressourcen ab

Die EU-Strategie hat auch Deregulierung zum Ziel. Doch schon bisher wurden bei Untersuchungen an Fischen antibiotikaresistente Bakterien gefunden. Pestizidrückstände und Stickstoffgehalte aus Futtermitteln und Fischfäkalien in der Umgebung von Fischfarmen haben besorgniserregende Ausmaße angenommen. Deregulierung wäre hier falsch.

Die Züchtungsindustrie führt gern ihre sogenannten Triploidisierungs-Technologien ins Feld. Damit könnten aquatische Arten sterilisiert und Wildpopulationen geschützt werden. So könnten endlich auch die drei Dutzend gentechnisch veränderten Arten aus der Forschung in die Produktion kommen. Diese noch wenig bekannten „Terminator-Technologien“ können jedoch bisher nur eines mit Sicherheit: Sie machen die Nachzucht durch die Konkurrenz unwirtschaftlich.

In Asien beziehen die ärmeren Bevölkerungsschichten ihre Eiweißversorgung

überwiegend aus kleinen pflanzenfressenden Fischarten. Ihre Land- und Wasserressourcen werden aber jetzt für die Exportproduktion nach Europa und Nordamerika gebraucht. Immer mehr asiatische und lateinamerikanische kleinbäuerliche Aquakulturerzeuger stellen diese Ressourcen kostenlos und ihre Arbeitskraft zu niedrigsten Preisen für den Export zur Verfügung. Viele Jahre lang hat die intensive Garnelenproduktion in Thailand, Indonesien, Vietnam, Ecuador und anderen Ländern die Mangroven zerstört. Garnelen-Viruskrankheiten haben Kleinbauern in die Verschuldung getrieben. In den Export-Wertschöpfungsketten wurden die Produktionsrisiken auf sie abgewälzt. Die vietnamesischen Pangasius-Erzeuger erhalten etwa ein Hundertstel dessen, was Käufer in Europa zahlen, und arbeiten knapp an der Wirtschaftlichkeitsgrenze.

Vielleicht will die EU tatsächlich unabhängiger von Importen werden. Dazu müssten kapitalintensive Anlagen errichtet werden, an den Küsten – wo andere Wirtschaftszweige und der Naturschutz starken Widerstand bieten – wie auch in Binnengewässern und an Land, wie das etwa die saarländische Gemeinde Völklingen mit öffentlichen Mitteln tut. Deutsche Firmen sind führend in der Technologie für geschlossene Kreislaufanlagen. Bei hohen Besatzdichten und hohem Energieaufwand können auf kleinem Raum verschiedenen Arten die nötigen Wassertemperaturen und Salzgehalte geboten werden. Nachhaltigkeitszertifikate gibt es bereits für Produkte aus solchen Anlagen.

Biotechkonzerne auf dem Sprung

Deutsche und europäische Firmen sind jedoch auch führend bei der Entwicklung der Biotechnologie. Aquagen verkauft 35 Prozent des Weltbedarfs an Lachseiern und gehört seit 2008 Erich Wesjohann aus Visbek in Niedersachsen, der auch Weltmarktführer für Geflügelzüchtung ist. Interesse an der neuen EU-Aquakulturstrategie dürfte auch der mit 40 Prozent Marktanteil weltgrößte Fischfutterhersteller Skretting haben, der dem niederländischen Futtermittelkonzern Nutreco gehört. Fischfutter-

mittel werden bereits in Asien gut verkauft. Die Konkurrenten Cargill und Charoen Pokphand bauen große Futtermühlen in Vietnam und anderen Aquakultur-Hotspots.

Erst drei Prozent der Aquakultur-Weltproduktion beruht auf industriellen Zuchtlinien, in Europa allerdings schon 70 Prozent. Die Biotechfirmen hoffen auf neue Märkte durch die genetische Anpassung weiterer Arten an die industrielle Aquakultur – verharmlosend Domestizierung genannt. Viele Arten sind Kandidaten dafür. Die Firmen erinnern hier gern an die Wildbestände, die es zu schützen gilt.

Das Argument zieht oft längst nicht mehr, denn seit man mit Hormonen aus der Hirnanhangdrüse der Fische das Ablai- chen steuern kann, ist man bei einer Reihe von Arten unabhängig von Wildbeständen geworden. Einige asiatische Länder setzen strenge Laich- und Larvensammelverbote durch. Tausende von spezialisierten Betrieben in Asien züchten und vermehren eine Vielfalt von über hundert Arten. In mehreren Ländern, auch in China, ist die Züchtung in staatlicher Hand. Dennoch haben US-Firmen Vermehrungsstationen für Garnelen in mehreren Ländern Asiens eröffnet. Die EU-Exportförderung für die industrielle Aquakulturtechnologie könnte das Aus für die unabhängige kleinbäuerliche Fischhaltung und -züchtung, einen essenziellen Teil der Ernährungssouveränität in Asien, bedeuten.

Quellen und weitere Informationen

- ▶ Halweil, B. (2008): Farming Fish for the Future. Worldwatch Report 176. www.worldwatch.org/node/5881
- ▶ Gura, S. (2009): Aquakultur, wachsendes Geschäft der Genetik-Konzerne. In: BUKO Agrar-Info 162
- ▶ Gura, S. (2009): Aquakultur auf globalem Expansionskurs. Neue EU-Strategie als Flankenschutz. In: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung 5/09

Susanne Gura ist freiberufliche Beraterin in der internationalen Agrarpolitik und arbeitet zu biologischer Vielfalt in der Landwirtschaft.

Kontakt:
Tel. +49 (0)228 / 9480670,
E-Mail: gura@dinse.net



Ressourcenschutz

Kompost statt Torf

Torf in gärtnerischen Erden durch Kompostprodukte zu ersetzen ist angewandter Klimaschutz

Blumenerden bestehen in Deutschland immer noch fast ausschließlich aus Torf. Die wertvollen Moore gehören zu den größten natürlichen CO₂-Senken und Torf ist ein äußerst knapper Rohstoff. Um Ressourcen, Natur und Klima zu schützen, ist eine Verringerung des Torfeinsatzes äußerst sinnvoll. Das Ersetzen von Torf in Erden und Substraten durch Kompost ist dazu ein wichtiger Beitrag. ■ VON MARION BIEKER UND RALF GOTTSCHALL, HUMUS & ERDEN KONTOR

Torfmoore bedecken nur rund drei Prozent der Erdoberfläche, enthalten jedoch ein Drittel des gesamten im Boden gebundenen Kohlenstoffs und Stickstoffs. Das entspricht etwa zwei Dritteln des gesamten Kohlenstoffs in der Erdatmosphäre.

Werden Moore kultiviert oder wird Torf abgebaut, kommt es zur Freisetzung von CO₂ aus den Lagerstätten oder bei der biologischen Umsetzung des Torfs in gärtnerischen Erden. Extreme Ereignisse wie Moorbrände können kaum vorstellbare Mengen CO₂ freisetzen. So verursachten 1997 und 1998 Moorbrände auf einer Fläche von 1,5 bis 2,2 Millionen Hektar in Indonesien einen geschätzten CO₂-Ausstoß von 3,9 bis 9,4 Milliarden Tonnen. Das entspricht 13 bis 40 Prozent der weltweiten jährlichen Kohlendioxidemissionen aus allen fossilen Brennstoffen. Die Feuer führten zum größten Anstieg der CO₂-Konzentration in der Erdatmosphäre seit Beginn der jährlichen Messungen 1957.

Umdenken noch nicht in Sicht

Obwohl das bekannt ist und obwohl es Vereinbarungen für einen „wise use“, einen angemessenen, sinnvollen Einsatz von Torf als heute wichtigstem primärem Rohstoff in gärtnerischen Erden gibt, ist ein Umdenken in Gartenbau und Erdenindustrie weltweit nicht in Sicht. Dabei gibt es viele Möglichkeiten, Torfanteile in Erden vor allem durch gütegesicherte Komposte und teilweise auch durch Rindenumus und Holzfasern zu ersetzen. In Deutschland geschieht das bisher nur bei zehn bis 20 Prozent der Produkte, wie eine aktuelle Studie des Europäischen Kom-

postnetzwerks (ECN) im Auftrag der EU-Kommission zeigt.

Torf war in vielen Regionen Deutschlands das traditionelle Bodenverbesserungsmittel. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes setzen die Deutschen jährlich etwa acht bis neun Millionen Kubikmeter Torf für pflanzenbauliche Zwecke ein. Je nach Einsatzgebiet werden diese Torfe teilweise ohne Zusatzstoffe verwendet, meist aber gezielt aufgekalkt und mit Nährstoffen angereichert. Rund zwei Drittel der Torfproduktion für gärtnerische Zwecke gehen in Kultursubstrate für den Produktionsgartenbau, etwa ein Drittel in Blumenerden für den Hobbybereich.

Importware aus Osteuropas Mooren

Deutschland importiert derzeit zwischen zwei und drei Millionen Kubikmetern Torf im Jahr, fünfmal mehr als noch vor 15 Jahren. Der größte Teil stammt aus den baltischen Staaten, ein geringerer Anteil aus Russland, Polen und Skandinavien.

Die deutschen Torfvorräte selbst schrumpfen seit etlichen Jahren stark. Nach Schätzungen des Niedersächsischen Landesamtes für Ökologie werden sie bei einer gleichbleibenden Abbaumenge in 20 bis 30 Jahren erschöpft sein. Spätestens dann sind wir weitgehend von Importen abhängig. Das ist nicht nur volkswirtschaftlich ein Fehler, sondern wird auch Teile der Erdenindustrie in Mitleidenenschaft ziehen.

Komposte aus Grün- und Bioabfällen werden bundesweit in fast 1.000 meist professionell betriebenen Anlagen hergestellt. Der größte Teil der rund sieben Millionen Kubikmeter ist von der Bundesgütege-

meinschaft Kompost zertifiziert und trägt das „RAL-Gütezeichen Kompost“.

Als Mittel zur Bodenverbesserung und Humusreproduktion ist Torf vollständig durch solche Komposte, Wirtschaftsdünger und den Anbau von Gründüngungspflanzen ersetzbar. In vielen Bereichen des Garten- und Landschaftsbaus kann Kompost außerdem als Zuschlagstoff für Produkte wie Standard-Bodensubstrate oder Vegetationsschichten eingesetzt werden. Hier wird Torf durch Kompost und innovative Kompostprodukte schon heute weitgehend ersetzt.

Technische, ökonomische und psychologische Hindernisse

In Blumenerden und Kultursubstraten liegt der Torfanteil dagegen noch bei 90 bis 95 Volumenprozent. Auch diese Zahl ließe sich durch Komposte und Rindenumus sowie zum Teil auch über Holzfasern, Kokosfasern und andere Rohstoffe beträchtlich senken – im Hobbygarten bis unter 40 Prozent. In Kultursubstraten für den Produktionsgartenbau ist aufgrund der besonderen Anforderungen weniger möglich: Durch Kompost könnten in diesem Bereich rund 20 bis 40 Volumenprozent Torf ersetzt werden.

Torf als Grundlage gärtnerischer Erden garantiert wegen seiner besonderen biologischen, chemischen und physikalischen Eigenschaften einen sehr guten Kulturerfolg. Torfreduzierte und „torffreie“ Substrate genießen daher zwar bei einigen Anwendergruppen vor allem aus ökologischen Gründen eine hohe Wertschätzung. Dennoch spielen sie bislang nur eine untergeordnete Rolle in der industriellen Pro-

duktion. Die Hindernisse und Hemmnisse beim Komposteinsatz sind technischer, ökonomischer und psychologischer Natur. Technische Hemmnisse sind Werks- und Chargenschwankungen bei pH-Wert, Salzgehalt und den löslichen Nährstoffgehalten der Grünkomposte sowie zum Teil mangelnde Strukturstabilität aufgrund von Zersetzungsprozessen. Diese Probleme sind jedoch zum großen Teil erforscht und gelöst. Auch entsprechende Gütesicherungs-systeme existieren schon länger und die Kompostierungspraxis würde sich daran bei entsprechender Nachfrage noch stärker anpassen.

Ökonomisch gesehen hat die vor allem

Märkte für Kompost

Absatzbereiche mit Torfersatzpotenzial

- ▶ Produktionsgartenbau mit Kultursubstraten aus bisher 80 bis 100 Prozent Torf sowie Rindenumus, Kompost, Ton, mineralischen Zuschlagstoffen und anderem. Mittleres Substitutionspotenzial durch Kompost.
- ▶ Hobbygartenbau mit gärtnerischen Erden wie Blumenerde, Anzucherde, Graberde oder Pflanzerde. Sie enthalten über 90 Prozent Torf sowie Rindenumus, Kompost, Holzfasern und anderes. Hohes Substitutionspotenzial durch Kompost.

Sonstige Absatzbereiche

- ▶ Garten- und Landschaftsbau, Rekultivierung und öffentliche Grünpflege mit Standard- und Spezialsubstraten, Mulchprodukten und Bodenverbesserern. Diese enthalten Böden sowie ein breites Sortiment an mineralischen und organischen Zuschlagstoffen, wie Lava, Bims, Ziegelsplitt, Rindenumus, Torf, Komposte und Dünger. Mittleres bis hohes Ergänzungs-/Innovationspotenzial durch Kompost.
- ▶ Hobbygartenbau mit Bodensubstraten und „Mutterböden“, Mulchprodukten sowie Bodenverbesserern. Darin enthalten sind Böden, Rinden, Kompost, Torf und Dünger. Mittleres bis hohes Ergänzungs-/Innovationspotenzial durch Kompost.

in Norddeutschland angesiedelte Erdenindustrie das Problem, dass eigene oder nahe gelegene Torfquellen oft noch immer günstiger liefern können als weiter entfernte Kompostanlagen – trotz teilweise äußerst niedriger Ab-Werk-Preise für hochwertige Substratkomposte. Vereinfacht gesagt: Auch nach mehreren Preiserhöhungen in den letzten Jahren ist Torf immer noch zu billig!

Enorme Einsparmöglichkeiten, aber noch fehlt der Rahmen

Und beim Kompost aus Grünabfall wird der CO₂-Vorteil des Torfersatzes nicht durch öffentliche Förderung unterstützt – im Gegensatz zur thermischen Verwertung – also Verbrennung – von Grünabfällen in Biomasseheizkraftwerken über die Einspeisevergütung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes.

Die VerbraucherInnen müssen bereit sein, für hochwertige, torfgeduzierte Blumenerden einen höheren Preis zu entrichten. „Aktionserden“ zu Schleuderpreisen, wie sie in jedem Frühjahr als Lockangebote im Handel sind, unterstützen den Ausverkauf wertvoller Torfreserven.

Betriebswirtschaftlich gesehen liegt ein Hauptthema darin, dass es den Produktionsbetrieben im Gartenbau noch immer an langjährigen Erfahrungen mit den neuen Substraten und Materialien fehlt. Nur wenige Betriebe sind bereit, eine Praxis zu verändern, die sich pflanzenbaulich bewährt hat und (noch) vergleichsweise billig, leicht verfügbar und den Bedürfnissen entsprechend einsetzbar ist.

Aus den genannten Daten lassen sich für den Komposteinsatz Potenziale von bis zu 1,5 Millionen Kubikmetern im Hobbygartenbau und weiteren 1,1 bis 1,8 Millionen Kubikmetern im Produktionsgartenbau errechnen. Das ergäbe eine Ersparnis von 2,1 bis 3,3 Millionen Kubikmetern Torf im Jahr. Das entsprechende Klimaschutzpotenzial wurde inzwischen auch errechnet: Etwa 0,8 bis 1,1 Millionen Tonnen CO₂ könnten pro Jahr vermieden werden.

Dass diese Potenziale auch realisiert werden können, zeigen die Erfahrungen

von mittlerweile rund 100 Kompostierungsanlagen. Sie sind in sogenannten Regionalerdersystemen organisiert und vermarkten bundesweit mehrere Hunderttausend Kubikmeter Bodensubstrate und gärtnerische Erden, zum Teil unter gemeinsamen Marken. Die Produkte aus diesen Anlagen haben hohe Kompostanteile von 30 bis 70 Prozent. Auch einzelne mittelständische Erdenwerke haben inzwischen umgeschwenkt und zeigen bei einzelbetrieblichen Produktmengen von 100.000 bis 300.000 Kubikmetern pro Jahr ähnlich hohe Einsatzquoten bei gütegesicherten Komposten. Die pflanzenbaulich-technischen Grundlagen existieren also. Was fehlt, sind sinnvolle politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen. So brauchen wir

- ▶ mehr Kommunikation der Fach- und Verkehrskreise sowie der Kompost- und Erdenwirtschaft zum zielgerichteten, sicheren und ökonomischen Komposteinsatz in gärtnerischen Erden;
- ▶ Förderprogramme zur stofflichen Verwertung von kompostierten Grünabfällen als Torfersatz; ähnlich denen für die thermische Grünabfallverwertung, etwa auf Basis von CO₂-Ersatzleistungen;
- ▶ gegebenenfalls ergänzende rechtliche Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Tätigkeit der weitgehend mittelständischen Erdenindustrie mit dem „neuen Rohstoff“ Kompost.

Der Komposteinsatz in gärtnerischen Erden kann noch um ein Vielfaches gesteigert werden – und das ist aktiver Klimaschutz!

Marion Bieker und Ralf Gottschall arbeiten bei der Humus & Erden Kontor Entwicklungs- und Handelsgesellschaft für Humusprodukte im nordhessischen Neu-Eichenberg.



Kontakt: Tel. +49 (0)5542 / 9359-0, Fax -68, E-Mail: marion.bieker@humus-erden-kontor.de, www.humus-erden-kontor.de



Naturschutzflächen

Großer Schritt zur Rettung des Naturerbes

Weil Umweltorganisationen an einem Strang zogen, konnten wertvolle Naturgebiete gesichert werden

Um den Ausverkauf des „Nationalen Naturerbes“ zu verhindern, taten sich Umweltverbände und -stiftungen vor zehn Jahren zusammen. Ihre Forderung: Naturflächen in Bundeseigentum sollten ihnen oder den Ländern kostenlos übertragen werden. Jetzt ziehen sie eine erste positive Bilanz. ■ VON ADRIAN JOHST, NATURSTIFTUNG DAVID

Viele wertvolle Naturschutzflächen Deutschlands befinden sich bis heute im Bundeseigentum. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um

- ▶ genutzte und ungenutzte Militärflächen im Eigentum des Verteidigungsministeriums oder der Bundesagentur für Immobilienaufgaben (BImA),
- ▶ Flächen am „Grünen Band“, der ehemaligen innderdeutschen Grenze, die durch die BImA verwaltet werden,
- ▶ ehemals volkseigene Flächen, die die Bundesverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft (BVVG) betreut, sowie
- ▶ sanierte Flächen des DDR-Braunkohlebergbaus im Eigentum der Lausitz-Mitteldeutschen-Braunkohleverwaltungsgesellschaft.

Die Bundesregierung ist angehalten, alle Flächen, die nicht für Bundesaufgaben notwendig sind, zu verwerten. Zu den Bundesaufgaben zählen etwa Landesverteidigung und Bundesfernstraßenbau – nicht aber der Naturschutz. Der ist Angelegenheit der Länder, weshalb es besonders Ende der 1990er-Jahre immer wieder zu Konflikten kam, weil die Bundesregierung sogar Flächen in Kernzonen von Nationalparks zum Verkauf anbot.

Stets haben die Umweltverbände dies kritisiert. Einen ersten Erfolg erreichten sie 1998: Die rot-grüne Bundesregierung fasste den Beschluss, bis zu 50.000 Hektar BVVG-Waldflächen in Naturschutzgebieten und Fauna-Flora-Habitat- (FFH-) Gebieten von der Privatisierung auszunehmen und diese an die Länder oder an Umweltorganisationen mit der Zweckbindung „Naturschutz“ kostenfrei zu übertragen. Von den seinerzeit in Aussicht gestellten 50.000 Hektar wurden bis heute rund 36.000 übertragen. Es besteht also weiter-

hin großer Handlungsbedarf, nicht nur bei den BVVG-Flächen, sondern vor allem auch bei den ungenutzten Militärflächen, den Bergbaufolgefleichen und den Flächen am Grünen Band.

Geeinte Umweltverbände erreichen entscheidenden Koalitionsvertrag

Seit 1999 arbeiten Naturschutzverbände und -stiftungen unter dem Dach des Deutschen Naturschutzrings (DNR) in einer gemeinsamen „Strategiegruppe Naturschutzflächen“ zusammen. Zunächst waren dies NABU, BUND, WWF und Grüne Liga sowie die Heinz-Sielmann-Stiftung, die Stiftung Euronatur und die Naturstiftung David, später kamen noch Europarc, Michael-Succow-Stiftung, Vogelschutzkomitee und Zoologische Gesellschaft Frankfurt hinzu.

Vor der Bundestagswahl 2005 verstärkte die Strategiegruppe ihre Lobbyaktivitäten für die Sicherung der Naturschutzflächen im Bundeseigentum. Gemeinsam mit dem Wirtschaftsberatungsunternehmen Ernst & Young erarbeitete sie eine Studie⁽¹⁾, die den Handlungsbedarf umriss und Lösungsmöglichkeiten aufzeigte. Der Begriff „Nationales Naturerbe“ wurde als politisch einprägsames Markenzeichen eingeführt. Ein Schlüssel für den späteren Erfolg war die Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU). Die DBU setzte sich fortan sehr engagiert für die Sicherung des Nationalen Naturerbes ein. Die Umweltstiftungen Deutschlands verabschiedeten im Herbst 2005 eine Erklärung, in der sie mit Nachdruck die Sicherung der Bundesflächen forderten.

Das gemeinsame Engagement von Naturschutzorganisationen, Stiftungen,

Ministerialverwaltung und Politik zeigte Wirkung. Im Koalitionsvertrag vom November 2005 kündigten SPD und Grüne an, sie würden „gesamtstaatlich repräsentative Naturschutzflächen des Bundes (...) in einer Größenordnung von 80.000 bis 125.000 Hektar unentgeltlich in eine Bundesstiftung (vorzugsweise DBU) einbringen oder an die Länder übertragen. Zur kurzfristigen Sicherung des Naturerbes ist ein sofortiger Verkaufsstopp vorzusehen“.

Vom Suchraum zur Übertragungsliste

Bund und Länder legten Anfang 2006 sogenannte Suchräume fest, in denen nach den Flächen gesucht werden sollte, die von der Privatisierung ausgenommen werden konnten. Sie umfassten vor allem die Nationalparks und Biosphärenreservate, die Naturschutzgebiete und die durch EU-Recht geschützten FFH-Gebiete, aber auch große, unzerschnittene Flächen, die besonders wichtig für den geplanten nationalen Biotopverbund sind.

Im März 2006 einigten sich Bundesumwelt- und -finanzministerium auf die Formel „100.000 plus 25.000“: 100.000 Hektar Bundesflächen sollten zügig benannt und übertragen werden, weitere 25.000 zu einem späteren Zeitpunkt. Unter den 100.000 Hektar sollten ausschließlich Flächen im Ressortvermögen des Finanzministeriums sein. Viele sogenannte Konversionsflächen, die militärisch nicht mehr genutzt wurden, aber noch Eigentum des Verteidigungsministeriums waren, konnten so vorerst nicht berücksichtigt werden – sie sollten in die „25.000-Hektar-Liste“ kommen. Eine Abstimmung zwischen Umwelt- und Finanzressort wurde schon

als schwer genug angesehen – ein dritter Partner (Verteidigung) hätte den Prozess noch weiter verzögert.

Als Problem erwies sich die Vorgabe des Haushaltsausschusses des Bundestages, BImA-Flächen nur mit den zugehörigen Personalkosten des Bundesforstes zu übertragen – jährlich rund neun Millionen Euro. Doch im Herbst 2006 einigten sich Bund und Länder auf eine abschließende 100.000-Hektar-Liste. Die DNR-Strategiegruppe hatte zuvor eine eigene „Referenzliste“ erstellt und konnte erreichen, dass die verabschiedete Übertragungsliste tatsächlich die wichtigsten Flächen aus dem Verkauf ausnahm.

Ringens um naturschutzfachliche Kriterien

Im Sommer 2007 legte das Bundesumweltministerium einen ersten, sehr weitreichenden Entwurf zu naturschutzfachlichen Kriterien für die Flächenübertragung vor. Er sah unter anderem vor, dass spätestens nach 20 Jahren alle Waldflächen komplett aus der Nutzung genommen werden. Die Länder und die DBU waren damit jedoch nicht einverstanden. Die DBU verwies zu Recht darauf, dass sie einen Großteil der mit Personalkosten verbundenen BImA-Flächen übernehme und über die Waldbewirtschaftung eine anteilige Refinanzierung erwirtschaften müsse. Sie schlug vor, dass alle Laubwälder sofort aus der Nutzung gehen sollten, bei naturfernen Wäldern aber ein Waldumbau auch nach mehr als 20 Jahren möglich sein solle. Die Nutzung solle erst nach dem Erreichen des „Ziel-Waldbildes“ aufgegeben werden. Die Umweltstiftungen und Verbände stimmten diesem Ansatz zu. Sie gehen jedoch bei den von ihnen selbst übernommenen Flächen einen Schritt weiter und wollen den Waldumbau spätestens 20 Jahre nach der Übertragung beenden. Schließlich waren auch die Bundesländer mit dem DBU-Vorschlag grundsätzlich einverstanden. Damit werden ab sofort bundesweit rund 8.000 Hektar Laubwald aus der Nutzung genommen.

Die DBU unterzeichnete im Mai 2008 einen Rahmenvertrag mit dem Bund zur Übernahme von 47.000 Hektar BImA-

Flächen. Zur Verwaltung wurde die DBU Naturerbe GmbH gegründet. Das auf den 33 Flächen tätige Bundesforstpersonal ist dort nun im Auftrag der DBU unterwegs. Die eigentliche Übertragung der Flächen erfolgt schrittweise bis 2011. Im vergangenen März wurde auf Rügen die erste BImA-Fläche formal an die DBU-Firma übertragen.

Im Sommer 2008 erzielten Thüringen und die BImA nach zähen Verhandlungen eine Lösung für die Übertragung von knapp 3.900 Hektar am Grünen Band.

Schnelle Einigung über Ex-DDR-Flächen

Zu den BVVG-Flächen hatten schon 2007 die Gespräche zwischen Naturschutzorganisationen und Ländern begonnen. Neben den Ende der 1990er-Jahre übertragenen BVVG-Flächen sollten nunmehr weitere 29.000 Hektar gesichert werden, darunter nicht nur Wälder, sondern auch wertvolle Offenlandbereiche und Feuchtgebiete. Dank der Koordination der DNR-Strategiegruppe einigten sich die Umweltorganisationen untereinander und mit den Bundesländern schnell über eine Verteilung der Flächen. Rund 13.000 Hektar BVVG-Flächen werden demnach an die Länder übertragen, weitere 16.000 an Stiftungen und Verbände. Nach der Verabschiedung des Flächenerwerbsänderungsgesetzes im April kann die Übertragung der Flächen nun bald beginnen. Bis Anfang Mai galten 79.000 Hektar naturschutzrelevanter Bundesflächen als gesichert.

Noch eine Lösung gefunden werden muss für die Übertragung der BImA-Flächen an die Länder – im Wesentlichen sind das Nationalparkflächen in Mecklenburg-Vorpommern und kleinere Flächen in Thüringen und Brandenburg – sowie an Stiftungen und Verbände. Stein des Anstoßes ist bisher die Haftungsfrage. Der Bund verlangt hier eine Übernahme des Risikos durch die Länder – auch für die an die Naturschutzorganisationen zu übertragenden Flächen. Die Länder lehnen das in der Regel ab. Bei der Übertragung an die DBU hatte sich der Bund bereit erklärt, das Haftungsrisiko ab einer Summe von 200.000 Euro pro Fläche zu übernehmen.

Die Umweltorganisationen versuchen derzeit eine entsprechende Regelung auch für gemeinnützige Stiftungen zu erreichen.

Zukunft von Militärflächen noch unsicher

Es ist nach wie vor realistisch, dass bis zum Sommer rund 100.000 Hektar Bundesflächen für den Naturschutz gesichert werden – und dies mit einem vergleichsweise hohen naturschutzfachlichen Anspruch. Selbstverständlich sind in den letzten Jahren aus Sicht des Naturschutzes auch viele Kompromisse gemacht worden: Die naturschutzfachlichen Übertragungskriterien wurden an verschiedenen Stellen aufgeweicht, auch einige besonders bedrohte Flächen vor allem in den alten Bundesländern konnten nicht gesichert werden. Insgesamt jedoch ist die Sicherung des Nationalen Naturerbes ein bedeutender Erfolg des Naturschutzes, der vor allem durch die enge, abgestimmte Zusammenarbeit vieler Partner zustande gekommen ist.

Eine große Herausforderung für den beginnenden Bundestagswahlkampf und für die Koalitionsverhandlungen nach der Wahl ist die Sicherung der noch ausstehenden 25.000 Hektar. Angesichts der eingetretenen Verzögerungen bei der Übertragung der 100.000 Hektar drohen sie in Vergessenheit zu geraten. Die DNR-Strategiegruppe wird deshalb im Sommer auch hierfür eine eigene Referenzliste vorlegen und damit den Druck auf die Bundespolitik erhöhen, das „Nationale Naturerbe“ in vollem Umfang zu sichern.

Anmerkung

- (1) Studie: Langfristige Finanzierungsansätze zur Sicherung des nationalen Naturerbes, 132 S., Berlin 2005. Download: www.dbu.de/643publikation600.html

Der Biologe Adrian Johst ist Geschäftsführer der Naturstiftung David in Erfurt und Koordinator der DNR-Strategiegruppe Naturschutzflächen.

Kontakt:
Tel. +49 (0)361 / 5550330,
E-Mail: adrian.johst@naturstiftung-david.de,
www.naturstiftung-david.de



Gewässerschutz

Grenzen überschreiten beim Schutz der Flüsse

Erfahrungen mit der europäischen Wasserrahmenrichtlinie in internationalen Flussgebieten

Flüsse und ihre Einzugsgebiete halten sich selten an Ländergrenzen. Die europäische Wasserrahmenrichtlinie in den Flussgebieten umzusetzen, heißt deshalb auch Neuland bei der internationalen Kooperation zu betreten. Die erste Umsetzungsphase brachte positive und negative Erfahrungen. ■ VON HEIDE JEKEL, BUNDESUMWELTMINISTERIUM

Deutschland steht vor der Aufgabe, die europäische Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) für zehn sogenannte Flussgebietseinheiten in die Praxis umzusetzen. Zu den Flussgebietseinheiten gehören die Flüsse, ihre Zuflüsse, das in diesen Gebieten befindliche Grundwasser und die Küstengewässer. Sechs dieser zehn Gewässerökosysteme sind grenzüberschreitend: Rhein, Donau, Elbe, Oder, Maas und Ems. In diesen Flussgebieten muss die Umsetzung der WRRL mit allen betroffenen Staaten koordiniert werden. Das ist bei der Elbe nur die Tschechische Republik, aber bei der Donau sind es 13 Staaten.

Für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie sind in Deutschland vorrangig die Bundesländer zuständig. Von der Flussgebietseinheit Maas ist nur Nordrhein-Westfalen betroffen, bei der Elbe sind es dagegen gleich zehn Bundesländer.

Das Bundesumweltministerium vertritt Deutschland in den internationalen Flussgebietskommissionen und -gremien, in denen die grenzüberschreitende Abstimmung stattfindet. Die deutsche Haltung wird zwischen der Bundes- und der Länderebene abgestimmt. Internationale Kommissionen bestehen für den Rhein, für Mosel und Saar, für die Maas, die Oder, die Elbe und die Donau. Für die Ems gibt es ebenfalls grenzüberschreitende Koordinierungsgremien.

Die Entwürfe der Bewirtschaftungspläne hat Deutschland für alle zehn Flussgebietseinheiten bis zum 22. Dezember 2008 rechtzeitig für die Anhörung der Öffentlichkeit vorgelegt. Das haben bei Weitem nicht alle EU-Mitgliedstaaten erreicht. Die Bewirtschaftungspläne bestehen bei grenzüberschreitenden Flussgebieten aus

gemeinsam erstellten internationalen Teilen für das ganze Flussgebiet und nationalen Teilen für die jeweiligen Anteile der Staaten an dem Flussgebiet. Alle für Deutschland relevanten Entwürfe sind auf www.wasserblick.net, der gemeinsamen Internetplattform von Bund und Ländern, verlinkt. Der Entwurf des internationalen Teils für den Bewirtschaftungsplan für das Donaugebiet steht kurz vor der Fertigstellung – wegen der Größe dieses Flussgebietes und weil ein gemeinsames Maßnahmenprogramm erarbeitet werden soll, war mehr Zeit erforderlich.

Verschiedene Flüsse, gleiche Probleme

In den Flussgebieten sind die wesentlichen Probleme der Gewässerbewirtschaftung mehr oder weniger identisch: Defizite in der Gewässerstruktur, fehlende Durchgängigkeit für wasserbewohnende Organismen, Schadstoffeinträge durch Punktquellen und diffuse Belastungen, insbesondere durch Nährstoffe aus der Landwirtschaft. Hinzu kommen die besonderen Probleme jedes Flussgebiets, zum Beispiel Auswirkungen von Bergbautätigkeit auf das Grundwasser.

Die Anhörung zu den Planentwürfen läuft sechs Monate und endet am 22. Juni 2009. Die während dieser Zeit eingehenden Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit sind zu prüfen und die Entwürfe nach Abschluss der Anhörungsphase entsprechend zu überarbeiten. Dieser Prozess muss im Bewirtschaftungsplan auch dokumentiert werden. Es wird erwartet, dass die Anmerkungen zu den internationalen Teilen eher gering sein werden, da die Öffentlichkeit vor allem an den lokalen und regionalen Gewässern interessiert ist.

Bis zum 22. Dezember dieses Jahres müssen die Bewirtschaftungspläne endgültig aufgestellt und veröffentlicht sein. Danach sind die vorgesehenen Maßnahmen in der Praxis umzusetzen. Die Wasserrahmenrichtlinie sieht vor, dass die Staaten Ende 2012 über den Stand der Umsetzung berichten. Man wird sich also bei bestimmten Maßnahmen mit grenzüberschreitender Bedeutung dazu auch international austauschen müssen.

Die WRRL hat einen Sechs-Jahres-Rhythmus, das heißt, die bisher durchlaufenen Arbeitsschritte sind alle sechs Jahre zu wiederholen, beispielsweise die Bestandsaufnahme des Gewässerzustandes oder die Aufstellung und Aktualisierung der Bewirtschaftungspläne, die bis Ende 2015 erneut vorliegen müssen.

Erfahrungen aus der ersten Umsetzungsphase

Die Erarbeitung der Entwürfe der Bewirtschaftungspläne war national wie international außerordentlich zeit- und arbeitsaufwendig. Besonders die grenzüberschreitende Umsetzung war für alle Beteiligten ein Novum und hielt große Herausforderungen bereit. Der Zeitplan der Wasserrahmenrichtlinie ist äußerst eng und lässt nicht viel Zeit für ausführliche Diskussionen und Abstimmungen. Diese waren aber oft erforderlich, um eine grenzüberschreitende Koordination erst zu ermöglichen. Die Koordinierungsarbeit hing oft davon ab, dass vorher Beiträge aus den einzelnen Staaten vorlagen. Solange diese Arbeiten aber nicht abgeschlossen waren, wurden Zwischenergebnisse oft nicht oder nur zögerlich herausgegeben.

Die nationalen Interessen und Ziele

waren unterschiedlich und oft schwer auf einen Nenner zu bringen. Die nationalen Zeitpläne waren nicht immer identisch, so hatte zum Beispiel Frankreich einen zeitlichen Vorsprung von etwa einem Dreivierteljahr. Die Bedeutung einiger Fragestellungen variierte zudem von Staat zu Staat, je nachdem, ob er Oberlieger oder Unterlieger ist. Die Schadstoffbelastung eines Gewässersystems ist natürlich für den Unterlieger, bei dem alles ankommt, ein größeres Problem als für den Oberlieger, obwohl dieser womöglich der Verursacher ist. Wichtig war auch die Frage, wo ein Staat in der Vergangenheit bereits Maßnahmen ergriffen hatte und nicht mehr so unter Handlungsdruck stand. Hier gibt es beispielsweise bei der Abwasserbehandlung deutliche Unterschiede. Natürlich spielten auch politische Interessen immer wieder eine Rolle, beispielsweise bei der Durchgängigkeit von Fließgewässern für Wanderfische wie den Lachs oder die Meerforelle.

Vieles musste erst im Koordinationsprozess erarbeitet werden, weil es immer wieder unterschiedliche Interpretationen der WRRL-Vorgaben gab oder weil zu bestimmten Fragen weder Erfahrungen noch Handlungsanleitungen vorlagen, zum Beispiel für eine gemeinsame Bewertung der Nährstoffbelastung in einem Flussgebiet.

Die Umsetzung der ökonomischen Anforderungen der Richtlinie erwies sich in allen Flussgebieten als schwierig.

Auch eine Frage der Mentalität

Nicht zu unterschätzen waren die psychologischen Aspekte. Für alle Beteiligten war es das erste Mal, dass sie Bewirtschaftungspläne in dieser Art und Weise aufstellten. Entsprechend groß war die Vorsicht und besonders am Anfang herrschte ein gewisses Misstrauen. An einige Dinge musste man sich langsam herantasten und oft war „Learning by Doing“ angesagt.

Die Mentalitäten der StaatenvertreterInnen sind unterschiedlich. JedeR hat eine andere Art und Weise zu verhandeln. Auch die fachlichen Herangehensweisen und die bisherigen Erfahrungen variieren. Hinzu kommt, dass oft nur mithilfe von Dolmetschern diskutiert werden kann und nicht direkt.

Das gemeinsame Diskutieren und Entwickeln von Lösungsansätzen hat aber, gerade in den internationalen Gremien, Vertrauen und gegenseitiges Verständnis geschaffen. Die Diskussionen in allen Flussgebietseinheiten haben gezeigt, dass es sich lohnt, mehr und intensiver miteinander zu reden. Das ist sicher eine der wichtigsten Auswirkungen der WRRL-

Umsetzung. Die Arbeitsatmosphäre in den internationalen Kommissionen ist spürbar freundlicher und vertrauensvoller geworden, was aber nicht heißt, dass man immer gemeinsame Lösungen findet. Es ist oft schon wichtig, dass man sich besser austauscht und Informationskanäle öffnet. Die schon vor der Wasserrahmenrichtlinie bestehenden oder erst aufgrund der Richtlinie geschaffenen Koordinierungsgremien haben sich bewährt.

All dies sind entscheidende Grundlagen für die weitere grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Nun kommt es darauf an, die positiven und negativen Erfahrungen aus diesem – noch nicht abgeschlossenen – ersten Umsetzungszyklus gemeinsam zu diskutieren und für die nächste Umsetzungsphase bis Ende 2015 zu nutzen.

Heide Jekel ist Juristin mit Erfahrung auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Als Referatsleiterin im Bundesumweltministerium ist sie vor allem für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in internationalen Flussgebieten zuständig.

Kontakt:
Tel. +49 (0)228 /
99305-2521, E-Mail:
heide.jekel@bmu.bund.de,
www.bmu.de,
www.wasserblick.net



Briefe zur Interdisziplinarität

Geistes-, Natur-, Ingenieur- und Sozialwissenschaften, Kunst & Handwerk im Dialog

NEU im oekom verlag, München. Mehr Informationen unter
www.oekom.de/Briefe



01
Mai 2009

Schwerpunkt in Heft 01:
Medizin



Andrea von Braun Stiftung
voneinander wissen

oekom
verlag

Briefe zur Interdisziplinarität ist eine Publikation der Andrea von Braun Stiftung, München. Mehr Informationen zur Stiftung und ihren Zielen finden Sie unter www.avbstiftung.de

ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Abfallrecht**Neues Altbatterien-gesetz**

■ Der Umweltausschuss des Bundestages hat mit den Stimmen der Koalition Ende April einen Gesetzentwurf für Altbatterien angenommen. Das Gesetz soll Vertrieb, Rücknahme und Entsorgung von Batterien und Akkumulatoren regeln und die deutsche Gesetzgebung an EU-Recht anpassen. Batterien und Akkus müssen nach wie vor getrennt vom Hausmüll gesammelt und zurückgegeben werden. Neu ist ein zentrales Melderegister für die Hersteller beim Umweltbundesamt. Das Gesetz schreibt erstmals auch Sammelziele vor: Bis September 2012 sollen 35 Prozent und bis 2016 insgesamt 45 Prozent aller Geräte-Alt-batterien gesammelt werden.

Grüne und Linkspartei stimmten gegen den Entwurf, die FDP enthielt sich. Die Grünen hatten vergeblich ein Pfandsystem für Batterien gefordert. Die Linksfraktion wollte die Sammelquote auf 70 Prozent erhöhen, da die EU-Quote von Deutschland bereits erfüllt werde.

Es wird erwartet, dass der Bundestag dem Beschluss des Ausschusses folgt. [jg]

- ▶ <http://dip21.bundestag.de/dip21.web> (Dokumente – 16/12227 und 16/12301)

Verpackungspolitik**Einweg muss teurer werden**

■ „Mehrweg ist Klimaschutz“ – so argumentiert eine neue Kampagne für umweltfreundlichere Getränkeverpackungen. Die von Wirtschafts- und UmweltvertreterInnen gegründete „Allianz für Mehrweg“ fordert einen Aufschlag von 20 Cent auf das Pfand für Einwegflaschen. Außerdem müssten diese deutlich gekennzeichnet werden, damit VerbraucherInnen klar zwischen Einweg- und Mehrwegflaschen unterscheiden könnten. Dass es seit 2003 für beide Sorten Pfand gebe, konterkariere

die ursprüngliche Idee, dem in der Verpackungsverordnung festgeschriebenen Ziel von 80 Prozent ökologisch vorteilhaften Verpackungen näher zu kommen. Auch die Politik sei gefragt, Mehrwegsysteme zu fördern. Dies entlaste nicht nur die Umwelt, sondern diene auch der Förderung des Mittelstandes und regionaler Infrastrukturen. Ein einziger Mineralwasserkasten mit zwölf Mehrweg-Glasflaschen (0,75 Liter), die 53-mal wiederbefüllt werden, ersetze 320 PET-Einwegflaschen (1,5-Liter), so die Initiatoren. [jg]

- ▶ Deutsche Umwelthilfe, Maria Elander, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2400867-41, E-Mail: elander@duh.de, www.duh.de/mehrweg_klimaschutz.html

EU-Abfallstatistik**Recyclingquoten steigen**

■ In allen EU-Staaten sind die Recyclingquoten von städtischem Müll angestiegen. Das ergab eine Studie der Europäischen Umweltagentur EEA, die Daten von 1995 bis 2006 auswertete. Einige Länder haben sich demnach in dieser Zeit enorm gesteigert, allerdings auf niedrigem Niveau, wie Irland mit 36 Prozent Recyclingquote im Jahr 2006 gegenüber neun Prozent 1995 oder Tschechien, das zwischen 2000 und 2006 von drei auf 23 Prozent kam. Bei Bauschutt erreichten die 15 alten EU-Staaten Quoten von rund 60 Prozent.

Das Abfallaufkommen wächst jedoch EU-weit nach wie vor. In einer Studie von Anfang des Jahres reichten die Werte von unter 300 Kilogramm Haushaltsmüll pro Kopf und Jahr in Tschechien bis zu 800 Kilogramm in Dänemark.

Die Abfallrahmenrichtlinie von 2008 sieht vor, dass die EU-Staaten ab 2015 zumindest Papier, Metalle, Kunststoffe und Glas getrennt sammeln und ab 2020 wenigstens zur Hälfte dem Recycling zuführen. Bauschutt soll ab 2020 zu 70 Prozent recycelt werden. Ende 2014 soll die EU-Kommission die Werte erneut prüfen. [jg]

- ▶ European Topic Centre on Sustainable Consumption and Production: <http://scp.eionet.europa.eu>

Abfallbehandlung/Emissionen**Auflagen für Sondermüllwerk**

■ Die durch emittierte Blei- und Cadmiumstäube ins Visier von Umweltschützern geratene Sonderabfallbehandlungsanlage im sächsischen Pohritzsch muss Reinigungsanlagen und Abdeckungen installieren. Das entschied das zuständige Umweltamt – allerdings erst nach massiver Öffentlichkeitsarbeit und einer Dienstaufsichtsbeschwerde. Der Bürgerverein Sauberes Delitzscher Land und die Deutsche Umwelthilfe (DUH) setzen sich seit Monaten für den Schutz der AnwohnerInnen ein. Bodenproben der DUH hatten vielfache Überschreitungen der zulässigen Grenzwerte nachgewiesen (umwelt aktuell 04.2009, S. 11). [jg]

- ▶ Deutsche Umwelthilfe, Maria Elander, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2400867-41, E-Mail: elander@duh.de
- ▶ www.muellverbrennung-delitzsch-nein.de

Nanotechnologie**Bald strengere Nano-Regeln?**

■ Das EU-Parlament hat Ende April schärfere Regeln für Anwendungen der Nanotechnologie gefordert. Es folgte weitgehend dem Berichterstatter Carl Schlyter (Schweden, Grüne). Die Abgeordneten erwarten von der EU-Kommission eine grundsätzliche Überarbeitung der Gesetzgebung zu Chemikalien, Abfall, Arbeitsschutz, Luft- und Wasserqualität. Zudem fordern sie eine wissenschaftlich begründete, vergleichbare Definition von Nanopartikeln. Bis Juni 2011 sollen eine allgemeine Bestandsaufnahme der unterschiedlichen Nanomaterialien und ihrer Nutzung sowie Sicherheitsberichte zu bereits erhältlichen Produkten vorliegen. Außerdem müssten alle Nanoprodukte gekennzeichnet sein. Die EU-Verbraucherorganisation BEUC begrüßte die Entscheidung des Parlaments und hofft nun auf die Unterstützung der EU-Kommission. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/ep-nano-24-04-2009
- ▶ www.beuc.org

Europas größter Umweltprozess**Asbestopfer klagen**

■ Anfang April hat im italienischen Turin der größte Rechtsfall zu Umwelt und Gesundheit in Europa begonnen. Fast 3.000 Asbestopfer klagen gegen die früheren Besitzer zahlreicher Eternit-Fabriken in der Schweiz und weltweit. Stephan Ernst Schmidheiny und Jean-Louis de Cartier de Marchienne sollen sich für zahlreiche asbestbedingte Todesfälle und Erkrankungen verantworten. Krebs und andere Krankheiten sollen den Tod von über 2.600 ehemaligen Eternit-Angestellten und 270 Familienangehörigen verursacht haben.

Schmidheiny gehört zu den reichsten Menschen der Welt. Er gilt zwar als Pionier des Asbestausstiegs, doch Briefwechsel zeigten, dass Arbeitsschutz immer eine Kostenfrage war. Staatsanwalt Raffaele Guariniello hat den Fall acht Jahre lang vorbereitet. Zunächst sind mehrere Anhörungen angesetzt. Sollte es zum Prozess kommen, was als wahrscheinlich gilt, drohen den beiden Unternehmern hohe Strafen. Eine Entscheidung wird in den nächsten Monaten erwartet.

Im Prozess wird es vor allem um vier italienische Eternit-Fabriken gehen. Allein in Casale Monferrato in der Region Piemont, wo die größte Asbestfabrik Italiens stand, sind 1.300 der 3.000 ArbeiterInnen verstorben. Noch heute erkrankten jedes Jahr etwa 45 weitere an Brustfellkrebs. Spätestens seit Anfang der 1960er-Jahre gilt es als wissenschaftlich erwiesen, dass Asbestfasern Krebs verursachen.

Das EU-Parlament hat unterdessen gefordert, Asbestnutzung zu verbieten. Die EU-Kommission solle eine Strategie für ein Totalverbot bis 2015 entwickeln. Die Ausnahmeregelungen in der Chemikalienverordnung REACH sollen bis 2015 abgeschafft werden. Ende 2009 müsse ein Gesetzesvorschlag für die kontrollierte Beseitigung von Asbestfasern vorliegen. [jg]

- ▶ Asbestopfer: www.asbestosinthedock.ning.com
- ▶ Artikel der Schweizer Gewerkschaftszeitung *Work*: www.kurzlink.de/asbest-april09
- ▶ EU-Parlament: www.europarl.eu (Tätigkeiten – Plenartagung – 7. Mai 2009 – Protokoll)

EU-Chemikalienpolitik**Inspektoren schwärmen aus**

■ Das erste europaweit koordinierte Umsetzungsprojekt für die EU-Chemikalienverordnung REACH hat Ende April begonnen. Die teilnehmenden Mitgliedstaaten wollen das Prinzip „Keine Daten, kein Marktzugang“ durchsetzen. Die Inspektoren sollen prüfen, ob die Unternehmen bei bereits auf dem Markt befindlichen Stoffen eine Registrierung der betreffenden Substanzen vorgenommen und, wo nötig, Sicherheitsdaten geliefert haben. Bis Ende 2009 sollen Daten gesammelt werden, Anfang 2010 will die zuständige Arbeitsgruppe der Europäischen Chemikalienagentur ECHA eine Auswertung vornehmen. 2010 soll ein weiteres Projekt starten. [jg]

- ▶ www.echa.eu

Internationale Chemikalienpolitik I**Verbot für hochtoxische Stoffe erweitert**

■ Mitte Mai haben die Vertreter der 160 Vertragsstaaten der Stockholmer Konvention beschlossen, weitere neun hochgiftige Stoffe zu verbieten. Die Konvention regelt die Verwendung von schwer abbaubaren organischen Verbindungen (persistent organic pollutants, POPs). Nach der POP-Konvention waren bisher zwölf Stoffe („dirty dozen“) verboten. Zu den neuen Verbotsvorschlägen gehören das Insektenvernichtungsmittel Lindan sowie die ihm verwandten Chemikalien Alpha- und Beta-Hexachlorcyclohexan (HCH). Außerdem sollen weitere hochgiftige Substanzen verboten werden, die in Feuerlöschschäumen, bei der Papierherstellung, im Fleckenschutz in Textilien und Möbeln sowie in Insektiziden verwendet werden. Das Verbot kann nach Ansicht von Experten Millionen von Menschenleben retten.

Die weitverbreiteten hochgiftigen Chemikalien werden zur Gefahr für Menschen, wenn diese sie via Nahrungskette aufnehmen. Sie schädigen das Hormonsystem,

verursachen Fehlbildungen bei Ungebohrenen oder schädigen Wasserorganismen wie Krebse und Fische. Manche der verbotenen Chemikalien sind in der EU schon seit 2004 nicht mehr für die Anwendung freigegeben.

Das Netzwerk gegen POPs, IPEN, begrüßte die Einigung, kritisierte allerdings, dass die bisherigen Kontrollmaßnahmen unzureichend seien und dass die Vereinbarung bis 2030 das Recycling und die Wiederverwendung von Erzeugnissen mit diesen Stoffen erlaubt.

Die UNO will im Zuge des Abkommens zwei weitere Verträge über Chemikalien und Abfälle beschließen. Die drei Verträge sollen zum ersten Mal auf der Sitzung des UN-Umweltprogramms UNEP im Februar 2010 diskutiert werden. [ans]

- ▶ <http://chm.pops.int>

Internationale Chemikalienpolitik II**Zehn neue Anti-DDT-Projekte**

■ Die Vertragsstaatenkonferenz der Stockholm-Konvention hat Anfang Mai beschlossen, zehn Projekte zur Reduzierung des Pestizids DDT zu starten. DDT gehört zu den verbotenen Substanzen nach der sogenannten POPs-Konvention für langlebige giftige Stoffe. Einzige Ausnahme ist bisher die Bekämpfung von Malaria. Die neuen Initiativen des UN-Umweltprogramms UNEP und der Weltgesundheitsorganisation WHO bauen auf einem in Mexiko entwickelten und bereits auf Mittelamerika übertragenen Ansatz der Malariabekämpfung auf. Dort konnte mit nichtchemischen Mitteln ein Rückgang der Erkrankungen und Todesfälle um über 60 Prozent erreicht werden. Die neue UNEP-WHO-Initiative soll fast 40 Millionen Dollar aus dem Topf der Globalen Umweltfazilität erhalten. Das Pestizid-Aktions-Netzwerk PAN Germany begrüßte den Vorstoß und forderte den Ausstieg aus der DDT-Malaria-Bekämpfung. [jg]

- ▶ PAN Germany, Carina Weber, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 3991910-23, www.pan-germany.org

Luftqualität**EU-Länder wollen Aufschub**

■ Ausgiebig haben die EU-Mitgliedstaaten die Möglichkeit genutzt, die Frist zur Einhaltung der Feinstaubgrenzwerte nach hinten zu verlagern. Die EU-Kommission muss in den nächsten Monaten über 19 entsprechende Anträge entscheiden. Die meisten Staaten bitten um Aufschub bei den Partikeln bis zehn Mikrometer Größe, die Niederlande auch bei Stickoxid. Vor dem Sommer will die Kommission über eine Fristverlängerung für Deutschland, Österreich, Dänemark, Belgien, die Slowakei, Griechenland, Spanien, Frankreich und Ungarn entscheiden. Das Vertragsverletzungsverfahren gegen zehn Mitgliedstaaten wegen Nichtumsetzung der Luftqualitätsrichtlinie soll aber weiterlaufen. Betroffen ist auch Deutschland, da Daten aus einigen Bundesländern fehlen. Luftverschmutzung fordert jährlich 350.000 Todesopfer in Europa. Hauptverursacher ist der Straßenverkehr. [jg]

► www.ec.europa.eu/environment/air (Air Quality)

KLIMA & ENERGIE

UN-Klimaabkommen**Indigene wollen Mitsprache**

■ 400 Vertreter von Ureinwohnern aus aller Welt haben auf dem Globalen Klimagipfel der indigenen Völker Ende April im alaskischen Anchorage ein Mitspracherecht bei den UN-Klimadebatten gefordert. Viele der 370 Millionen Indigenen lebt in den besonders vom Klimawandel bedrohten Gebieten wie der Arktis, dem Amazonasgebiet oder der Karibik. Die auf der Konferenz erarbeiteten Standpunkte sollen Ende Dezember mit einer Stimme auf dem UN-Klimagipfel in Kopenhagen vorgelegt werden. Auch in den Weltklimagremien wollen die Indigenen vertreten sein. [mv]

► www.indigenoussummit.com

Arktis**Anrainer wollen Ressourcen**

■ Anfang Mai haben sich Dänemark, Norwegen, Finnland, Schweden, Island, Russland, Kanada und die USA im norwegischen Tromsø zu einer Klimakonferenz des Arktischen Rates getroffen. Allerdings ging es weniger um das Klima als um die Ausbeutung der durch die Eisschmelze freigelegten Naturressourcen wie Öl und Gas. Ein Fördermoratorium als Bekenntnis zum Klimaschutz lehnten die Regierungen ab. Iris Menn von Greenpeace kritisierte, dass die Anrainerstaaten ein klares politisches Rahmenwerk zum Schutz der Arktis ablehnten, obwohl nur so deren Schutz und nachhaltige Nutzung, beispielsweise in Fischerei und Schifffahrt, sowie die Einrichtung von Meeresschutzgebieten geregelt werden könne. [mv]

► Greenpeace, Meeresexpertin Iris Menn, E-Mail: iris.menn@greenpeace.de; www.greenpeace.de

Internationales Klimaabkommen**USA legen Klimapläne vor**

■ Die USA haben beim UN-Klimasekretariat erste Pläne für ein neues Klimaabkommen nach 2012 eingereicht und zugesichert, sich mit ehrgeizigen Zielen zu beteiligen. Obwohl der Vorschlag offen ließ, was dies konkret bedeutet, zeigte sich UN-Generalsekretär Ban Ki Moon erfreut. Nach jahrelangen Blockaden internationaler Klimaschutzinitiativen arbeiten die USA damit wieder konstruktiv an einem neuen Klimaabkommen mit.

Umweltminister Sigmar Gabriel übte als einer der wenigen Kritik an dem Vorschlag. Eine Reduktion der US-amerikanischen Treibhausgase um 14 Prozent von 2005 bis 2020 reiche bei Weitem nicht aus. Klimaschützer befürchten, dass sich andere Staaten wie Kanada oder Japan hinter den US-Zielen verstecken könnten. [sl]

► Kurzübersicht zum Klimaabkommen nach 2012: www.eu-koordination.de (Publikationen – Factsheets)

Erneuerbare Energien**EU verfehlt ihr Ausbauziel**

■ In einem Fortschrittsbericht zur Entwicklung der erneuerbaren Energien in der EU kommt die Europäische Kommission zu dem Ergebnis, dass die gegenwärtigen Anstrengungen der Mitgliedstaaten nicht ausreichen, um das Zwischenziel für 2010 zu erreichen. Bis dahin sollen die erneuerbaren Energien im Elektrizitätssektor 21 Prozent und im Verkehrssektor 5,75 Prozent ausmachen. Erreicht werden voraussichtlich 19 und vier Prozent. Während Deutschland und Ungarn ihre Ziele bereits erfüllt haben, liegen andere Staaten deutlich zurück.

Die Gründe dafür sieht EU-Energiekommissar Andris Piebalgs in bürokratischen Hürden, unzureichendem Zugang zu den Stromnetzen und der geringen Unterstützung des Sektors durch die Mitgliedstaaten. Die Kommission glaubt trotzdem, dass sich die EU auf einem guten Weg befindet. Mit der Erneuerbare-Energien-Richtlinie, die im Mai in Kraft treten wird, habe man alle Schwierigkeiten und Probleme angesprochen. Daher sei man optimistisch, dass das Fernziel, die erneuerbaren Energien auf einen Anteil von 20 Prozent bis 2020 zu bringen, erreicht werde. [ms]

► EU-Kommission, Fortschrittsbericht: www.ec.europa.eu/energy/renewables

Gebäudeenergieeffizienz**Null Verbrauch in zehn Jahren**

■ Ende April stimmte das EU-Parlament über die Richtlinie zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden ab. Die Abgeordneten forderten einen Nullenergiestandard für Neubauten ab 2019 und finanzielle Anreize für Investitionen in energieeffiziente Gebäude (siehe Interview auf der folgenden Seite sowie umwelt aktuell 05.2009, S. 13). [mv]

► EU-Kommission: www.ec.europa.eu (Energy – Efficiency – Buildings)

„Ab 2018 soll Europa nur noch Null- oder Plusenergiehäuser bauen“

Gebäude in der Europäischen Union sollen wesentlich energieeffizienter werden. Damit will die EU ihre Klimaziele erreichen, für mehr Energieunabhängigkeit sorgen, die Kosten senken und zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen. 2008 legte die EU-Kommission einen Entwurf für die Neufassung der Gebäuderichtlinie vor. Wie er verhindern will, dass die Richtlinie nun von den Wirtschaftsministern der Mitgliedstaaten abgeschwächt wird, erklärt der grüne Europaparlamentarier Claude Turmes.

umwelt aktuell: Das Europäische Parlament hat Ende April über eine Neufassung der Richtlinie zur Energieeffizienz von Gebäuden abgestimmt. Warum sind gerade die Gebäude so wichtig beim Energiesparen?

Claude Turmes: Gebäude sind für 40 Prozent des Energieverbrauchs und für 36 Prozent der CO₂-Emissionen in Europa verantwortlich. Deswegen hat der Gebäudesektor ein riesiges Energieeinsparpotenzial. Das ist ein Kernpunkt jeder Klimastrategie. Wenn wir die Effizienz von Gebäuden steigern können, werden wir auch unabhängiger bei der Energieversorgung. Zum Beispiel geht die Hälfte des europäischen Gasverbrauchs in den Gebäudesektor – und das Gas kommt ja vor allem aus Russland. Die nötigen Renovierungen und die neuen Effizienztechnologien schaffen außerdem viele neue Arbeitsplätze. Und dann kann mit Energieeffizienzmaßnahmen auch noch die wachsende Energiearmut bekämpft werden, besonders in Osteuropa. Dort müssen sehr viele Menschen mit niedrigem Einkommen viel zu viel Geld für teure Energierechnungen ausgeben, weil sie in schlecht isolierten Häusern leben.

Was genau plant nun die EU?

Für Neubauten fordern wir, dass Europa ab 2018 nur noch Null- oder Plusenergiehäuser baut. Das heißt, die Gebäude produzieren selbst so viel Energie, wie sie benötigen, oder sogar noch mehr. Nach der bisherigen Rechtslage müssen nur große Altbauten mit über 1.000 Quadratmetern Nutzfläche nach einer Renovierung die Energieeffizienzstandards erfüllen, die in dem jeweiligen EU-Land festgelegt sind. Das ist lediglich ein sehr kleiner Teil des gesamten Gebäudebestandes. Diese Grenze soll jetzt gestrichen werden. Außerdem soll eine europaweit einheitliche Methode zur Berechnung der Energieeffizianz Anforderungen für bestehende Gebäude eingeführt werden. Bisher gibt es in den 27 EU-Staaten 27 sehr unterschiedliche Anforderungen und Berechnungsmethoden. Das ist in einem zusammenwachsenden europäischen Binnenmarkt sowieso nicht sinnvoll, denn viele Firmen aus dem Baugewerbe sind in verschiedenen Ländern tätig.

Werden die neuen Standards nicht viel zu teuer für die Hauseigentümer?

Was die Neubauten angeht, wissen wir nicht einmal, ob es in 40 oder 50 Jahren überhaupt noch nennenswerte Gas- und Ölreserven geben wird. Wir Politiker haben also die Verantwortung, jetzt die Weichen zu stellen und dafür zu sorgen, dass wir von Öl und Gas unabhängig werden. Für den existierenden Gebäudebestand ist die Sache komplizierter. Deswegen hat das Parlament für alte Gebäude nicht den Nullenergiestandard vorgeschlagen. Auf der anderen Seite erreichen wir aber die Klimaziele nicht, wenn wir nur oberflächliche Renovierungen verlangen, die nicht mehr als 40 bis 50 Prozent Energieeinsparung bringen. Das Europäische Parlament fordert deshalb, dass renovierte Gebäude 60 bis 80 Prozent weniger Energie verbrauchen müssen als vorher. Außerdem verlangt das Parlament, dass mehr Geld aus dem EU-Budget für solche Länder zur Verfügung gestellt wird, die weniger Reserven haben – wie das bei einigen osteuropäischen Staaten der Fall ist. Millionen von Euro würden dann für innovative Finanzierungsinstrumente bereitstehen.

Wo erwarten Sie Konflikte zwischen dem Parlament und dem Ministerrat?

Die im Rat vertretenen Mitgliedstaaten haben sehr unterschiedliche Positionen. Viele osteuropäische Staaten haben leider immer noch nicht erkannt, dass Energieeffizienz oberste Priorität haben muss. Diese Länder werden die Regulierungsstandards aufweichen wollen. Der Deal wird sein, dass Gelder aus EU-Mitteln bereitgestellt werden, damit es nicht an der Finanzierung hapert. Wir brauchen für die Verhandlungen Champions und wir hoffen, dass zum Beispiel Dänemark, Großbritannien, die Niederlande und die skandinavischen Länder eine positive Haltung einnehmen. Vieles von dem, was das Parlament fordert, haben diese Länder sowieso schon in ihren nationalen Gesetzen und Regelungen verankert. Entscheidend wird sein, ob es gelingt, eine Allianz zwischen dem EU-Parlament, der Wirtschaft, den Gewerkschaften und den fortschrittlichen Regierungen zu schmieden.

Wie sehen Sie die Rolle Deutschlands – als Vorreiter oder als Bremser?

Deutschland wird eine wichtige Rolle spielen. Leider ist das Bundeswirtschaftsministerium in seinen Aktionen oft wenig engagiert und sieht in der Regel nur die Probleme und nicht die Chancen. Aber Deutschland ist Vorreiter – gerade wegen seiner Finanzierungsinstrumente wie dem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der KfW-Förderbank. Ich wünsche mir von Deutschland eine Analyse, wie die Gebäuderichtlinie die bestehenden nationalen Programme weiterführen kann. Ich hoffe, dass es nuancierte Debatten in Deutschland geben wird. Dann bin ich auch überzeugt, dass das Land zu einer positiven Rolle in den Ratsverhandlungen findet.

Bald sind Europawahlen. Wie kann man die EU-Müden an die Wahlurne bringen?

Es ist wichtig, den Menschen zu erklären, dass wir seit Anfang der 90er-Jahre in einem supranationalen Staat leben, wo 27 Regierungen und das Europäische Parlament über 60 bis 70 Prozent der Lebensrealität der Menschen entscheiden. Ob es um Lebensmittel geht, um Energie oder die Regeln für den Binnenmarkt, das alles wird heute auf EU-Ebene festgelegt. Und da hat das Europäische Parlament eine ganz besondere Stellung, denn es repräsentiert die EU-BürgerInnen direkt. Schon deshalb sind die Wahlen sehr wichtig.

[Interview: Maike Vygen]

Der Sportlehrer und Umweltwissenschaftler Claude Turmes ist luxemburgischer Europaparlamentarier. Er ist energiepolitischer Sprecher und Vizepräsident der Fraktion der Grünen und Mitglied des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie.

Kontakt:
Tel. +32 (0)2 / 2846090,
E-Mail: claudet.turmes@europarl.europa.eu,
www.claudeturmes.lu



Ermittlungen in Sachen Klima

Zwei Jahre lang reiste der Journalist Bernhard Pötter um die Erde, um Spuren im globalen Kriminalfall Klimawandel zu sichern. Er beschreibt Menschen und Länder, Unternehmen und Institutionen, die für den Klimawandel verantwortlich sind, an ihm kräftig verdienen oder eine Lösung anzubieten haben, und andere, die schuld- und machtlos unter ihm leiden. Ein politisches Buch – spannender als jeder Krimi.

B. Pötter

Tatort Klimawandel

Täter, Opfer und Profiteure einer globalen Revolution

264 Seiten, 19,90 EUR
ISBN 978-3-86581-121-9



Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de
Fax +49/(0)89/54 41 84-49



Energieverbrauchskennzeichnung

Europaparlament lehnt neues Energielabel ab

■ In der ersten Lesung über die Richtlinie zur Energieverbrauchskennzeichnung hat das Europäische Parlament eine Änderung des Energielabels für energieeffiziente Geräte klar abgelehnt. Die EU-Kommission hatte in Abstimmung mit den Mitgliedstaaten vorgeschlagen, die bisherige Skala von A bis G, die auf vielen Haushaltsgeräten die Energieeffizienz angibt, nicht an aktuelle Verbrauchswerte anzupassen. Stattdessen sollte die Kategorie A unterteilt werden. Die Energieeffizienz eines Fernsehers könnte dann etwa mit „A-20 %“ oder „A-40 %“ gekennzeichnet werden, wobei A-20-%-Geräte 20 Prozent effizienter als A-Geräte ohne Zusatz sind. Das EU-Parlament nannte dies unpraktisch und verwirrend. Es forderte, die bisherige A-bis-G-Skala beizubehalten und den aktuellen Verbrauchswerten anzupassen.

Die Abgeordneten stellten sich jedoch hinter die von der Kommission vorgeschlagene Ausweitung des Energielabels auf Produkte mit indirektem Einfluss auf den Energieverbrauch, wie etwa Fenster. Ferner soll in der Werbung für Geräte der Energieverbrauch offengelegt werden.

Separat stimmte das Parlament über zwei Durchführungsmaßnahmen ab, die die Rahmenrichtlinie zur Energieverbrauchskennzeichnung für Fernseher und Kühlgeräte konkretisieren. Während die Abgeordneten sich bei Fernsehern ebenfalls für eine angepasste A-bis-G-Skala aussprachen, genehmigten sie bei Kühlgeräten überraschend das neue Format. Das bedeutet, dass Kühlschränke bald ein A-40-%- oder A-80-%-Label tragen könnten. Sollten sich die Abgeordneten jedoch bei der Rahmenrichtlinie mit den Mitgliedstaaten auf die A-bis-G-Skala einigen, müsste das Kühlschränklablel erneut geändert werden. [sl]

- ▶ EU-Kommission zum Energielabel:
www.kurzlink.de/energielabel
- ▶ Gesetzgebungsverfahren:
www.kurzlink.de/mitentscheidung

CO₂-Grenzwerte für Pkw

Abrüstung bei Dienstwagen

■ Die Dienstwagen der Bundestagsabgeordneten müssen künftig den EU-Klimaschutzzielwert von 140 Gramm CO₂ je Kilometer einhalten. Das beschloss der Ältestenrat Ende April auf Antrag der Grünen-Fraktion. Bundesregierung und Landesregierungen sollten sich der „klugen Entscheidung“ anschließen, forderte Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe (DUH). Die DUH fordert seit mehreren Jahren, die steuerliche Absetzbarkeit von gewerblichen Pkw-Anschaffungen von der Einhaltung des 140-Gramm-Grenzwerts abhängig zu machen. Über die Hälfte der in Deutschland neu zugelassenen Pkw sind Dienst- und Firmenwagen. [mv]

- ▶ Deutsche Umwelthilfe, Jürgen Resch, Berlin;
Tel. +49 (0)171 / 3649170, E-Mail: resch@duh.de,
www.duh.de

Atomausstieg

Bye-bye Brunsbüttel

■ Der Energiekonzern Vattenfall ist mit dem Versuch gescheitert, die Laufzeit des derzeit abgeschalteten AKW Brunsbüttel an der Elbmündung zu verlängern. Einen entsprechenden Antrag lehnte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel Anfang Mai wegen Sicherheitsbedenken ab. Der schwedische Staatskonzern wollte Strommengen vom AKW Krümmel bei Hamburg auf Brunsbüttel übertragen. Laut Bundesumweltministerium weist die 32 Jahre alte Anlage in Brunsbüttel aber einen noch niedrigeren Sicherheitsstandard auf als der 2007 nach einem Transformatorbrand abgeschaltete Krümmel-Meiler. Gabriel forderte die AKW-Betreiber erneut auf, die ältesten Reaktoren freiwillig abzuschalten. Nach dem Atomkonsens aus dem Jahr 2000 können Strommengen zustimmungsfrei von älteren Meilern auf jüngere übertragen werden. [mv]

- ▶ www.kurzlink.de/bmu-05-05-2009

EU-Konjunkturprogramm

EU bevorzugt fossile Energie

■ Das Europaparlament hat Anfang Mai das EU-Konjunkturprogramm angenommen. Knapp vier von insgesamt fünf Milliarden Euro sollen in „strategische“ Energieprojekte fließen. Bereits im März hatten die Staats- und Regierungschefs der EU eine Liste mit möglichen Projekten erarbeitet. Der Kompromiss sieht nun vor, rund 2,4 Milliarden Euro in Gas- und Stromnetze, eine Milliarde in CO₂-Speicherung und etwas mehr als eine halbe Milliarde in Offshorewindparks zu investieren.

„Die EU redet ständig davon, für einen grünen Aufschwung zu sorgen, investiert aber zweimal so viel Geld in fossile Energieprojekte wie in erneuerbare Energien und nichts in Energieeffizienz“, kommentierte Frauke Thies, Energieexpertin von Greenpeace, die Entscheidung des Parlaments. „Die Kohleindustrie wird eine Milliarde für CO₂-Abscheidung und Speicherung bekommen, obwohl dies eine teure und unerprobte Technologie ist.“ Vor der Abstimmung hatten Friends of the Earth Europe einen Bericht vorgelegt, wonach schon in den letzten fünf Jahren Milliardeninvestitionen aus Steuermitteln in fossile Energieprojekte geflossen sind. [mv]

- ▶ Greenpeace, Frauke Thies, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2741912, frauke.thies@greenpeace.org
- ▶ Bericht: Public money for fossil fuels. Download (PDF, 1,5 MB): www.kurzlink.de/fossil-fuels.pdf

Ausbau der Stromnetze

Halbherzig in die Zukunft

■ Der Bundestag hat den beschleunigten Ausbau der großen Stromnetze in Deutschland beschlossen. Anfang Mai verabschiedete er das Energieeinleitungsausbaugesetz, das das Plan- und Genehmigungsverfahren für besonders leistungsfähige Stromnetze verkürzt. Insgesamt sollen 24 Trassen neu gebaut oder modernisiert werden. Klagen gegen solche Bauvorhaben landen nun direkt beim Bundesverwaltungsgericht, das in erster und letzter

Instanz entscheidet. Die Grünen-Fraktion kritisierte, dass das kurze Genehmigungsverfahren auch die Beteiligungsrechte der BürgerInnen einschränke.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) warf der Regierung Halbherzigkeit vor. „Der Ausbau des Anteils erneuerbarer Energien am Strombedarf von heute 15 auf mindestens 30 Prozent im Jahr 2020 erfordert umfassende Netzbauten und -erweiterungen“, sagte Peter Ahmels, Experte für erneuerbare Energien bei der DUH. „Das betrifft vor allem die 110-Kilovolt-Ebene, in die der weitaus größte Anteil des Ökostroms eingespeist wird.“

Nur für drei Strecken ist nach Regierungsplänen die teurere Erdverkabelung vorgesehen, alle anderen sollen oberirdisch verlaufen. Dazu gehören auch die besonders umstrittenen Neubautrassen durch die Uckermark in Brandenburg. [mv]

- ▶ DUH, Peter Ahmels, Tel. +49 (0)30 / 2400867-19, E-Mail: ahmels@duh.de, www.duh.de/2004.html

Biokraftstoffe

Beimischungsquote gesenkt

■ Ende April hat der Bundestag das Gesetz zur Änderung der Förderung von Biokraftstoffen verabschiedet. Danach sinkt die Beimischungsquote für Biokraftstoffe rückwirkend zum 1. Januar von 6,25 auf 5,25 Prozent. Von 2010 bis 2014 soll die Beimischung bei 6,25 Prozent eingefroren werden. Ursprünglich sollte sie auf zehn Prozent steigen. Die Steuer auf Biodiesel wird von 15 auf 18 Cent pro Liter erhöht.

Das Gesetz verzichtet allerdings auf ökologische und soziale Kriterien. Das Bundesumweltministerium wollte erreichen, dass Soja- und Palmöl ohne Nachhaltigkeitszertifikat nicht mehr auf die Biokraftstoffquote angerechnet werden können. Einen solchen De-facto-Importstopp verbot jedoch die EU-Kommission wegen handelspolitischer Bedenken und mit dem Argument, eigene Nachhaltigkeitskriterien verabschieden zu wollen.

Die Biokraftstoffbranche befürchtet nun, dass wegen der Absenkung der Bei-

mischungsquote weitere Unternehmen in Konkurs gehen. Nach Angaben des Branchenverbandes BBK liegen zurzeit 80 Prozent der Produktionskapazitäten für Biodiesel und Pflanzenöl in Deutschland still. Umwelt- und Entwicklungsverbänden ist die Quote dagegen immer noch zu hoch. Die Ökobilanzen der von der Industrie bevorzugten Biokraftstoffe seien schlecht und die Quote kurbele die Abholzung von Regenwäldern für neue Zuckerrohr-, Ölpalmen- und Sojapflanzungen sowie die Vertreibung der lokalen Bevölkerung an. [sl]

- ▶ Forum Umwelt und Entwicklung, László Maráz, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177589, E-Mail: maraz@forumue.de, www.forumue.de, www.plattform-nachhaltige-bioenergie.de

Biomasse

Regierung hat Aktionsplan

■ Anfang Mai hat das Bundeskabinett einen Biomasseaktionsplan beschlossen – vier Jahre, nachdem die EU-Kommission die Mitgliedstaaten dazu aufgefordert hatte. Der Bericht, den die Bundesministerien für Umwelt und Landwirtschaft erarbeiteten, erläutert den Stand der Biomassenutzung, bewertet die verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten für Strom, Kraftstoff und Wärme und schlägt Maßnahmen für die einzelnen Bereiche vor.

Dem Bericht zufolge lag 2007 der Anteil von Biomasse am gesamten Energieverbrauch bei 6,2 Prozent. Dieser soll nun bis 2020 auf 10,9 Prozent angehoben werden. Bei Strom ergibt das eine Steigerung von 3,9 auf 8 Prozent und für Wärme und Heizung von 6,1 auf 9,7 Prozent.

Das Forum Umwelt und Entwicklung bemängelte die „zu euphorische Wachstums- und Fortschrittsrhetorik“, fehlende Umwelt- und Sozialkriterien sowie eine mangelnde Abstimmung etwa mit den Zielen der Nationalen Strategie für biologische Vielfalt. [mv]

- ▶ Aktionsplan: www.bmu.de/erneuerbare_energien/downloads/doc/43839.php
- ▶ Forum Umwelt und Entwicklung, siehe oben

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Produktsicherheit

Mehr Gefahren in Waren

■ Die Zahl der in der EU vom Markt genommenen gefährlichen Verbrauchsprodukte ist 2008 im Vergleich zum Vorjahr um 16 Prozent gestiegen. Das geht aus dem Bericht der EU-Kommission über das Schnellwarnsystem für gefährliche Produkte, Rapex, hervor. Insgesamt 1.866 Produkte wurden gemeldet, 1.545 als gefährlich eingestuft. Die meisten Warnungen betreffen etwa Spielzeug und Artikel für Kleinkinder wie etwa Fahrräder, Lauflernhilfen, Babywiegen und Schnuller, außerdem Elektroartikel und Kraftfahrzeuge. Zwei Drittel der Produkte stammten aus China.

Gründe für den Anstieg sind die bessere Durchsetzung von Produktsicherheitsbestimmungen und ein größeres Engagement von EU-Kommission und Mitgliedstaaten sowie die bessere Kooperation mit Drittländern. Laut EU-Kommission haben zwölf Länder ihre Aktivitäten verstärkt und mehr gefährliche Produkte als 2007 gemeldet. Am aktivsten waren Deutschland (205 Meldungen), Spanien (163) und die Slowakei (140).

Aus Deutschland kamen 82 Produkte, die als potenziell gesundheitsgefährdend eingestuft wurden. Darunter eine Kinderumhängetasche (Strangulierungsgefahr), Autoteile (Verletzungsgefahr), Luftballons mit Benzolbelastung (Krebsgefahr) und fluoreszierende Plastikbänder mit verbotenen Weichmachern (fortpflanzungsgefährdend, genotoxisch).

Der Bundesverband der Verbraucherzentralen VZBV forderte mehr unabhängige Kontrollen und eine zentrale Informationsstelle. Während ein neues US-Gesetz bereits eine unabhängige Prüfung für Spielzeuge verlange, habe die EU bei der Verabschiedung der Spielzeugrichtlinie im vergangenen Dezember die Chance verpasst, Spielzeug sicherer zu machen. [jg]

- ▶ www.ec.europa.eu/consumers/safety
- ▶ www.vzbv.de

Verbraucherinformationsgesetz

Bilanz ohne Lächeln

■ Ein Jahr nach Inkrafttreten des Verbraucherinformationsgesetzes (VIG) haben Bundesregierung und Verbände im Mai eine erste Bilanz gezogen. Für das CSU-geführte Bundesverbraucherministerium (BMELV) ist das VIG ein „rundes Gesetz“, weil die Behörden nun ein noch wirksameres Instrument in der Hand hätten, um schwarzen Schafen durch öffentliche Namensnennung das Handwerk zu legen. Verbraucherorganisationen bemängelten dagegen, die Informationen flössen zu langsam und die Namen der Firmen blieben geheim.

Der Koalitionspartner SPD will jetzt nachbessern. So sollten die Auskunftsrechte für alle Produkte und Dienstleistungen und auch gegenüber Unternehmen gelten. Im kommenden Frühjahr solle überprüft werden, ob das VIG tatsächlich mehr Transparenz geschaffen habe. Der Verbraucherorganisation Foodwatch reicht das aber nicht. Da bei Lebensmittelskandalen immer noch nicht Ross und Reiter genannt würden, fordert Foodwatch ein Smiley-System nach dänischem Vorbild. Nach einer Emnid-Umfrage vom April wollen auch 87 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, dass die amtlichen Kontrollergebnisse so bekannt gegeben werden.

Wer in Dänemark Lebensmittel anbietet, muss seit 2001 die amtlichen Kontrollen gut sichtbar in Laden oder Gaststube dokumentieren. Eine Grafik, die ein Gesicht mit einem traurigen, neutralen, leicht lächelnden oder stark lachenden Ausdruck darstellt, zeigt das Maß der Beanstandungen an. In Deutschland gibt es erst einen Modellversuch mit dem Smiley-System. Der Berliner Bezirk Pankow veröffentlicht in einer Negativliste im Internet die Namen von Gaststätten oder Bäckereien, die bei Hygienekontrollen schlecht abschnitten. Gleichzeitig wird publik gemacht, welche Betriebe die Mängel behoben haben. [mbu]

- ▶ BMELV-Seite: www.vig-wirkt.de
- ▶ Foodwatch, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 28093995, E-Mail: info@foodwatch.de, www.foodwatch.de
- ▶ www.kurzlink.de/negativliste-pankow

Verbraucherberatung

Orientierung für Familien im Konsumalltag

■ Der Bundesverband der Verbraucherzentralen VZBV hat vom Staat und der Industrie 245 Millionen Euro pro Jahr gefordert, um weitere 200 Beratungsstellen eröffnen zu können. Bisher fließen 70 Millionen Euro jährlich von Bund und Ländern an die Verbraucherzentralen. Das reicht aus Sicht des Dachverbandes nicht mehr, um die vielen Anfragen zu beantworten. Als Grund für die wachsende Nachfrage nannte VZBV-Vorstand Gerd Billen beim Deutschen Verbrauchertag Mitte Mai in Berlin, dass es VerbraucherInnen immer schwerer falle, Produkte zu vergleichen. Bei 15.000 verschiedenen Stromtarifen oder 2.600 Telefonanbietern sei das auch kein Wunder.

Vor allem der Konsumalltag in Familien wird nach den Erfahrungen der Verbraucherzentralen immer unübersichtlicher. Sie müssen sich ständig mit neuen Produkten und Firmen auseinandersetzen, Qualität und Preise vergleichen. Viele können das nicht allein bewältigen. Der diesjährige Verbrauchertag stand deshalb unter der Überschrift „Mehr Familie in die Verbraucherpolitik – Konsumalltag meistern, Wirtschaft gestalten“.

Es gebe „gute Gründe“, die Beratungsstellen zu finanzieren, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auf dem Verbrauchertag. Gleichzeitig wies Verbraucherministerin Ilse Aigner (CSU) darauf hin, dass diese Finanzierung Ländersache sei. Kritik kam von der Fraktionsvorsitzenden der Grünen im Bundestag und früheren Verbraucherministerin Renate Künast: Die Länder hätten die Mittel für die Beratung in den letzten zehn Jahren immer weiter gekürzt. Unabhängige Beratung erhalte man, so Künast, „indem die, die den Profit haben, regelmäßig zahlen, aber an eine unabhängige Institution“. [mbu]

- ▶ VZBV, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 25800-0, Fax -518, E-Mail: info@vzbv.de, www.vzbv.de
- ▶ Bundesverbraucherministerium, Berlin, Tel. +49 (0)1888 / 529-3173, www.bmelv.de

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

Transparenz von EU-Beihilfen

Extrawurst für Deutschland

■ Seit dem 1. Mai können EU-Bürgerinnen und -Bürger nachlesen, wer von den Beihilfen aus dem EU-Agrarbudget profitiert. Nur ein Mitgliedstaat hat die EU-Regelung nicht umgesetzt: In Deutschland verzögern einstweilige Verfügungen in einigen Bundesländern die Veröffentlichung der meisten Daten. Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner hatte die Veröffentlichung wegen datenschutz- und verfassungsrechtlicher Bedenken gestoppt.

Deutschland müsse aber die Fälle von Agrarbeihilfen, in denen es keine Verfügung gebe, veröffentlichen, verlangte die EU-Kommission. Die Steuerzahler hätten ein Recht darauf, zu wissen, was mit ihrem Geld geschehe, sagte EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel. Zudem habe das Oberverwaltungsgericht in Münster bereits entschieden, dass die Subventionen veröffentlicht werden müssen. Zwei weitere Fälle seien noch anhängig. Fischer Boel kündigte eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) an, wenn Berlin seiner Pflicht nicht nachkomme. Schließlich habe Deutschland der entsprechenden EU-Verordnung zugestimmt.

Das Bundesverfassungsgericht lehnte unterdessen eine Beschwerde gegen die Offenlegung der Subventionen ab.

Das Agrarbudget ist mit 43 Prozent und insgesamt 55 Milliarden Euro der größte Posten im EU-Haushalt. Daraus fließen jährlich 37 Milliarden als direkte Subventionen an europäische Landwirte, aber auch an andere Landesbesitzer, darunter Großkonzerne oder Golfclubs. Der Rest geht an Projekte der ländlichen Entwicklung. In Deutschland werden pro Jahr 5,4 Milliarden Euro verteilt. Dabei erhalten 0,5 Prozent der Betriebe jeweils mehr als 300.000 Euro, während 70 Prozent maximal je 10.000 Euro erhalten. [mbu]

- EU-Listen: www.kurzlink.de/beihilfeempfaenger
- Hintergrund: www.wer-profitiert.de

Transparenz bei Agrarsubventionen – eine Frage der Zeit

Wer in der EU wie viel Agrarsubventionen erhält, muss jetzt offengelegt werden. Nur Deutschland stellt sich noch quer. Doch die Ära der heimlichen Großprofiteure geht zu Ende, meinen Hubert Weiger und Reinhild Benning vom BUND.

Finanzspritzen für Autofirmen oder Banken provozieren derzeit viel Streit. Steuergelder sollen der Allgemeinheit schließlich nachhaltig Nutzen bringen. Wenn der Staatssäckel für Rettungsgesten an Konzerne geleert wird und für anderes zu wenig Geld übrig bleibt, berechtigt dies zu jeder Entrüstung. Urvoraussetzung für eine öffentliche Auseinandersetzung ist jedoch Transparenz. Und die sollte seit dem 1. Mai auch bei den Agrarsubventionen der Europäischen Union gelten. Das EU-Recht verpflichtet seitdem die Mitgliedstaaten, im Internet offenzulegen, wer wie viel an Beihilfen erhält.

Fast alle Staaten sind der sogenannten EU-Transparenzrichtlinie gefolgt – bis auf Deutschland. Hier zögert Agrarministerin Ilse Aigner mit der Veröffentlichung. Zur Begründung dienen ihr Klagen einzelner Bauern auf das Recht zur Geheimhaltung der Zahlen. Das Verwaltungsgericht in Wiesbaden hat eine solche Klage auf Datenschutz inzwischen an den Europäischen Gerichtshof verwiesen. Weitere Klagen stehen bei Oberverwaltungsgerichten zur Entscheidung an, obwohl das entsprechende Gericht in Münster die Veröffentlichung der Beihilfen bereits für rechtmäßig erklärt hat. Auch das Bundesverfassungsgericht wies eine Klage gegen die Transparenzpflicht ab. Die EU-Kommission räumte der Bundesregierung Anfang Mai noch einmal zwei Wochen bis zur Veröffentlichung ein. Danach droht ein Vertragsverletzungsverfahren.

Die Ministerin scheint sich in einer Zwickmühle zu befinden: Entweder übergeht sie die Klagen vor den Verwaltungsgerichten oder sie setzt Steuergelder aufs Spiel, indem sie ein Vertragsverletzungsverfahren der EU riskiert. Diese Zwickmühle existiert jedoch nicht, wenn es um die Exportsubventionen geht, die ebenfalls veröffentlicht werden sollen. Und auch für die Direktzahlungen an Landwirte gilt: EU-Recht ist verbindlich. Auch der Datenschutzbeauftragte der Bundesregierung sieht dabei kein Problem. Es ist offensichtlich: Mit ihrem Versuch, die Offenlegung der Zahlen zu vereiteln, dient die Ministerin vor allem den Großbeziehern von Agrarsubventionen.

Viel Geld ist im Spiel: Die EU vergibt jährlich 50 Milliarden Euro an Agrarbeihilfen und Exportsubventionen. In Deutschland geht ein Drittel der Beihilfen an lediglich 1,5 Prozent der Empfänger. Von Exportsubventionen profitieren wiederum nicht die Höfe, sondern dieses Geld geht an Molkereien und Schlachthöfe, die mit schamlos niedrigen Aufkaufpreisen die Landwirte ruinieren.

Die meisten Agrarbetriebe haben vor einer Veröffentlichung der Zahlen keine Angst. Da ein Betrieb im Schnitt Anspruch auf 300 Euro pro Hektar und Jahr hat, kann schon heute jeder ausrechnen, wie hoch die EU-Prämie für seinen Nachbarn ungefähr ist. Auf Anfrage der Initiative für Transparenz bei Agrarsubventionen gaben viele Agrarbetriebe bereitwillig Zahlen zur Betriebsstruktur, zu ihren Umwelt- und Tierschutzleistungen und zur Anzahl ihrer Arbeitsplätze heraus. Diese Offenheit ist Voraussetzung, damit auch im künftigen EU-Haushalt weiter ausreichend Geld für die Landwirtschaft eingeplant wird.

Die Gesellschaft ist bereit, für Leistungen im Umwelt- und Tierschutz sowie zum Erhalt von ländlicher Infrastruktur und Arbeitsplätzen zu zahlen. Wer ohne Rücksicht auf Natur- und Tierschutz produziert, sollte hingegen nicht mit Unterstützung rechnen dürfen. Nicht nur die Transparenz, auch die Neuverteilung der Gelder ist nur eine Frage der Zeit.

Der Forstwirt Dr. Hubert Weiger, Professor für Naturschutz und nachhaltige Landnutzung an der Gesamthochschule Kassel, ist Vorsitzender des Umweltverbandes BUND. Die Landwirtin Reinhild Benning ist BUND-Agrarreferentin. Beide befassen sich seit Jahren mit der deutschen und europäischen Agrarpolitik.

**Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 27586-481, Fax -449,
E-Mail: reinhild.benning@bund.net,
www.bund.net/agrar,
www.wer-profitiert.de**

Ernährungssicherheit**Patente auf Pflanzen und Tiere ruinieren Bauern**

■ In Europa werden immer mehr Patente auf konventionelle Pflanzen vergeben. Nach einem Bericht der Entwicklungsorganisation Erklärung von Bern (EvB) müssen Bauern und Züchter mit massiven Behinderungen ihrer Zuchtarbeit und mit höheren Saatgutkosten rechnen, wenn sich der Trend fortsetzt. Gemeinsam mit Partnern wie Greenpeace und Misereor fordert die EvB, die Zahl der Patente mit klaren politischen Vorgaben zu begrenzen.

Die zunehmende Patentierung von Saatgut, konventionellen Pflanzensorten und Nutztierassen bedeute eine Enteignung, so die Organisationen. Bauern dürften aus der Ernte kein Saatgut mehr zurückbehalten. Züchter könnten mit patentiertem Saatgut nur noch sehr eingeschränkt arbeiten. Die Nahrungssicherheit gerate in die Hände einiger Großkonzerne aus der Chemie- und Biotechnologiebranche. Das Europäische Patentamt habe im Interesse multinationaler Konzerne die Patentierbarkeit immer mehr ausgeweitet und die Verbote von Patenten auf Pflanzensorten und biologische Prozesse ausgehöhlt, kritisiert die EvB.

Seit Ende 2007 befasst sich das Europäische Patentamt mit der Grundsatzfrage, ob auch konventionell gezüchtete Pflanzen und Tiere patentiert werden können. Am Beispiel von Brokkoli will die Große Beschwerdekammer des Patentamtes grundsätzlich entscheiden, ob konventionelle Pflanzen patentierbar sind (Fall G2/07). Dies wird laut EvB für viele weitere angemeldete Patente auf Pflanzen und Tiere richtungweisend sein. Entwicklungs-, Umwelt- und Bauernorganisationen appellieren in einem offenen Brief an die Beschwerdekammer, die Patentierung von konventionellen Pflanzen und Tieren nicht zuzulassen. [mbu]

- ▶ EvB-Bericht (PDF, 33 S., 596 kB): www.kurzlink.de/saatgutpatente
- ▶ Offener Brief: www.kurzlink.de/keine-saatpatente
- ▶ Globaler Aufruf: www.no-patents-on-seeds.org

Ländliche Entwicklung**EU-Mittel zweckentfremdet**

■ Laut einer Studie von BirdLife International kommen zahlreiche EU-Subventionen, die für die ländliche Entwicklung vorgesehen sind, dort gar nicht an. Stattdessen versorgten die Mitgliedstaaten die Landwirtschaftslobby mit dem Geld, das beispielsweise in Projekte zur Verbesserung der Artenvielfalt fließen sollte.

In manchen Fällen förderten die Gelder sogar direkt die Umweltzerstörung, sagte Ariel Brunner von BirdLife. So plane Portugal, 200.000 Hektar Trockengebiet mit einem großen Artenreichtum in bewässertes Ackerland zu verwandeln. BirdLife forderte die EU-Länder auf, diese Praxis zu beenden und nach gründlicher Folgenabschätzung eine Strategie zu entwickeln, wie die Gelder besser verteilt werden können.

Der Europäische Rechnungshof ECA lobte die Studie. Der Rechnungshof bereitet derzeit eine Überprüfung der umgeschichteten Gelder der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) vor. Geprüft wird, ob die Subventionen tatsächlich für Leistungen wie den Schutz von Artenvielfalt, Boden und Wasser verwendet werden. Im Herbst sollen die Ergebnisse veröffentlicht werden. [mbu]

- ▶ BirdLife-Bericht (PDF, 50 S., 1,5 MB): www.kurzlink.de/birdlife-report.pdf

Freisetzungsversuche**BASF setzt Genkartoffeln frei**

■ Seit Mai wachsen auf 20 Hektar in Mecklenburg-Vorpommern wieder gentechnisch veränderte Kartoffeln der Sorte Amflora. Ursprünglich wollte die BASF 150 Hektar mit der Genknolle bepflanzen. Weil Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner im Frühjahr den Genmais MON810 verboten hatte, befürchtete der Chemiekonzern auch den Stopp für Amflora und reduzierte die Fläche.

Selbst dies hält Mecklenburg-Vorpommerns Agrarminister Till Backhaus für zu groß bei einem angeblichen Versuchs-

bau. 20 Hektar – etwa die Fläche von 14 Fußballfeldern – bedeuteten schon kommerziellen Anbau. Aus Sicherheitsgründen ist der Acker in Groß Lüsewitz bei Rostock eingezäunt, dennoch fordert Backhaus ein komplettes Anbauverbot für Amflora. Die Sorte ist nicht zum Verzehr oder als Futter gedacht, sondern soll mit ihrem höheren Stärkegehalt dazu dienen, einen Klebstoff für die Industrie zu entwickeln.

In Mecklenburg-Vorpommern protestieren Umweltverbände und Initiativen seit Langem gegen die Gentechnik. Im vergangenen Jahr waren die Knollen nicht wie vereinbart vollständig entfernt worden. „Das belegt, dass es um die vollmundig versprochene Sicherheit der Freisetzungsversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen im Land schlecht bestellt ist“, sagte der Gentechnikexperte des BUND Burkard Roloff. [mbu]

- ▶ Aktionsbündnis gentechnikfreie Landwirtschaft, Dr. Burkard Roloff, Schwerin, Tel. (0)385 / 521339 13, E-Mail: bund.mv@bund.net
- ▶ www.kurzlink.de/amflora-dossier

Gentechnikpflanzen**Kaum Nutzen für Entwicklungsländer**

■ Laut einem Bericht des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) waren die Vorteile gentechnisch veränderter Pflanzen für Entwicklungsländer bisher sehr begrenzt. Obwohl genmanipulierte Organismen seit Jahren in der Landwirtschaft eingesetzt würden, gebe es noch keine Sorten, die speziell die Probleme der Entwicklungsländer lösen könnten oder vielversprechend seien.

Zwei Jahre lang wurden die „Auswirkungen des Einsatzes transgenen Saatguts auf die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Strukturen in Entwicklungsländern“ untersucht. Nach Auffassung des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED), des Naturschutzbundes (NABU) und der Vereinigung Deutscher

Wissenschaftler (VDW) kommt die Veröffentlichung zur rechten Zeit. Die Gentechnikdebatte sei für Ernährung und Landwirtschaft aktuell wie nie. Rudolf Buntzel vom EED nannte die Ergebnisse des TAB-Berichts eine „faire und objektive Gesamtschau“. NABU-Präsident Olaf Tschimpke forderte angesichts der Erkenntnisse, Forschung und Entwicklung für nachhaltigere und ökologische Alternativen zu stärken.

Nun muss sich der Bundestagsausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Bericht, den er angeregt hatte, befassen. [mbu]

- ▶ TAB-Bericht (PDF, 292 S., 4,2 MB): www.kurzlink.de/gensaatgut-nutzen
- ▶ EED, Dr. Rudolf Buntzel, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 8101-2355, www.eed.de/de/de.col/de.sub.19/
- ▶ NABU, Dr. Steffi Ober, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-25, www.nabu.de/gentechnik

Gentechnikrecht

Genmaisverbot juristisch untermauert

Das Verwaltungsgericht Braunschweig hat das Anbauverbot der genmanipulierten Maissorte MON810 in Deutschland im Eilverfahren bestätigt. Der Gentechnikkonzern Monsanto hatte gegen die Anweisung des Bundesverbraucherministeriums von Mitte April geklagt (umwelt aktuell 05.09, S. 19). „Es bestehe eine Gefahrenlage, wie sie das Gentechnikgesetz für ein solches Verbot verlangt“, heißt es in der Begründung des Gerichts. Für ein Anbauverbot müsse es keine sicheren wissenschaftlichen Erkenntnisse über Gefahren geben. Es genügen Anhaltspunkte.

Monsanto kann den Gerichtsentscheid im Eilverfahren nun vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg anfechten. Unabhängig davon, ob der Konzern eine solche Beschwerde einreicht, geht das Hauptsacheverfahren in Braunschweig weiter – wann, ist noch unklar. [mbu]

- ▶ www.verwaltungsgericht-braunschweig.niedersachsen.de

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

2010-Aktionsplan

Plan gescheitert, neuer Plan

Auf einer EU-Konferenz in Athen zum Thema Artenvielfalt und Biodiversität Ende April hat die Europäische Kommission einen Achtpunkteplan zum Biodiversitätserhalt vorgestellt. Zuvor hatte sie eingeräumt, dass der EU-Biodiversitätsaktionsplan gescheitert ist. Dass die EU noch ihr Ziel erreichen könne, den Verlust der Arten und Lebensräume bis 2010 zu stoppen, sei unwahrscheinlich.

In Athen debattierten ExpertInnen darüber, wie die Artenschutzpolitik zukünftig verbessert werden soll. Die Europäische Umweltagentur EEA forderte, Biodiversität als Querschnittsthema in Landwirtschafts-, Forstwirtschafts- und Fischereipolitik zu integrieren. Die wahren Preise von Produkten müssten ermittelt und negative Folgen für Ökosysteme eingerechnet werden.

Mit einem Achtpunkteplan will die EU-Kommission die Artenschutzpolitik wiederbeleben. Neben einer Erklärung, weshalb Artenvielfalt wichtig ist, gibt der Plan Handlungsempfehlungen zu folgenden Aufgabenfeldern:

- ▶ besseres Verständnis der jetzigen Situation und der nötigen Maßnahmen,
- ▶ ein voll funktionsfähiges Netzwerk von Natura-2000-Schutzgebieten,
- ▶ Schutz der „normalen“ Artenvielfalt und Ökosysteme in Europa,
- ▶ Schutz der weltweiten Artenvielfalt und Reduzierung des „europäischen Biodiversitätsfußabdrucks“,
- ▶ Einbeziehung der Artenvielfalt in andere Politikbereiche,
- ▶ Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel sowie
- ▶ Vereinbarkeit und Kopplung von Klimaschutzmaßnahmen mit den Maßnahmen zum Schutz der Artenvielfalt.

[jg, bv]

- ▶ www.europa.eu/rapid (Reference IP/09/649)
- ▶ www.kurzlink.de/message-athen

G8-Umweltministertreffen

Sizilianische Eröffnung

Die UmweltministerInnen der G8-Staaten und der wichtigsten Schwellenländer haben Ende April ein erstes Treffen auf Sizilien mit einer Erklärung zum Schutz der Biodiversität beendet. Die „Syracus-Charta zur Artenvielfalt“ enthält 24 Artikel zu Maßnahmen der Staaten. Unter vier Hauptaspekten wird das Thema bearbeitet:

- ▶ Artenschwund und Verlust von Ökosystemen sollen im Zusammenhang mit dem Klimawandel gesehen werden,
- ▶ Verbände, Wirtschaft und Unternehmen sollen ebenso tätig werden wie
- ▶ Wissenschaft, Forschung und Politik,
- ▶ Bewirtschaftung und Schutz von Ökosystemen sollen verbessert werden.

Darüber hinaus wollen die Unterzeichnerstaaten eine gemeinsame „Post-2010-Artenschutzpolitik“ starten. Unter anderem sollten Umweltmaßnahmen in alle Politikbereiche einbezogen und alle Interessengruppen zur Teilnahme animiert werden. Die Charta ist rechtlich nicht bindend.

Bei dem Treffen diskutierten die Umweltminister auch über die internationalen Klimaverhandlungen im Dezember. Sie betonten die Notwendigkeit einer ehrgeizigen globalen Vereinbarung. Allerdings hielten sich offenbar die Industriestaaten wieder mit Finanzausgaben zurück, während die Schwellenländer Beschränkungen ihres Wirtschaftswachstums ablehnten. Der Chef des UN-Umweltprogramms Achim Steiner zeigte sich „sehr besorgt, dass bis jetzt keinen Weg gibt, die noch ungeklärten Fragen zu lösen“.

Einigen konnten sich die Minister auf eine bessere Zusammenarbeit zum Schutz von Kindern vor Umweltverschmutzung. Der deutsche Delegationsleiter, Umweltschaftssekretär Matthias Machnig, setzte sich außerdem für ein unabhängiges internationales Wissenschaftlergremium zur Politikberatung ein. Dieses Gremium, ähnlich dem Weltklimarat IPCC, soll bis 2010, dem Jahr der internationalen Biodiversität, eingerichtet sein. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/syracus-charta
- ▶ www.g8ambiente.it

UN-Waldforum**Wald im Wandel**

■ Ende April haben über 600 TeilnehmerInnen des achten UN-Waldforums (UNFF8) in New York über Wälder in einer sich ändernden Umwelt debattiert. Die Delegierten verabschiedeten dazu eine Erklärung und beschlossen eine bessere Koordinierung. Auf der Agenda standen auch Forste im Klimawandel sowie nachhaltiges Waldmanagement (SFM). Eine Einigung zur Finanzierung von SFM wurde auf das nächste UN-Waldforum im Januar 2011 vertagt. [bv]

► www.iisd.ca/forestry/unff/unff8

Illegale Abholzung**Parlament gegen Raubholz**

■ Das EU-Parlament hat im April in erster Lesung einem Verordnungsvorschlag der EU-Kommission gegen die anhaltende Entwaldung zugestimmt. Danach dürfen Händler und Importeure nur Produkte aus legal geschlagenem Holz anbieten. Ein Rückverfolgungssystem mit Angaben zu der Art des Holzes, dem Herkunftsland und der Konzession für den Einschlag soll die Unbedenklichkeit nachweisen. Bei Verstößen drohen Geldstrafen, die den Wert des illegalen Holzes mindestens fünffach übersteigen.

Bis zu 40 Prozent der internationalen Industrieholzproduktion stammen nach EU-Angaben auf illegalen Quellen. Illegaler Holzeinschlag gilt als Hauptursache der Entwaldung. Auch für ein Fünftel der weltweiten Treibhausgasemissionen ist die Entwaldung verantwortlich. Die Verordnung gilt deshalb als wichtiger Beitrag zum Klimaschutz.

Nun muss sich das Parlament mit den Mitgliedstaaten auf eine Position einigen. Diese sei allerdings bisher nicht in Sicht, sagte ein Parlamentssprecher. [mbu]

► www.kurzlink.de/ep-illegalesholz
 ► Gesetzgebungsverfahren:
www.kurzlink.de/mitentscheidung

Nationales Naturerbe**Etappensieg für Naturflächen**

■ Der Deutsche Bundestag hat Ende April das Flächenerwerbsänderungsgesetz beschlossen. Danach kann die Bundesverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft (BVVG) zusätzlich zu den bereits Ende der 1990er-Jahre von der Privatisierung ausgenommenen rund 36.000 Hektar ehemals volkseigener Flächen in den neuen Bundesländern weitere 29.000 Hektar dieses „Nationalen Naturerbes“ dem Naturschutz zur Verfügung stellen. Die Flächen werden an die Länder oder an von ihnen benannte Umweltorganisationen übertragen. Diese verpflichten sich zur Übernahme aller Folgekosten und zur Einhaltung sehr strenger Naturschutzstandards.

Die Umweltverbände begrüßten den Beschluss, sehen aber weiteren Handlungsbedarf. Die Bundesregierung hatte sich im Koalitionsvertrag 2005 verpflichtet, bis zu 125.000 Hektar national bedeutsame Naturschutzflächen im Bundeseigentum für Naturschutzzwecke zu sichern. Mit dem jetzigen Beschluss sind insgesamt rund 78.000 Hektar gesichert. Weitere 47.000 Hektar fehlen noch. Die Umweltverbände dringen vor allem auf die Übertragung ehemaliger Militärfächen. Dafür müsste die Bundesregierung einen Teil des Haftungsrisikos übernehmen. Für 25.000 Hektar steht die Zusammenstellung der Übertragungsliste noch aus. Dabei wollen die Verbände vor allem solche Gebiete berücksichtigt wissen, von denen sich das Militär erst in den letzten Jahren zurückgezogen hat. (Siehe auch S. 6/7) [bv]

► Naturstiftung David, Adrian Johst, Tel. +49 (0)361 / 5550330, www.naturstiftung-david.de
 ► Gesetz: www.kurzlink.de/bvvg-flaechenerwerb

Grünes Band**20 Jahre Lebenslinie**

■ Das sogenannte Grüne Band am ehemaligen innerdeutschen Grenzstreifen wird dieses Jahr 20 Jahre alt. Es gehört heute zum „Nationalen Naturerbe“ und

umfasst 177 Quadratkilometer entlang des 1.400 Kilometer langen ehemaligen Grenzstreifens. In der fünf Kilometer breiten Sperrzone entwickelte sich in den Jahrzehnten der Teilung eine teilweise einzigartige Natur mit über 600 bedrohten Tier- und Pflanzenarten.

Eine Privatisierung der Flächen entlang der früheren Grenze findet nicht mehr statt, die Flächen sollen an die Bundesländer übertragen werden. Allerdings hat bisher nur Thüringen im vergangenen Jahr eine Einigung mit dem Bund erreicht und knapp 4.000 Hektar übernommen. Der BUND hat 410 Hektar erworben und ist dabei, die Biotope dauerhaft zu sichern.

Ausgehend vom Grünen Band in Deutschland hat sich die Initiative „Grünes Band Europa“ entwickelt. Dieses verbindet bedeutende europäische Naturräume über mehr als 12.500 Kilometer in 24 Staaten entlang dem ehemaligen Eisernen Vorhang von der Barentssee bis zum Schwarzen Meer. [bv]

► www.gruenesband.info
 ► www.greenbelteuropa.eu

Zugvögel**Born to Travel**

■ Zum Schutz wandernder Vogelarten entlang der Zugroute Afrika-Eurasien hat die Vogelschutzorganisation BirdLife im März die Kampagne „Born to Travel“ gestartet. Mehr als 40 Prozent der Zugvogelarten, die zwischen Afrika, dem Mittleren Osten und Europa wandern, verzeichneten in den letzten 30 Jahren Rückgänge, zehn Prozent sind in der Roten Liste der Weltnaturschutzunion IUCN als weltweit vom Aussterben bedroht oder als nahezu bedroht eingestuft. Mit der Kampagne wollen Vogelschützer in mehr als 70 Ländern gemeinsam die Aufmerksamkeit auf die Zugvögel richten und Schutzprojekte umsetzen. [bv]

► Born to Travel Kampagne, Ania Sharwood Smith, ania.sharwood@vogelbescherming.nl
 ► www.borntotravelcampaign.com

Vogelschutz**EU-Parlament beschert Geiern bessere Zeiten**

■ Das Europäische Parlament hat Ende April über die Flexibilisierung der seit 2002 verschärften EU-Hygieneverordnung entschieden. Danach können die Mitgliedstaaten wieder selbst regeln, wann und wo verendete Weidetiere in der Landschaft verbleiben dürfen. Der Naturschutzbund (NABU) begrüßte die Entscheidung. Nun könnten Europas Geier und andere Aasfresser wieder mehr Nahrung finden.

Geier beseitigen Tierkadaver innerhalb kürzester Zeit hygienisch. Während der BSE-Krise wurden jedoch in ihren südeuropäischen Brutgebieten offene Tierkadaver-Sammelstellen und das Liegenlassen verendeter Weidetiere verboten. Dadurch verloren die Aasfresser einen Großteil ihrer Nahrung. Mehr als die Hälfte der europäischen Geier lebt auf der Iberischen Halbinsel. Auch andere Greifvögel wie der in Deutschland heimische Rotmilan, der zu Tausenden in Spanien überwintert, werden nach Ansicht der Vogelschützer von der neuen Regelung profitieren. [bv]

► NABU, Vogelschutzexperte Dr. Markus Nipkow, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-1620, E-Mail: markus.nipkow@nabu.de, www.nabu.de

Invasive Arten**Die Kosten der Aliens**

■ Die spanische Ökologin Montserrat Vilà hat im Auftrag der EU-Kommission erstmals die Kosten abgeschätzt, die durch invasive gebietsfremde Arten in Europa entstehen. Invasive Arten können die einheimische Flora und Fauna stark verändern und große ökologische und ökonomische Schäden anrichten. Allerdings wisse man bisher nur von etwa zehn Prozent der Invasoren, welche Auswirkungen sie hätten, schreibt die Autorin im Fachblatt „Frontiers in Ecology and the Environment“. [bv]

► www.europe-aliens.org

STADT & REGION

Kommunaler Klimaschutz**Engagierte Städte in Brüssel**

■ Mehr als 400 VertreterInnen aus Zivilgesellschaft, Politik, kommunaler Praxis und Wirtschaft haben sich im April zur gemeinsamen Jahreskonferenz der Städtenetzwerke Klima-Bündnis und Energie-Cités in Brüssel getroffen. Schwerpunkt der Konferenz war der „Konvent der Bürgermeister“. Der Bürgermeisterkonvent wurde 2008 auf Initiative der EU-Kommission gestartet, um die Kommunen in den Kampf gegen den Klimawandel einzubeziehen. Die teilnehmenden Städte und Gemeinden setzen sich für 20 Prozent weniger CO₂-Emissionen, 20 Prozent mehr Energieeffizienz und 20 Prozent mehr erneuerbare Energien ein. Bei der Konferenz ging es auch um die Realisierung dieser Ziele.

Der US-amerikanische Ökonom Jeremy Rifkin plädierte in Brüssel für eine dezentrale Umgestaltung der Energienetze in der Welt, sodass die Menschen erneuerbare Energie herstellen und auf dieselbe Weise miteinander teilen können, wie sie jetzt Informationen teilen. [jg]

► Klima-Bündnis, Frankfurt/M., Tel. +49 (0)69 / 717139-0, www.climatealliance.org

Wettbewerb**Preis für fairen Handel**

■ Die von Bund, Ländern, Kommunen und Nichtregierungsorganisationen getragene Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ruft zum Wettbewerb zur „Hauptstadt des Fairen Handels 2009“ auf. Ein-sendeschluss ist der 15. Juli, das Preisgeld beträgt insgesamt 100.000 Euro. Gefragt sind deutsche Städte und Gemeinden, die durch eigene Aktivitäten vor Ort die Idee des „Fairen Handel(n)s“ gemeinsam mit anderen Akteuren unterstützen. [jg]

► www.service-eine-welt.de

TIERSCHUTZ & ETHIK

Tierversuche**Keine Parlamentsmehrheit für weniger Tierversuche**

■ Enttäuscht haben sich Tierschützer über die Abstimmung im EU-Parlament zur Neuregelung von Tierversuchen am 5. Mai gezeigt. Zu dem Gesetzesvorschlag der EU-Kommission seien viele Änderungsvorschläge angenommen worden, die den Schutz von Versuchstieren zugunsten der Forschungsfreiheit stark einschränkten, kritisierte der Deutsche Tierschutzbund. Selbst die schwachen Regelungen in Deutschland seien unterboten worden.

Auch die Europaabgeordnete der Grünen Hiltrud Breyer, die sich für den Kommissionsvorschlag stark gemacht hatte, kritisierte das Votum der Parlamentsmehrheit. Dagegen nannte die CDU-Abgeordnete Elisabeth Jeggle das Ergebnis einen „vernünftigen Kompromiss“ zwischen Tierschutz und Forschung. Fast alle Konservativen und die meisten Sozialdemokraten sprachen sich für eine Aufweichung der Tierschutzregeln aus. Die Liberalen votierten uneinheitlich, während Grüne und Linke gegen die Verwässerung stimmten.

Fortgesetzt werden sollen nun auch die umstrittenen Affenversuche, selbst ohne direkten Nutzen für die menschliche Gesundheit. Der Bundesverband der Tierversuchgegner bemängelte, dass Tierversuche mit schweren Leiden sogar ohne Schmerzausschaltung erlaubt bleiben sollen und dass keine Bewertung der Versuchsergebnisse vorgeschrieben ist.

Eine Einigung mit dem Ministerrat wurde wegen der Europawahlen am 7. Juni verschoben. Die zweite Lesung wird erst das neue Parlament abhalten. In der EU werden jedes Jahr rund zwölf Millionen Versuchstiere eingesetzt. [mb]

► Gesetzesvorschlag (PDF, 87 S., 470 kB): www.kurzlink.de/kom-2008-543.pdf

► Hintergrund: www.kurzlink.de/eu-tierversuche

Robbenprodukte

EU stoppt Robbenfellimporte

■ Das Europäische Parlament hat am 5. Mai mit großer Mehrheit einem Verbot des Handels mit Robbenprodukten ab 2010 zugestimmt. Ausnahmen gelten nur für Erzeugnisse aus einer Jagd, die von Inuit und anderen indigenen Gemeinschaften traditionsgemäß betrieben wird und zu deren Existenz beiträgt. Da es vor der Abstimmung schon eine Einigung mit dem Ministerrat gab, wird erwartet, dass dieser ebenfalls zustimmt.

Tierschutzorganisationen begrüßten das Verbot. Der Internationale Tierschutz-Fonds IFAW, der besonders die kanadische Robbenjagd kritisiert, betonte, damit würden sieben der zehn wichtigsten Exportländer ihren Markt für Robbenprodukte aus Kanada schließen.

Robbenjagd findet vor allem in der Arktis und im Süden Afrikas statt. Rund 750.000 Robben werden dabei nach Angaben des Deutschen Tierschutzbundes jedes Jahr für kommerzielle Zwecke getötet und gehäutet, über 90 Prozent davon sind Jungtiere. Während etwa Russland sein Verbot zur Tötung von Jungrobben im Weißen Meer noch einmal deutlich verschärfte, dürfen in Kanada in diesem Jahr 338.200 Tiere getötet werden. [jg]

- ▶ EU-Parlament: www.kurzlink.de/ep-04-05-2009
- ▶ www.ifaw.org
- ▶ www.tierschutzbund.de/3137.html

Käfigeier

Kein Ei mit 3 auch im Urlaub

■ Nachdem fast alle großen Handelsunternehmen den Verzicht auf Eier aus Käfighaltung erklärt haben, versichern nun auch die Dorint Hotels & Resorts, keine Eier mit der Ziffer 3 mehr zu verwenden. Der Deutsche Tierschutzbund forderte die zehn größten Hotelketten in Deutschland auf, dem guten Beispiel zu folgen. [mb]

- ▶ Einzelhandel ohne Käfigeier – Liste: www.tierschutzbund.de/3343.html

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Europawahl

Tipps für Unentschlossene

■ Am 7. Juni finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Umweltorganisationen haben zur Teilnahme aufgerufen und daran erinnert, dass das EU-Parlament in der Umwelt-, Naturschutz-, Agrar- und Fischereipolitik heute mehr Einfluss habe als die nationalen Parlamente. Die deutschen Umweltverbände veröffentlichten ein Wahlmemorandum (siehe S. 30). Der Umweldachverband Österreichs gab ein „EUropa-Info Spezial“ mit einer Parteienbefragung heraus.

Für die 99 Sitze, die Deutschland zustehen, bewerben sich fast 1.200 KandidatInnen aus 31 Parteien und Vereinigungen. Für die 17 österreichischen Sitze treten 272 KandidatInnen aus acht Parteien an. Im Internet haben beide Länder alle Wahlbewerber mit Beruf und Wohnort aufgeführt. Die deutsche Webseite enthält auch alle Adressen sowie Übersichten zu Frauenanteil (29 Prozent), Alter und Beruf.

Wer sich noch nicht für eine Partei entschieden hat, kann sich ebenfalls im Internet helfen lassen. Der „Wahl-O-Mat“ der Bundeszentrale für politische Bildung ermittelt anhand von Fragen die am ehesten passende Partei. Auch der „EU-Profiler“, den WissenschaftlerInnen entwickelten, arbeitet auf diese Weise. [jg, mb]

- ▶ Deutschland: www.bundeswahlleiter.de (Europawahl 2009 – Veröffentlichungen – Sonderheft)
- ▶ Österreich: www.bmi.gv.at (Europawahl 2009)
- ▶ EUropa-Info Spezial: www.eu-umweltbuero.at
- ▶ www.wahl-o-mat.de, www.euprofiler.eu

EU-Kohäsionspolitik

Experten empfehlen Reform

■ Die EU soll ihre Kohäsionspolitik völlig neu ausrichten. Das empfiehlt eine Expertenkommission in dem nach ihrem Vorsitzenden benannten Barca-Bericht.

Eine umfassende Reform könne ab 2013, wenn die nächste Finanzperiode beginnt, umgesetzt werden. Die Kohäsionspolitik zielt auf einen Ausgleich der Lebensbedingungen in Europa ab und stellt mit etwa 30 Prozent den zweitgrößten Haushaltstitel der EU. Der Bericht schlägt vor, 65 Prozent der Fördermittel auf drei oder vier Hauptprioritäten zu konzentrieren. Die nationalen Behörden bräuchten eindeutige Richtlinien für die Mittelverwendung. Die Ausgabenpolitik sei innovativ und flexibel zu gestalten. Evaluierung, Finanzmanagement und Kontrolle der Gelder müssten deutlich verbessert werden. Die zuständige EU-Regionalkommissarin Danuta Hübner begrüßte den Bericht und sah sich in ihrer bisherigen Politik bestätigt. [ms]

- ▶ www.europa.eu/rapid (Search – Reference IP/09/642)

EU-Forschungsförderung

Viel Geld für Nachhaltigkeit?

■ 44 Prozent der bisherigen Ausgaben im 7. Forschungsrahmenprogramm hat die EU für Forschungsprojekte zur nachhaltigen Entwicklung zur Verfügung gestellt. Das erklärte die EU-Kommission in ihrem Zwischenbericht zu den ersten beiden Jahren des siebenjährigen Programms. 2007 und 2008 sind insgesamt zehn Milliarden Euro ausgegeben worden. Insgesamt stehen 54 Milliarden bis 2013 zur Verfügung.

Der relativ hohe Prozentsatz der Forschungsförderung für nachhaltige Entwicklung liegt allerdings auch an der sehr breiten Definition. Zur Nachhaltigkeit zählt die Kommission Projekte im Energiesektor – für erneuerbare Energien und Effizienz, aber auch CO₂-Abscheidung – ebenso wie den Kampf gegen Alzheimer oder Krebs im Gesundheitssektor. Selbst Fragen der Sicherheit wie der Kampf gegen Terrorismus, organisierte Kriminalität oder Naturkatastrophen fallen unter den Titel nachhaltige Entwicklung. [ms]

- ▶ Bericht der EU-Kommission: www.kurzlink.de/eu-forschung-ne09

Lissabon-Vertrag**Tschechien sagt Ja**

■ Nach der tschechischen Abgeordnetenkammer im Februar hat Anfang Mai auch der tschechische Senat für den Lissabon-Vertrag gestimmt, der die neue rechtliche Grundlage der europäischen Zusammenarbeit darstellt. Von den 79 SenatorInnen in der oberen Kammer des Parlaments stimmten 54 für die Ratifizierung. Nun muss der als EU-Gegner bekannte Präsident Václav Klaus noch unterschreiben, damit der Vertrag ratifiziert werden kann.

Auch in Deutschland und Polen fehlen noch die Unterschriften der Staatsoberhäupter. Der deutsche Bundespräsident Horst Köhler will das Urteil des Bundesverfassungsgerichts abwarten. Irland ist somit das letzte EU-Land, in dem ein Signal zur Zustimmung noch fehlt. In einem Referendum im Mai 2008 hatte die irische Bevölkerung gegen den Lissabon-Vertrag gestimmt. [jg]

Bundeswehr**Bombenabwurfplatz vor dem Aus?**

■ Nach 17 Jahren Streit um den größten Bombenabwurfplatz Europas in der Kyritz-Ruppiner Heide in Brandenburg könnte das sogenannte Bombodrom vor dem Aus stehen. Nachdem Ende März das Oberverwaltungsgericht in Berlin eine fehlende planerische Gesamtabwägung bemängelt und die Inbetriebnahme untersagt hatte (umwelt aktuell 05.2009, S. 24), haben in einer Bundestagsdebatte im April Vertreter von CDU, SPD, Grünen und Linkspartei das Verteidigungsministerium aufgefordert, die Schießplatzpläne aufzugeben. Das Ministerium will das schriftliche Urteil abwarten und dann entscheiden, ob es vor dem Bundesverwaltungsgericht in Berufung gehen und das kostspielige Gesamtgutachten nachreichen will.

Die Bürgerinitiativen Freie Heide und Freier Himmel setzen sich seit vielen Jahren gegen das Vorhaben der Bundeswehr ein,

auf dem Platz bis zu 1.700 Kampfeinsätze an 200 Tagen pro Jahr zu fliegen. Sie will dort den integrierten Boden- und Luftkrieg und vor allem den Abwurf ungelenkter Bomben üben, deren Einsatz im Kriegsfall zahlreiche Tote und Verletzte in der Zivilbevölkerung fordert. Die Bürgerinitiativen und die Online-Kampagnenorganisation Campact haben eine Unterschriftenaktion gestartet, um im Wahljahr 2009 den Druck auf die Politik zu erhöhen. [jg]

► www.campact.de/bomb/home

Soziale Bewegungen**Neustart am 5. September**

■ Rund 1.700 TeilnehmerInnen haben sich Ende April auf dem McPlanet.com-Kongress in Berlin für einen ökologischen und sozialen Neustart ausgesprochen. Drei Tage lang hatten sie in zahlreichen Workshops, Podiumsgesprächen, Foren und aktiven Mittagspausen über Globalisierung, Umwelt, Finanzkrise, Klima, Energie, Ernährung, Landnutzung und Migration diskutiert. In einer gemeinsamen Abschlusserklärung sprachen sich die AktivistInnen für globale Gerechtigkeit, regulierte Finanzmärkte und eine demokratische Weltwirtschaft aus. Sie forderten, den Klima- und Umweltschutz nicht der Finanzkrise zu opfern. Die Natur müsse geschützt, die Ressourcen fair geteilt werden. Alle Menschen müssten in der Lage sein, souverän für ihre Ernährung zu sorgen.

Die TeilnehmerInnen wollen gemeinsam für den 5. September zu einer Anti-Atom-Demonstration in Berlin sowie für Dezember und die internationalen Klimaverhandlungen mobilisieren. Die sozialen Bewegungen müssten deutlicher und radikaler werden – so der Tenor bei der Abschlussveranstaltung.

McPlanet.com ist ein alle zwei Jahre stattfindender Kongress von Attac, dem BUND, dem Evangelischen Entwicklungsdienst, Greenpeace und der Heinrich-Böll-Stiftung. [jg]

► www.mcplanet.com

Umweltgesetzbuch**Nachfolgegesetze blockiert**

■ Der Deutsche Naturschutzring (DNR) hat Anfang Mai an die Ministerpräsidenten der Länder appelliert, nach dem Scheitern des Umweltgesetzbuches (UGB) die Nachfolgegesetze zum Naturschutz- und Wasserrecht nicht weiter zu blockieren. Zu den beiden Gesetzesvorlagen sind von den Ländern 90 Änderungseinträge eingegangen. „Die schlimmsten Auswüchse kamen dabei von der schwarz-gelben Landesregierung in Niedersachsen“, sagte DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen. So solle die für den Naturschutz wichtige sogenannte Eingriffsregelung „quasi abgeschossen“ werden. DNR-Präsident Hubert Weinzierl nannte es „das Eingeständnis eines unsäglichen Politikversagens, wenn jetzt auch diese Gesetze den Bach runtergehen“. [mb]

► DNR, Dr. Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Bundeswaldgesetz**Auch Waldschutz gescheitert**

■ Die Neuordnung des Bundeswaldgesetzes (umwelt aktuell 05.2009, S. 20) ist zum dritten Mal in Folge gescheitert. Nachdem sich die Koalition Anfang März auf einen Entwurf für das Waldgesetz geeinigt hatte, machten Unionspolitiker einen Rückzieher. Auch Spitzengespräche zwischen den Regierungsfractionen brachten Mitte Mai kein Ergebnis. Die Große Koalition sei bei wichtigen naturschutzpolitischen Entscheidungen handlungsunfähig, sagte der Präsident des Naturschutzbundes Olaf Tschimpke. „Eine ökologische Modernisierung unserer Umwelt- und Naturschutzpolitik ist in dieser Parteienkonstellation nicht möglich.“ Vor allem Vertreter der Union hätten das Gesetzesvorhaben ausgebremst, so der NABU-Präsident. [mb]

► NABU, Waldreferent Johannes Enssle, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 285984-1623, www.nabu.de/wald

VERKEHR & TOURISMUS

Güterverkehr

Riesentrucks ruinieren Klima

■ Eine Studie des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung (ISI) hat ergeben, dass die Einführung von Lkw, die über 25 Meter lang sind und bis zu 60 Tonnen schwer sein können, klimaschädlich wäre. Den Forschern zufolge könnte die EU-weite Zulassung der Riesen-Lkw zu deutlichen Verkehrsverlagerungen auf die Straße führen. Zwar sinke in den ersten fünf Jahren zunächst der Kohlendioxid-Ausstoß, weil die sogenannten Giga-Liner dann noch effizienter seien, sagte Projektleiter Claus Doll vom ISI. Danach komme es allerdings zur Verlagerung von bisheriger Güterfracht auf die Straße mit der Folge, dass die CO₂-Emissionen langfristig wieder steigen würden.

Laut der Studie, die im Auftrag der Gemeinschaft der Europäischen Bahnen und Infrastrukturunternehmen (CER) durchgeführt wurde, wären durch eine Verlagerung von der Schiene auf die Straße vor allem die Märkte für hochwertige Produkte und Containertransporte betroffen. In diesem Segment könnten bis zu 30 Prozent der Bahngütertransporte auf die Straße verlagert werden, heißt es in der Studie.

Der Koordinator der europaweiten Kampagne „No Mega Trucks!“ Martin Roggermann appellierte an Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee, im EU-Verkehrsratsrat bei der Ablehnung der Riesen-Lkw zu bleiben. Anfang des Jahres hatte die EU-Kommission eine in Fachkreisen umstrittene Studie zum selben Thema vorgelegt, wonach trotz negativer Bilanzen in Sachen Umwelt, Verkehr und Sicherheit die Riesen-Lkw zu befürworten wären. Andere Studien aus Deutschland prognostizierten Rückgänge für den Schienenverkehr von bis zu 55 Prozent. [mbu]

- ▶ Fraunhofer ISI, Karlsruhe, Tel. +49 (0)721 / 6809-0, E-Mail: presse@isi.fraunhofer.de, www.isi.fraunhofer.de
- ▶ www.nomegatrucks.eu

Urbane Mobilität I

Städte fürchten Chaos im Nahverkehr

■ Der Deutsche Städtetag hat die Bundesregierung aufgefordert, zügig die neue EU-Verordnung für den öffentlichen Nahverkehr umzusetzen. Obwohl Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee der Verordnung in Brüssel zugestimmt hatte, weigerte sich das Kabinett in Berlin, das deutsche Personenbeförderungsgesetz entsprechend anzupassen, kritisierte der Spitzenverband der Kommunen Deutschlands im April.

Gesetzlich nicht geregelt sind unter anderem die Frage der Zuständigkeit von Aufgabenträgern und Genehmigungsbehörden oder das Wahlrecht der Kommune, die Dienstleistung Nahverkehr selbst zu erbringen, diese direkt zu vergeben oder verschiedene Wettbewerber zu prüfen. Kommt die Anpassung des nationalen Rechts nicht bald, ist für den Deutschen Städtetag Ende dieses Jahres „Chaos im öffentlichen Nahverkehr Deutschlands vorprogrammiert“. [mbu]

- ▶ www.staedtetag.de

Urbane Mobilität II

EU-Parlament will grünen Stadtverkehr

■ Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben Ende April einen Aktionsplan zur städtischen Mobilität vorgeschlagen, mit dem der urbane Verkehr umweltfreundlicher gestaltet werden soll. Dies sieht zwar bereits ein Grünbuch der EU-Kommission von 2007 vor, der Plan wurde aber seitdem nicht weiterverfolgt. Dabei trägt der Verkehr in Städten entscheidend zum Klimawandel bei. Dort entstehen 70 Prozent aller Treibhausgase. Federführend für den Aktionsplan war der Berichterstatter Gilles Savary (Sozialdemokraten, Frankreich).

Fast zwei Drittel der EuropäerInnen

leben derzeit in Städten. Nach EU-Prognosen wird die Zahl bis 2020 auf 80 Prozent steigen. Mit dem Aktionsplan sollen die öffentlichen Verkehrsmittel verbessert werden, damit mehr Menschen Bus und Bahn fahren. Außerdem sollen die Bürgerinnen und Bürger dazu bewogen werden, häufiger zu Fuß zu gehen und Rad zu fahren.

Die Grünen im Europaparlament forderten für die Maßnahmen im Aktionsplan eine Umschichtung der EU-Kofinanzierung. Zurzeit fließen lediglich 20 Prozent der EU-Verkehrsgelder in den öffentlichen Nah- und Schienenverkehr. Den Löwenanteil erhalten dagegen Straßenbauprojekte. Mindestens 40 Prozent sollten künftig für den Schienenverkehr verwendet werden, sagte der verkehrspolitische Sprecher der Europa-Grünen Michael Cramer. Das hatte das Parlament bereits im 1. Eisenbahn-Paket beschlossen.

Der Aktionsplan schreibt auch fest, dass EU-Gelder nur dann fließen, wenn Städte mit über 100.000 Einwohnern einen Plan für nachhaltige Mobilität vorlegen können. [mbu]

- ▶ Aktionsplan städtische Mobilität: www.kurzlink.de/stadtmobil-plan

Urbane Mobilität III

Bundesweiter Modellversuch für Leihfahrräder

■ Das Bundesverkehrsministerium hat einen Wettbewerb für „neue Mobilität in Städten“ ausgeschrieben. Damit sollen in deutschen Städten und Gemeinden Projekte zum Aufbau innovativer öffentlicher Fahrradverleihsysteme finanziell unterstützt werden. Von Oktober 2009 bis Ende 2012 werden dafür insgesamt zehn Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

In der Stadt fahre man oft besser und schneller mit dem Fahrrad und dem öffentlichen Nahverkehr als mit dem Auto, heißt es in der Ausschreibung. Doch häufig sei das eigene Fahrrad nicht dort, wo man es gebrauchen könne, etwa zwischen dem Arbeitsplatz und der nächsten S-Bahn-

Station oder in einer anderen Stadt, um vom Bahnhof zum Ziel zu kommen. Eine einfache Lösung sei es, vor Ort ein Fahrrad zu leihen. Fahrradverleihsysteme erhöhten nicht nur die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger, sie trügen auch zu einem klimafreundlichen und energieeffizienten Nahverkehr bei.

Das Ministerium sucht deshalb Projekte mit Modellcharakter, die eine Kombination von Fahrrad und öffentlichem Verkehr entwickeln, die auf andere Kommunen übertragbar ist. Teilnehmen können Kommunen, Landkreise und regionale Kooperationen sowie Verkehrsunternehmen und -verbände. Eine Kooperation mit Betreibern von Fahrradverleihsystemen und anderen Akteuren, die mit Mobilität zu tun haben, ist möglich.

Der Wettbewerb wird vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie zusammen mit dem Deutschen Institut für Urbanistik durchgeführt. Einsendeschluss für Bewerbungen ist der 17. Juni. [mbu]

- ▶ Ausschreibung: www.kurzlink.de/leihfahrraeder
- ▶ Projektbüro Öffentliche Fahrradverleihsysteme, E-Mail: fahrradverleihsysteme@wupperinst.org

CO₂-Emissionen

Kein Klimaschutz ohne Verkehrswende

■ Der Verkehr trägt die Hauptverantwortung für die anhaltend steigenden CO₂-Emissionen in Europa. Das geht aus statistischen Daten hervor, die die EU-Kommission im April in einem sogenannten Pocket Book veröffentlicht hat. Dagegen ist der Kohlendioxidausstoß von Energieversorgern, Industrie und privaten Haushalten den Angaben zufolge in den letzten Jahren stetig gesunken.

Auch die Europäische Umweltagentur (EEA) hatte zuletzt im Februar gewarnt, dass die Verkehrspolitik in die falsche Richtung gehe. So sei der verkehrsbedingte CO₂-Ausstoß seit 1990 um 27 Prozent gestiegen, rechnete der EEA-Bericht „Verkehr am Scheideweg“ vor. Rechne man den

Schiffs- und Luftverkehr mit ein, seien es sogar 36 Prozent. Bis zum Jahr 2020 könnten die Verkehrsemissionen um fast 50 Prozent ansteigen, prognostiziert die Umweltbehörde.

Ökologische Verkehrsverbände wie die europäische Organisation Transport & Environment oder die deutsche Allianz pro Schiene fordern nun verbindliche Reduktionsziele für den gesamten Verkehr in Europa. Auch die Verkehrsverlagerung auf die Schiene müsse vorangebracht werden. Allein der Schienenverkehr habe den Kohlendioxidausstoß seit 1990 um fast 44 Prozent gesenkt, hieß es bei der Allianz pro Schiene. Die Experten sind sich einig: Wenn im Verkehrssektor nicht entgegen-gesteuert wird, können die Kyoto-Ziele zum Klimaschutz nicht erreicht werden.

[mbu]

- ▶ Pocket Book der EU-Kommission (PDF, 1,9 MB, 232 S.): www.kurzlink.de/eu-transport-figures
- ▶ EEA-Bericht „Verkehr am Scheideweg“: www.kurzlink.de/transport-crossroads

WASSER & MEERE

EU-Fischereipolitik

Grünbuch macht Ernst

■ Die EU-Kommission hat Ende April ein Grünbuch zur Fischereipolitik vorgelegt und eine öffentliche Konsultation dazu gestartet. Bis zum 31. Dezember können Kommentare und Beiträge eingereicht werden. Mit dem Grünbuch strebt die Kommission eine grundlegende Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik an. Nach den Worten von EU-Fischereikommissar Joe Borg soll „kein Stein auf dem anderen bleiben“. Als grundlegendes Problem bezeichnete Borg die weitgehende Erschöpfung der europäischen Bestände. Sie seien zu 88 Prozent überfischt. Trotzdem werde weiterhin zwei- bis dreimal mehr Fisch gefangen als eine nachhaltige Bewirtschaftung es erlauben würde. Als Hauptursachen nennt das Grünbuch

- ▶ fehlende ökologische Verantwortung,
- ▶ eine an kurzfristigen Zielen orientierte Entscheidungsfindung, die langfristig ein nachhaltiges System unterminiere,
- ▶ ein gesetzliches Rahmenwerk, das der Industrie nicht genügend Verantwortung übertrage, und
- ▶ den fehlenden politischen Willen, die natürlichen Grenzen der Fischerei zu akzeptieren.

Der WWF nannte das Papier einen mutigen Schritt zu einer zukunftsfähigen Fischereipolitik. Jetzt komme es darauf an, dass der Reformvorschlag nicht verwässert, sondern eins zu eins umgesetzt werde, sagte WWF-Fischereiexpertin Karoline Schacht. [ms, bv]

- ▶ www.ec.europa.eu/fisheries/reform
- ▶ WWF, Karoline Schacht, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 530200127, E-Mail: schacht@wwf.de, www.kurzlink.de/wwf-europe-fisheries

Beifang

40 Prozent lebender Müll

■ Mehr als 40 Prozent aller gefangenen Meerestiere gehen einer neuen WWF-Studie zufolge ungenutzt als Beifang wieder über Bord. Die meisten sterben dabei. Für die Studie wurde der Beifanganteil von rund zwei Dritteln der weltweiten Meeresfischerei mit einem geschätzten jährlichen Gesamtfang von 95 Millionen Tonnen untersucht. Die weltweiten Fischbestände könnten sich nicht erholen, solange 40 Prozent des Fangs wie Müll behandelt und nicht auf die Fangquoten angerechnet würden, sagte WWF-Fischereiexpertin Karoline Schacht. Der Beifang verschärfe das Problem der Überfischung, weil dadurch zu viele Jungtiere für künftige Fänge verloren gingen. Der WWF setzt sich für ein striktes Rückwurfverbot in der europäischen Fischerei und für die Anrechnung der mitgebrachten Beifänge auf die Fangquoten der Fischer ein. [bv]

- ▶ WWF, Karoline Schacht, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 530200127, E-Mail: schacht@wwf.de
- ▶ www.kurzlink.de/wwf-beifangstudie

Europäische Meere**EU bestraft Verschmutzer**

■ Das Europäische Parlament hat Anfang Mai in erster Lesung eine neue Richtlinie zur Kriminalisierung der Meeresverschmutzung angenommen. Sie verpflichtet die EU-Mitgliedstaaten dazu, in schwerwiegenden Fällen maritimen Umweltsündern rechtlich bindende Strafen aufzuerlegen – egal ob sie vorsätzlich oder fahrlässig handelten. Weniger schwerwiegende Fälle sollen bei Wiederholungstätern sowie bei vorsätzlichen Handlungen oder grober Fahrlässigkeit geahndet werden. Dabei bleibt es den Regierungen der Mitgliedstaaten überlassen, wie hoch die Strafen sein sollen. Sie müssen jedoch „abschreckend und effektiv“ sein. [bv]

► www.kurzlink.de/ep-plenum-2009-05-05

EU-Fischfang**Fangmöglichkeiten 2010**

■ Die EU-Kommission hat im Mai ihren Vorschlag zu den Fangmöglichkeiten in den EU-Gewässern für das Jahr 2010 vorgelegt. Darin spricht sie sich dafür aus, die zulässigen Gesamtfangmengen (TAC) auf Grundlage der Gutachten des Wissenschafts-, Technik- und Wirtschaftsausschusses für Fischerei (STECF) von Jahr zu Jahr flexibler ändern zu können. Die Mitteilung bewertet zunächst die Bestandslage. Danach sind mehr als 80 Prozent aller EU-Bestände überfischt; weltweit sind es durchschnittlich 28 Prozent. Dadurch trägt der Fischereisektor in der EU zurzeit deutlich weniger zur Wirtschaftsleistung und zur Lebensmittelversorgung bei als in der Vergangenheit. Den Wissenschaftlern ist dabei aufgrund der ungenauen Fangmeldungen die Bestandslage bei etwa 60 Prozent der Bestände nicht bekannt. Die Kommission bekräftigt in der Mitteilung ihre Absicht, Rückwürfe von Beifang nach und nach abzuschaffen. In diesem Jahr wird bereits das Highgrading – der Rückwurf von Fischen zugunsten größerer oder teurerer Fische – in der Nordsee und im Skagerrak

verboten. Die Mitteilung schlägt Nachfolmaßnahmen für 2010 vor.

Mit dem Dokument will die Kommission eine Sachdebatte mit den verschiedenen Interessenvertretern über die Grundsätze beginnen, auf denen die Kommissionsvorschläge für die Fangmöglichkeiten im kommenden Jahr beruhen sollen. Mitgliedstaaten und Interessenvertreter können bis zum 31. Juli zum Konzept der EU-Kommission Stellung nehmen. Im Herbst will die Kommission formelle Vorschläge vorlegen, die Ende des Jahres der EU-Ministerrat verabschieden soll. [bv]

► Mitteilung: www.kurzlink.de/kom-09-224.pdf

Ozeane**Hauptrolle beim Klimawandel**

■ Im Mai haben sich 5.000 Regierungsvertreter, Wissenschaftlerinnen und Umweltschützer aus 87 Ländern zur ersten Weltozeankonferenz in Manado auf der indonesischen Insel Sulawesi getroffen. Hauptthemen waren die Rolle der Weltmeere beim Klimawandel, vor allem die Bedrohung der Küstenregionen durch steigende Meeresspiegel und Wassertemperaturen sowie Meeresverschmutzung und -schutz. Zudem stand die Rolle der Ozeane, insbesondere als Kohlenstoffspeicher zur Reduzierung der Treibhausgase in der Atmosphäre auf der Agenda. Indonesien will eine Anerkennung der Ozeane vergleichbar mit den Tropenwäldern erreichen, um mit seinen großen Meeresflächen in der Treibhausgasbilanz Punkte zu sammeln. Vor allem wegen der anhaltenden Entwaldung liegt das Land beim Pro-Kopf-Ausstoß von CO₂ mit an der Weltspitze.

Das Abschlussdokument der Konferenz, die Deklaration von Manado, sollte die Rolle der Ozeane als CO₂-Speicher herausstellen. Sie soll bei den UN-Klimaverhandlungen im Dezember in Kopenhagen eine Rolle spielen. Bei Redaktionsschluss lag die Deklaration noch nicht vor. [bv]

► www.woc2009.org

Werra und Weser**Kein Salz des Lebens**

■ Neun Jahre nach Einführung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie leitet die Kaliindustrie noch immer Salz in den über 450 Kilometer langen Flusslauf von Werra und Weser ein. Ein durch das „Büro am Fluss Lebendige Weser“ und den BUND veranlasstes Gutachten belegt den Zusammenhang zwischen dem Rückgang der Artenvielfalt und der Salzeinleitung in die Werra. Für Gutachter Falko Wagner vom Institut für Gewässerökologie und Fischereibiologie Jena ist die Salzbelastung eindeutig hauptverantwortlich für den schlechten ökologischen Zustand des Flusses. Der BUND rief die Behörden auf, neue Grenzwerte für die eingeleiteten Salze festzusetzen, die spätestens 2015 die Wiederansiedlung einer natürlichen Artenvielfalt in Werra und Weser ermöglichen. Auch die Verpressung von Salzabwässern in den Untergrund sei sofort zu stoppen. [bv]

► www.lebendige-weser.de

Flüsse und Klimawandel**Große Ströme ohne Wasser**

■ Die großen Flüsse der Erde führen immer weniger Wasser. Eine US-Studie zeigt deutliche Veränderungen bei einem Drittel der Ströme im Lauf von fast 60 Jahren, vor allem als Folge des Klimawandels. Die Untersuchung von 925 Flüssen in den Jahren 1948 bis 2004 ergab, dass immer weniger Wasser ins Meer gelangt. Zu den Ursachen zählten neben dem Klimawandel auch andere Faktoren wie Dammbauten und das Ableiten von Wasser für Landwirtschaft und Industrie, sagte der Autor der Studie, Aiguo Dai vom National Center for Atmospheric Research in Boulder im US-Staat Colorado. Angesichts der beginnenden Erderwärmung seien die langfristigen Veränderungen der Durchflussmengen eines der Hauptprobleme. [bv]

► Studie (PDF, 50 S., 5,5 MB):
www.kurzlink.de/dai-jc09.pdf

WIRTSCHAFT & UNTERNEHMEN

Weltwirtschaftskrise

Rettungspakete oft nicht mal hellgrün

■ Die milliardenschweren Konjunkturpakete, mit denen die meisten Industrie- und Schwellenländer der Wirtschaftskrise begegnen wollen, sind nicht sonderlich umweltfreundlich. Das zeigt eine Studie von Germanwatch und Ecofys, die die Konjunkturpakete von fünf Ländern und der EU analysiert.

Von den insgesamt 1.100 Milliarden US-Dollar, die von den untersuchten Staaten investiert werden, können nach Ansicht der Herausgeber lediglich 73 Milliarden als klimafreundlich bezeichnet werden. Das sind 6,6 Prozent. Zwar gebe es positive Ansätze wie die Investition in die Energieeffizienz von Gebäuden, wie sie etwa das deutsche Paket vorsieht. Diese würden aber durch die negativen Projekte wieder aufgehoben. Die meisten Staaten wollen vor allem die Effizienz im Gebäude- und Verkehrssektor fördern. Auf der anderen Seite werden etwa in Italien oder Großbritannien dreistellige Millionensummen in den Bau neuer Straßen investiert.

Germanwatch und Ecofys weisen darauf hin, dass viele Konjunkturmaßnahmen nur schwer zu beurteilen sind, weil Daten fehlen. Sie appellieren an die Regierungen, für mehr Transparenz zu sorgen, um Greenwashing – ökologische Rhetorik ohne reale Grundlage – zu vermeiden. [ms]

► www.germanwatch.org/klima/score09.pdf

Nachhaltige Produktion

Einzelhändlertreffen

■ Das im März ins Leben gerufene EU-Einzelhändlerforum hat auf seiner ersten Arbeitssitzung Ende April Schwerpunktthemen festgelegt. Abfallmanagement, Güterlogistik und Energieeffizienz stehen

ganz oben auf der Prioritätenliste von Erzeugern, Lieferanten sowie Verbraucher- und Umweltorganisationen. Die Einzelhandelsketten sind nicht zur Teilnahme an dem Forum verpflichtet, was das Europäische Umweltbüro kritisiert. Bislang nehmen 24 Ketten teil, darunter C&A, Lidl, Quelle und REWE. [lg]

► www.ec.europa.eu/environment/eussd/escp_en.htm

Umwelttechnologien

Ökobranche bleibt krisenfest

■ Die Umweltindustrie könnte zum Rettungsanker der deutschen Wirtschaft in der Krise werden. Zu diesem Ergebnis kommt die Unternehmensberatung Roland Berger in der zweiten Auflage des Greentech-Atlas.

Für die Studie befragte Roland Berger etwa 1.300 Umwelttechnikunternehmen und 200 Forschungseinrichtungen in Deutschland. Das Resultat: In den Jahren 2008 und 2009 wächst die Zahl der Beschäftigten um 19 Prozent. Bis 2010 wollen die Unternehmen bis zu 30 Prozent und bis 2020 sogar 100 Prozent mehr Arbeitsplätze schaffen. Der Umsatz soll in dieser Zeit auf über 460 Milliarden Euro steigen. Das entspricht einem Anteil von 14 Prozent am deutschen Bruttoinlandsprodukt – heute sind es bereits etwa acht Prozent. Weltweit erwarten die Forscher im Jahr 2020 sogar einen Umsatz von 3.200 Milliarden Euro. Am stärksten dürfte diese Entwicklung in den Bereichen umweltfreundliche Energieerzeugung, Energieeffizienz, Rohstoff- und Materialeffizienz (siehe Beilage), Kreislaufwirtschaft, nachhaltige Wasserwirtschaft und nachhaltige Mobilität sein.

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, dessen Ministerium die Studie herausgegeben hat, begrüßte die Ergebnisse und betonte, dass „Klimaschutz, Energie- und Rohstoffeffizienz Impulse und Chancen in der Krise“ seien. [ms]

► www.bmu.de (Ökologische Industriepolitik – Wirtschaft und Umwelt – Downloads)

DIE ZUKUNFT
DES
WIRTSCHAFTENS
HAT BEGONNEN!

2

2009

NEU!



SCHWERPUNKT

Social Entrepreneurship

Von Zukunftsgründern und Heldengeschichten

WEITERE THEMEN

- Ökonomie und Nachhaltigkeit im Europa-Wahlkampf
- Weichenstellungen für eine nachhaltige Stromversorgung
- Klimapolitik ganzheitlich denken

JETZT
PROBEABO
ANFORDERN!

oekom@de.rhenus.com

Leseprobe, Informationen zur Zeitschrift und Abobedingungen:

www.oekologisches-wirtschaften.de

oekom
verlag

THEMA

Umweltschutz ins Web 2.0

Eine eigene Internetseite betreibt mittlerweile jeder Naturschutz- und Umweltverband. Doch die Zielgruppe, die online erreicht werden kann, wird häufig noch unterschätzt. Das sogenannte Web 2.0 bietet interaktive Möglichkeiten zur eigenen Darstellung und zur Kommunikation, die weit über die einer statischen Webseite hinausgehen. In einer neuen Serie geben wir Tipps und Tricks zum Umgang mit dem neuen Medium.

■ Bei einer repräsentativen Umfrage des Bundesumweltministeriums zum Umweltbewusstsein in Deutschland wurde das Internet nach Fernsehen und Tageszeitungen als dritthäufigste Quelle genannt, bei der sich die Befragten „auf alle Fälle“ zu Umweltthemen informieren würden. Bei Menschen unter 30, mit höherem Bildungsabschluss und in sogenannten gesellschaftlichen Leitmilieus ist das Internet bereits die Informationsquelle Nummer eins.

Auf der anderen Seite wird kein anderes Medium von so vielen Menschen als Informationsquelle ausgeschlossen. Für alle, die keinen Computer nutzen, liegt das auf der Hand. Aber auch Internetnutzer, die sich nicht aktiv für Umweltfragen interessieren, gehören dazu. Zeitungen, Radio, Fernsehen und Informationsbroschüren gehen auf die Nutzer zu und liefern Informationen auch ohne aktives Interesse – das Internet tut dies nicht.

Doch die digitale Kluft ist kleiner als es scheint. Die erwähnten „gesellschaftlichen Leitmilieus“, die das Internet als Haupt-

informationsquelle nutzen, umfassen auch Journalisten und andere Multiplikatoren. Hintergrundinformationen zu Zeitungsartikeln und Fernsehreportagen stammen vielfach von Internetseiten.

Auch die passiven Nutzer erreichen

Wer das Internet aktiv nutzt, wartet nicht auf Medienberichte, um sich etwa über Ökostrom oder sanften Tourismus zu informieren. Diese suchenden Nutzer sind gut mit einer möglichst hohen Platzierung in der Google-Ergebnisliste zu bestimmten Schlagwörtern zu erreichen. Doch nur wenn der Inhalt wirklich zufriedenstellend, also „nutzeroptimiert“ ist, wird eine Internetseite auch verlinkt, weiterempfohlen und somit auch von Suchmaschinen wie Google besser bewertet.

Aber auch die passiven Nutzer, die nicht auf der Suche nach bestimmten Inhalten sind, lassen sich mittlerweile im Internet erreichen. Ähnlich wie Fernsehzuschauer und Zeitungsleserinnen ihre gewohnten Programme und Druckerzeugnisse re-

gelmäßig nutzen, besuchen die meisten Internetbenutzer regelmäßig dieselben Webseiten. Zunehmend befindet sich darunter mindestens ein sogenanntes soziales Netzwerk wie StudiVZ, Facebook oder Twitter. Diese interaktiven Seiten gehören zum sogenannten Web 2.0, bei dem auch die Nutzer Inhalte beisteuern können. In diesen neuen Netzwerken können sich Organisationen, Kampagnen oder Initiativen mit eigenen Inhalten präsentieren und Unterstützer gewinnen. Darüber wird in den folgenden Ausgaben an dieser Stelle mehr zu lesen sein.

[Florian Noto]

Der Sozialwissenschaftler Florian Noto ist beim Deutschen Naturschutzring (DNR) für die Projekte „Atomausstieg selber machen“ und „Null Quecksilber“ zuständig. Er ist seit Jahren im Internet für den Umweltschutz unterwegs.

- ▶ DNR, Florian Noto, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-84, E-Mail: florian.noto@dnr.de, www.quecksilber.wordpress.com
- ▶ Studie: www.uba.de/umweltbewusstsein

newsletter
Nachhaltigkeitsnews

Sie möchten ...

- ... regelmäßig die neuesten Informationen zu Umwelt und Nachhaltigkeit in Ihrem Postfach haben?
- ... »druckfrisch« über unsere Neuerscheinungen informiert sein?
- ... aktuelle Artikel aus unseren Zeitschriften online lesen?

Dann abonnieren Sie unseren monatlichen newsletter!

In alten Ausgaben schmökern oder gleich abonnieren unter:
www.oekom.de/aktuelles/nachhaltigkeitsnewsletter.html

Die guten Seiten der Zukunft

 oekom
verlag

DNR INTERN

Politische Gespräche**Kanzlerin soll Nachhaltigkeits-Charta mit Inhalt füllen**

■ Wirtschafts-, Klima- und Energiekrise, steigende Rohstoffpreise und soziale Spaltung haben ihre gemeinsamen Ursachen in der Entfesselung der Märkte. Dies machte der Präsident des DNR, Hubert Weinzierl, beim Vorbereitungstreffen zum G8-Gipfel mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und Vertretern internationaler Organisationen Ende April in Berlin deutlich. Nachhaltigkeit, so der DNR-Präsident, müsse daher Kompass der Wirtschaftspolitik werden.

Die heutige Krise werde oft mit der Weltwirtschaftskrise vor 80 Jahren verglichen, sagte Weinzierl. US-Präsident Franklin D. Roosevelt habe damals mit dem sogenannten New Deal eine Wende eingeleitet. Heute könne es aber nur um einen „Grünen New Deal“ zum Nutzen der Umwelt gehen. Neue Arbeit schaffe man heute durch einen besseren ÖPNV, mehr Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Weinzierl begrüßte ausdrücklich Merkels Vorstoß für die Charta einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung beim G20-Gipfel Anfang April in London. Das Papier müsse aber mit Inhalt gefüllt und die Zivilgesellschaft beteiligt werden. [mb]

► DNR, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de.

EU-Newsletter**Bilanz nach 100 Ausgaben**

■ Die EU-Koordination des DNR feierte im Mai die 100. Ausgabe ihres EU-Newsletters. Seit November 2006 werden Nachrichten zur europäischen Umweltpolitik per E-Mail versandt. Die stetig wachsende Leserschaft kommt vor allem aus Umweltverbänden, aber auch Behörden, Medien, Universitäten und For-

schungsinstituten sowie der Wirtschaft. Die einzelnen Meldungen bestehen aus Überschrift, Kurzttext und einem Link zur vollständigen Nachricht auf der Internetseite der EU-Koordination. Dort finden sich meist auch Stellungnahmen und Zitate aus den DNR-Verbänden. Zum Service gehören Hinweise auf Publikationen und Termine. Bestandteil der EU-Newsletter sind außerdem eine Vorausschau auf die Plenartagungen des EU-Parlaments, die Tagesordnung des Umweltministerrates sowie die „monatliche Vorausschau“ auf die wichtigen EU-Termine.

Der Newsletter kann im Internet oder auch per Telefon bestellt werden. [jg]

► DNR, EU-Koordination, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-75, Fax -80, E-Mail: eu-info@dnr.de, www.eu-koordination.de (Newsletter)

Medienworkshop**Europa, die Umwelt und journalistische Tricks**

■ EU-Abgeordnete haben viel zu sagen. Rund 300 Gesetzesvorhaben werden pro Jahr vom Europaparlament angeschoben. Was in den nächsten fünf Jahren auf der umweltpolitischen Agenda des Europa-parlaments stehen sollte, erfuhren die 20 TeilnehmerInnen des DNR-Journalistenworkshops „Europa und Umwelt“ am 18. Mai in Berlin. Drei Wochen vor den Europawahlen (siehe S. 22) hatte die EU-Koordination des DNR in Kooperation mit dem Europäischen Haus zu der halbtägigen Veranstaltung eingeladen.

Jens Pottharst, Presseattaché des Europäischen Parlaments (EP) in Deutschland, und seine Brüsseler Kollegin Constanze Beckerhoff, die Medienreferentin für den EP-Umweltausschuss ist, führten in die Grundlagen ein. Zwar könne nur die EU-Kommission Gesetzesvorschläge vorlegen, doch viele Gesetzesverfahren schiebe das EP an. Die Kommission könne es sich nicht leisten, Initiativen der ParlamentarierInnen zu ignorieren. Neben Fachlichem wurde besonders über die Frage, wie transparent

die Vorgänge im Parlament wirklich sind, lebhaft debattiert. DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen stellte das Wahlmemorandum der Umweltverbände vor. Diese fordern unter anderem, die Mittel in der EU umweltfreundlich auszugeben.

Christoph Bals von Germanwatch betonte, massive Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz sowie das Stromnetz seien der Schlüssel zur Bekämpfung der „vier großen Krisen“ – Wirtschaft, Klima, Energie und Welternährung. Doch die EU Bremse bei den Klimaverhandlungen, sobald es um Finanzausgaben gehe.

Kerstin Meyer vom Brüsseler Verband Transport & Environment stellte die verkehrspolitischen Forderungen der Umweltverbände vor. Die EU-Politik lasse die Verkehrsemissionen ungebremst ansteigen: um mehr als ein Drittel seit 1990.

Claus Mayr vom NABU betonte, neben erfreulichen Entwicklungen beim Vogel- und Gewässerschutz und dem Natura-2000-Netzwerk sei der Boden das einzige Medium, für das es keine EU-Schutzregeln gebe. Hier Bremse Deutschland massiv.

Reinhild Benning vom BUND demonstrierte anschaulich, wie EU-Gelder die Agrarindustrie fördern. Durch Sojaimporte sei die EU mitschuldig am Regenwaldverlust in anderen Ländern. Sie zerstöre Märkte im Süden, nur um hier Überschüsse bei Fleisch und Milch zu produzieren.

Der freie Journalist und Medienberater Kay Walter berichtete, dass der „Brüsseler Dschungel“ letztlich nicht so undurchschaubar ist wie oft gedacht. Es helfe, vor Ort zu sein, mehrere Sprachen zu verstehen und gute Netzwerke zu haben. Gute Recherche sei in Brüssel oder Straßburg ebenso aufwendig wie anderswo. Zwar liege viel Verantwortung bei den nationalen Regierungen. Dennoch hätten die EU-Abgeordneten weit mehr Einfluss als der Bundestag – ein weiterer Grund, sie direkt anzusprechen. Und das gilt nicht nur für Journalisten, sondern auch für Wählerinnen und Wähler. [Juliane Grüning]

► DNR, EU-Koordination, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-75, E-Mail: eu-info@dnr.de. Materialien zum Workshop: www.eu-koordination.de (Über uns – Veranstaltungen – 18.05.2009)

AUS DEN VERBÄNDEN

Europa- und Bundestagswahl**KandidatInnen sollen Farbe bekennen**

■ Die großen Naturschutz- und Umweltverbände wollen die Wahlen zum Europaparlament und zum Deutschen Bundestag in diesem Jahr mit eigenen Aktivitäten und Forderungen begleiten. Zur Europawahl am 7. Juni (siehe S. 22) hat der Deutsche Naturschutzring (DNR) gemeinsam mit anderen Verbänden ein Wahlmemorandum erarbeitet, das von 23 weiteren Umwelt-, Naturschutz- und Tierschutzorganisationen unterstützt wird.

Vor der Bundestagswahl wollen der DNR, der BUND und der NABU zwei Regionalkonferenzen in München und Köln gemeinsam mit den bayerischen und nordrhein-westfälischen Landesverbänden durchführen. Der BUND plant außerdem eine Internetbefragung bei allen 1.200 Direktkandidatinnen und -kandidaten. Als einen Schwerpunkt zu den Bundestagswahlen sieht der BUND die Atompolitik.

Der NABU sandte den BundestagskandidatInnen einen Forderungskatalog für 15 Politikfelder. Aus dem umfassenden Papier wurden fünf Kernforderungen in einem Musterbrief für die tägliche Lobbyarbeit der Ortsgruppen zusammengefasst, die um regionale Forderungen ergänzt werden. Vor den Wahlen will der NABU noch einmal Beispiele für die Folgen der Naturschutzpolitik in den Ländern zum Thema machen. Geplant ist auch die Liveübertragung einer „NABUtalk“-Debatte mit den UmweltpolitikerInnen der Parteien im Fernsehen. [mb]

- ▶ DNR, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de
- ▶ EU-Wahlmemorandum: www.eu-koordination.de (Publikationen – Sonderhefte)
- ▶ BUND, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 275864-0, Fax -40, E-Mail: info@bund.net, www.bund.net
- ▶ NABU, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-0, Fax -2000, E-Mail: nabu@nabu.de, www.nabu.de

Europäischer Kindergipfel**Kinder wollen Recyclingpapier in allen Schulen und Ämtern**

■ 80 junge TeilnehmerInnen aus sieben EU-Ländern haben auf dem ersten Europäischen Kindergipfel im April in Karlsruhe einen Zukunftsvertrag entwickelt. Neben Forderungen wie „Wahlrecht ab 16“ unterschrieben die Kinder auch Selbstverpflichtungen in Bereichen wie Umwelt, Bildung, Engagement, Integration und Frieden. Die 13- bis 16-Jährigen kamen aus Deutschland, Österreich, Frankreich, Großbritannien, Polen, Rumänien und Tschechien. Eingeladen hatten die Stadt Karlsruhe und die Naturfreundejugend.

Beim Umweltschutz fordern die Kinder ein EU-Importverbot für Biotreibstoffe von ehemaligen Regenwaldflächen. Alle öffentlichen Einrichtungen in Europa, vor allem Schulen, sollen Recyclingpapier verwenden. Die EU soll sich für ein Gesetz zur Solarstromspeisung einsetzen. Der Zukunftsvertrag wurde mit Bundestags- und Europaabgeordneten diskutiert. [jg]

- ▶ Naturfreundejugend Deutschlands, Ansgar Drücker, Remagen, Tel. +49 (0)171 / 9588024, www.kindergipfel.eu

EHRENAMT

Zivilgesellschaft**Mehr Mitbestimmung**

■ Ein breites Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Netzwerken und Nichtregierungsorganisationen hat sich in einem Manifest an die europäischen Entscheidungsträger für mehr Partizipation und Förderung von freiwilligem Engagement ausgesprochen. Der am Manifest beteiligte Bundesverband Bürgerschaftliches Engagement (BBE) rief eine Arbeitsgruppe zu Europa und Partizipation ins Leben. [jg]

- ▶ www.b-b-e.de (BBE-Themen – Europa)

Ehrenamtliche Leistungen**Gleichbehandlung gefordert**

■ Der Deutsche Wanderverband hat die Bundesregierung aufgefordert, im Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerlichen Engagements die ehrenamtliche Tätigkeit in den Gebirgs- und Wandervereinen ausdrücklich anzuerkennen, um eine rechtliche Benachteiligung zu verhindern. Die Gleichbehandlung aller ehrenamtlichen Leistungen war bereits eine Forderung in der Fuldaer Erklärung vom Juni 2008. Der Wanderverband ist Mitglied im DNR und vertritt 58 Vereine mit insgesamt 600.000 Mitgliedern. Diese leisteten nach einer DNR-Erhebung im Jahr 2008 mehr als sieben Millionen ehrenamtliche Stunden für Naturschutz, Jugend- und Familienarbeit oder geführte Wanderungen. [ans]

- ▶ Deutscher Wanderverband, Kassel, Tel. +49 (0)561 / 93873-0, www.wanderverband.de

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

Solarpreise**Eurosolar schreibt aus**

■ Seit 1994 vergibt Eurosolar, die europäische Vereinigung für erneuerbare Energien, die deutschen und europäischen Solarpreise. Bis zum 31. Juli können sich wieder Gemeinden, kommunale Unternehmen, Vereine oder Privatpersonen bewerben, die sich für erneuerbare Energien einsetzen. Preise werden in zahlreichen Kategorien vergeben: Kommunen, Landkreise und Stadtwerke, Unternehmen, Vereine und Gemeinschaften, Bauen und Stadtentwicklung, Medien, Transportsysteme, Bildung, Eine-Welt-Zusammenarbeit, Eigentümer und Betreiber von Anlagen. Ein Sonderpreis wird für herausragendes persönliches Engagement verliehen. [jg]

- ▶ Ausschreibungsunterlagen und Information: www.eurosolar.org

nachhaltig weiter denken: Schritte in eine nachhaltige Zukunft

Der oekom verlag, der Fachverlag für Umwelt und Nachhaltigkeit, wird 20 Jahre!

Aus Anlass dieses Jubiläums laden wir junge Wissenschaftler(innen), Engagierte in NGOs, Unternehmen oder politischen Ämtern ein, nachhaltig weiterzudenken:

Die westliche Welt steht vor den Trümmern ihres Weltbildes: In kürzester Zeit hat ein marodes Finanzsystem die wirtschaftlichen Säulen ins Wanken gebracht, auf denen unsere scheinbar so sichere Zukunft aufgebaut war. Klimawandel, Energie- und Rohstoffkrisen unterhöheln unser heutiges Lebens- und Wirtschaftsmodell. Mit Abwrackprämien und Krisengipfeltourismus wird diesen Herausforderungen nicht beizukommen sein. Doch welche Perspektive haben wir dann? Welcher Weg führt aus dieser multiplen Krise?

»**Wege entstehen im Gehen**«, so lautet ein spanisches Sprichwort. Der Weg in eine nachhaltige Zukunft ist ein solcher Weg: unbegangen, unbekannt – und unvermeidlich. Das Ziel ist klar: eine nachhaltige und gerechte Welt im Jahr 2029 – jenseits von Wachstumsideologie und Gewinnmaximierung, dafür mit Blick auf die Bewahrung der natürlichen Ressourcen und die Tragfähigkeit unseres Heimatplaneten Erde.

Von Ihnen wollen wir wissen:

Was müssen wir jetzt tun, um diese Vision Wirklichkeit werden zu lassen? Beschreiben Sie uns die nächsten Schritte in eine nachhaltige Zukunft, nehmen Sie uns mit auf Ihren Weg!

Wo wollen Sie losgehen? Wo wollen Sie hin? Wer soll Sie begleiten? Wie finanzieren Sie die Reise? Welche Gefahren lauern unterwegs? Worauf freuen Sie sich, wenn Sie endlich angekommen sind? Welche Schritte müssen wir gehen – als Einzelne, als Institutionen oder Unternehmen, als Gesellschaft?

Ob es dabei um unser individuelles Verhalten geht oder um ein neues Weltwirtschaftssystem, ob sich Ihr Weg aus Ihrem persönlichen Engagement eröffnet oder aus Ihrer wissenschaftlichen Arbeit – wichtig ist, dass Sie uns und andere überzeugen!

FORM: Beiträge verschiedener Gattungen sind willkommen: Wissenschaftliche Abhandlungen, in denen Sie auf eigene (empirische) Untersuchungen zurückgreifen; Essays, Erzählungen, Science Fiction, Comics, Storyboards, Video- und Hörbeiträge. **UMFANG:** für Texte 10.000 Zeichen inkl. Leerzeichen, für Video- und Hörbeiträge maximal drei Minuten. **ALTERSBESCHRÄNKUNG:** Teilnehmer(innen) sollten nicht älter als 35 Jahre sein. **BEWERBUNGSFRIST:** 21. August 2009

Zu gewinnen gibt es drei Preise »nachhaltig weiter denken«,

ausgewählt von einer fachkundig besetzten Jury. Die Preisträger(innen) erhalten jeweils

- ☞ eine Einladung zum Jubiläumssymposium »nachhaltig weiter denken« des oekom verlags am 17./18. September 2009 in München mit prominenten Vordenker(inne)n der Nachhaltigkeit,
- ☞ einen Gutschein für Bücher des oekom verlags im Wert von 500 Euro,
- ☞ eine Präsentation ihres Siegerbeitrags in der Zeitschrift »politische ökologie«, im oekom-Newsletter »Nachhaltigkeitsnews« und auf der Homepage des oekom verlags.

Bitte senden Sie Ihren Beitrag per E-Mail

zusammen mit einem kurzen, tabellarischen Lebenslauf an:

oekom verlag, Katrin Schießl

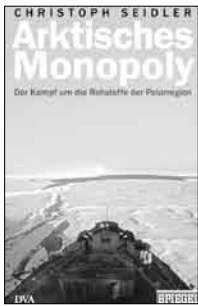
schiessl@oekom.de

Telefon +49/(0)89/54 41 84-23

REZENSIONEN

Arktisches Säbelrasseln

Was vor Jahren noch dickes Eis und ein internationales Tabu verhinderten, hat inzwischen begonnen: der Run auf die Rohstoffe in der Arktis. Anrainerstaaten spielen Monopoly um Öl- und Gasvorkommen. Eiskalte Szenarien und juristische Tricks beleuchtet Christoph Seidler.



■ Noch vor wenigen Jahrzehnten war an die Förderung arktischer Bodenschätze nicht zu denken: Ein steter Panzer aus Meereis und die dazugehörigen widrigen klimatischen Bedin-

gungen erstickten alle Begehrlichkeiten im Keim und garantierten der Arktis den Status eines unantastbaren Naturerbes der Menschheit. „Peak Oil“, dieser ominöse Zeitpunkt, von dem an die Weltölförderung nur noch rückläufig sein sollte, galt als ein zweifelhaftes Ereignis in einer ferneren Zukunft.

Doch mittlerweile ist alles anders. Die explodierenden Preise für Energierohstoffe und die globale Erwärmung rücken die Arktis immer weiter in den Fokus der Weltöffentlichkeit. Ein arktisches Monopoly hat begonnen, die Mitspieler sind Staaten wie Russland, die USA, Kanada, Dänemark oder Norwegen. Dem um die Umwelt besorgten Laien stellen sich hier sofort einige Fragen, beispielsweise nach der Rechtmäßigkeit des Anspruchs der Anrainerstaaten auf die Region. Wer sich noch der Bilder des havariierenden Öltankers Exxon Valdez erinnert, der anno 1986 die Nordküste Alaskas mit seiner klebrigen Fracht verschmutzte, den beschleicht instinktiv ein ungutes Gefühl. Der hohe Norden gilt als ökologisch labil und ausgerechnet dort soll nun nach Öl und Gas gebohrt werden?

Der Wissenschaftsjournalist Christoph Seidler hat solche Fragen aufgegriffen und in einem äußerst informativen Buch entsprechende Antworten gegeben. Fakt ist: Der Run auf die Arktis hat längst begonnen, auch wenn sich die Polregion dem gesunden Menschenverstand nach eindeutig in

internationalen Gewässern befindet. Doch das Seerecht hat hier so manchen interpretierbaren Paragraphen im Angebot. Artikel 76 ist einer davon. Er räumt Küstenstaaten Ansprüche ein, sofern ihnen der Nachweis gelingt, dass sich ihre Landmasse unter Wasser fortsetzt. Einen ersten und äußerst medienwirksamen Schritt in Richtung Beweisführung taten hier die Russen: Am 2. August 2007 hissten sie auf 90 Grad Nord eine Landesfahne aus rostfreiem Titan – in einer Meerestiefe von 4.261 Metern!

Doch Seidler beleuchtet nicht allein die rechtliche Lage und den mitunter bizarren Aktionismus der Protagonisten mit ihren symbolischen Inszenierungen und Drohgebärden. Er schaut auch mit dem Blick des Ökologen auf die Region und klärt auf über mögliche Folgen eines eisfreien Nordpolarmeeres für das Weltklima und die nordische Tier- und Pflanzenwelt. Darüber hinaus widmet der Autor sich der Frage, was es denn am Pol überhaupt zu holen gibt. Was hier zu lesen ist, überrascht, denn die geschätzten (!) Ölvorkommen „würden nicht einmal den Bedarf des gesamten Planeten für drei Jahre decken“. Und selbst wenn die durchaus beträchtlichen Reserven an Erdgas und Methan eingerechnet werden, lässt sich das Ende des fossilen Zeitalters allenfalls ein paar Jahre hinauszögern.

Doch die Anrainerstaaten scheinen wild entschlossen und so existieren bereits erste Zukunftsszenarien von eisfreien Meeren bis hin zum „Great Arctic War“. Ob solche Kriegsplanspiele realistisch sind, sei dahingestellt. Sicher ist jedoch, dass die Lektüre über ein wichtiges geopolitisches Zukunftsthema aufklärt. Ein Buch also genau zur rechten Zeit! **[Christoph Hirsch]**

► Seidler, C.: Arktisches Monopoly. Der Kampf um die Rohstoffe der Polarregion. DVA, 2009, 288 S., 19,95 €, ISBN 978-3-421-04415-0

Wenn der Wolf kommt

Dank engagierter Artenschutzprojekte tummeln sich In der „neuen Wildnis Deutschland“ wieder etliche Wildtiere. Michael Dudek hat ihnen einen Bildband gewidmet.



■ Im Sommer 2006 war Deutschland für ein paar Tage wieder Bärenland: Braunbär Bruno übertrat die deutsch-österreichische Grenze. Ein fataler Fehler, den

er bekanntlich mit dem Leben bezahlen musste. Die Zeit war und ist (?) wohl noch nicht reif für derart große Wildtiere.

Doch Bruno ist lediglich der bislang prominenteste Vertreter einer Entwicklung, die nun schon seit etlichen Jahren anhält. Immer mehr Wildtiere kehren zurück, die Bestände ehemals stark bedrohter Arten erholen sich wieder. Neue Wildnis Deutschland? Nun, so weit ist es sicherlich noch nicht in einem Land, in dem Nationalparks gerade mal ein halbes Prozent der Fläche eingeräumt und die Rückkehr von Luchs und Wolf durchaus mit Argwohn registriert wird.

Aber der Anfang ist gemacht und wer wissen will, welches wilde Geschöpf ihm beim nächsten Naturspaziergang begegnen könnte, dem sei Micha Dudeks neues Buch wärmstens empfohlen. Der studierte Landschaftsarchitekt und engagierte Naturschützer hat einen beeindruckenden Bildband vorgelegt. Insgesamt zwölf Tierarten vom Wiedehopf über den Biber bis hin zum Wisent werden gekonnt porträtiert. Dudek beschränkt sich dabei keineswegs auf die Auflistung biologischer Fakten. Er erzählt Geschichten rund um die Rückkehrer, aber auch über ihre Erforscher und Beschützerinnen. Dass der Wolf hierbei nicht fehlen darf, ist selbstverständlich, schließlich ist er aus unserer Kulturgeschichte nicht wegzudenken und wohl einer der spektakulärsten Rückkehrer. In der sächsischen Lausitz tummeln sich seit geraumer Zeit wieder vier Rudel – für den

Wolfsexperten Dudek Grund genug, der Region einen Besuch abzustatten und die dortigen Aktivitäten rund um das Kontaktbüro Wolfsregion Lausitz und das Wildbiologische Büro Lupus zu schildern. Indem uns der Autor an seinen Gesprächen mit den ExpertInnen vor Ort teilhaben lässt, erfährt man ganz nebenbei Wissenswertes über die jeweilige Tierart und die angegliederten Projekte. Abgerundet wird jedes Kapitel mit einem ausführlichen Merkmalskatalog, der über Verbreitung, Biologie oder die Bestandssituation informiert. Wer bei all dem Lust bekommt, die Tiere in freier Wildbahn zu beobachten und ihre „neue“ Heimat zu besuchen, wird im Kapitel „Links und schöne Aussichten“ mit den entsprechenden Kontaktdaten versorgt. Ein hochwertiges Buch für Naturinteressierte und Tierliebhaber.

[Christoph Hirsch]

► Dudek, M.: Neue Wildnis Deutschland. Wolf, Luchs und Biber kehren zurück. Thorbecke, Ostfildern 2009, 160 S., 26,90 €, ISBN 978-3-7995-0824-7

Dot-green als Business



■ Alle reden von „green tech“, von der neuen, grünen Revolution. Ban Ki Moon tut es, Barack Obama tut es – und Dietrich Walther auch. Er redet nicht, er schreibt. In seinem

Buch versucht der Unternehmer Walther die zukünftige Entwicklung dieses Greentech-Marktes, also der Umwelttechnologie, zu beschreiben. Kern des Werkes ist die optimistische These, dass der Bereich der Umwelttechnologie, die „Dot-greens“, auf die Dot-coms folgen wird. Gemeint ist hiermit die vermeintliche oder tatsächliche neue grüne Gründungswelle, die durch bislang lediglich mündlich zugesagte Staatsinvestitionen angefeuert werden soll, um einmal mehr die Welt zu retten. Beschrieben und gefordert wird ein neues Unternehmertum, das in Tätigkeitsfeldern wie Green IT, Green Design,

Biotreibstoffen, Solarenergie, Wasseraufbereitung und ähnlichen Bereichen tätig ist.

Ein Gesamtüberblick will sich allerdings nicht einstellen. Ermüdend wirkt die ständige Mischung aus Denglish und einer gewissen Technikgläubigkeit. Auch die permanenten Dollarzeichen erinnern eher an die IT-Börsen-Blase als an solides Wirtschaften. Wenn der Green New Deal funktionieren soll, dann muss laut Walther wohl erst mal wieder der Staat ran. Man fragt sich: Darf der dann kräftig zuschießen, während Gewinne bei Unternehmen landen? – Zugutehalten muss man dem Autor allerdings, dass das Buch vor der Finanzkrise entstanden ist. Die aktuellen Finanzierungsschwierigkeiten einiger Unternehmen zum Beispiel der Solar- und Windbranche konnten also noch keine Berücksichtigung finden. Insgesamt lässt das Buch den Leser ausgesprochen ratlos zurück. Vielleicht hat ein Lektor gefehlt, sicher wäre der halbe Umfang ausreichend gewesen. Zielsetzung und Anspruch des Buches haben sich zumindest dem Rezensenten nicht wirklich erschlossen. Schade eigentlich.

[Christoph Schierholz]

► Walther, D.: Green Business – das Milliardengeschäft. Nach den Dot-coms kommen jetzt die Dot-greens. Gabler, Wiesbaden 2009, 220 S., 39,90 €, ISBN 978-3-8349-1273-2

Was wir essen, wie wir essen



■ Wie wichtig gesunde Ernährung von klein auf ist, zeigt die wachsende Zahl übergewichtiger Kinder. Der Wunsch, Kindern nicht nur gute Tischmanieren zu vermitteln, sondern

auch eine ausgewogene Nahrungsaufnahme zu bieten, ist bei Familien vorhanden. Aber die Umsetzung der hehren Ziele, mit der vor allem die Mütter befasst sind, scheitert häufig am Alltag. Die Frage, wie der Essalltag in Haushalten mit ein oder

zwei berufstätigen Eltern aussieht, haben Ernährungs-, Wirtschafts- und Umweltwissenschaftlerinnen der Justus-Liebig-Universität Gießen untersucht. Sie analysierten Zeitbudgets, die Abläufe von Mahlzeiten sowie Strategien zur Organisation der Verpflegung in den eigenen vier Wänden und im öffentlichen Raum. Mütter entwickeln sich bei diesem Spagat zu wahrhaft „kreativen Choreografinnen“, schreiben die Autorinnen.

Ist das Interesse an gemeinsamen Familienmahlzeiten und der Ernährungssozialisation der Kinder bei fast allen befragten Berufsgruppen noch ähnlich ausgeprägt, sieht die Praxis im Alltag völlig unterschiedlich aus. Dabei spielen der Bildungsstand, das Ausmaß der sozialen Integration und berufsbedingter Zeitstress eine entscheidende Rolle. Auch der Zeitaufwand, der für die Zubereitung notwendig ist, verhindert oft gesundes Essen. Dass Kinder, die es nicht anders lernen, stets kalorienreiche und verarbeitete Lebensmittel oder Süßigkeiten dem fünfmal am Tag empfohlenen Obst und Gemüse vorziehen, erschwert die Annäherung an die ideale Verköstigung. Frustrierend ist das für die Verpflegerinnen und gesundheitsschädlich sowohl für sie selbst als auch für die hungrigen Mäulchen, die sie füllen wollen.

Das ist volkswirtschaftlich nicht vertretbar, finden die Verfasserinnen und plädieren für mehr öffentliche Verantwortung. Im Klartext: gesunde Mensen in Kitas und Schulen, Kantinen, in die Beschäftigte gerne gehen, weil das Essen schmeckt und sie fit hält. Aber auch für eine Einführung von Ernährung und Kochen als schulische Unterrichtseinheiten.

England macht es vor: In zahlreichen Oberschulen dort bringen die SchülerInnen einmal in der Woche frische Zutaten in den Unterricht mit und bereiten sie gemeinsam in der Klasse zu. Gegessen wird das Selbstgekochte dann abends zu Hause – mit der Familie. Guten Appetit!

[Marion Busch]

► Leonhäuser, I. u. a.: Essalltag in Familien. Ernährungsversorgung zwischen privatem und öffentlichem Raum. VS, Wiesbaden 2009, 224 S., 24,90 €, ISBN 978-3-531-16053-5

INTERNET

Vergiftete Hitliste

■ Seit 2006 ermitteln das Blacksmith Institute und Green Cross Switzerland auf der Webseite WorstPolluted.org die Top ten der

giftigsten und damit gefährlichsten Orte der Welt. Jedes Jahr wird ein großer Abschlussbericht veröffentlicht. Darin kann man nachlesen, wie durch unregelmäßige Rohstoffförderung, unökologische Produktion von Waren oder schlampige Müllverarbeitung auf der ganzen Welt Umwelt und Menschen vergiftet werden. [ans]

► www.worstpolluted.org

Contra Chemikalien

■ Multiple Chemikaliensensibilität (MSC) wird von der etablierten Wissenschaft zum Teil immer noch nicht anerkannt. Deshalb haben sich eine Reihe von Betroffenen, Angehörigen, Rechtsanwälten und Umweltmedizinern zum Chemical Sensitivity Network zusammengeschlossen. Sie wollen Hilfe leisten und Betroffenen eine Plattform zum Austausch bieten. Ihre Internetseite bietet Fachinformationen zur Diagnostik, Studien und Ratgeberinformationen zum Vermeiden von Chemikalieneinsatz im Alltag – zum Beispiel alternative Schädlingsbekämpfung – sowie ein Forum, ein Gästebuch und einen Chatraum. Auch Links zum umfangreichen CNS-Blog, Downloads und ausgewählte Gerichtsurteile sind zu finden. [ans]

► www.csn-deutschland.de

Naturgucken und melden

■ Die Natur zu beobachten macht Spaß. Das Ganze dann auch noch öffentlich in einem Netzwerk der Zeitschrift natur+kosmos zu dokumentieren, liefert eine Menge nützlicher Daten. Interessierte können so mithelfen, Daten zu Vögeln, Faltern oder Pflanzen zu sammeln. [jg]

► www.naturgucker.de

NEU ERSCHEINEN

- Aebischer, A.: **Der Rotmilan. Ein faszinierender Greifvogel.** Haupt, Bern 2009, 176 S., 29,90 €, ISBN 978-3-258-07417-7
- Bätzing, W.: **Orte guten Lebens. Die Alpen jenseits von Übernutzung und Idyll.** Rotpunktverlag, Zürich 2009, 350 S., 24,- €, ISBN 978-3-85869-392-1
- Bauer, J.: **Das kooperative Gen. Abschied vom Darwinismus.** Hoffmann und Campe, Hamburg 2008, 223 S., 19,95 €, ISBN 978-3-455-50085-1
- Blüchel, K. G.; Sieger, H.: **Krisenmanagerin Natur. Was Wirtschaft und Gesellschaft vom erfolgreichsten Unternehmen aller Zeiten lernen können.** DWC Medien, München 2009, 240 S., 24,- €, ISBN 978-3-9810355-1-3
- Ertel, J.; Clesle, F.-D.; Bauer, J.: **Umweltkonforme Produktgestaltung. Handbuch für Entwicklung, Beschaffung, Management und Vertrieb.** Publicis, Frankfurt/M. 2008, 261 S., 49,90 €, ISBN 978-3-89578-268-8
- French, H.; Renner, M.; Gardner, G.: **Auf dem Weg zu einem Green New Deal. Die Klima- und Wirtschaftskrise als transatlantische Herausforderung.** Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2009, 60 S., kostenlos. Download (PDF, 800 kB): www.kurzlink.de/wwi-gnd.pdf
- Glavin, T.: **Warten auf die Aras. Geschichten aus dem Zeitalter des Verschwindens.** Zweitau-sendeins, Frankfurt/M. 2009, 384 S., 19,90 €, ISBN 978-3-86150-894-6
- Heydemann, B.: **Ökologie der Schönheit. Die Natur und die Ästhetik – Strategien des Lebens.** Wachholtz, Neumünster 2008, 224 S., 39,80 €, ISBN 978-3-529-05424-2
- Hill, H.-U.: **Chronisch krank durch Chemikalien. Schadstoffbelastung, Folgewirkungen, chronische Krankheiten, Diagnostik und Therapie, sozialpolitische Auswirkungen. Ratgeber.** Shaker, Herzogenrath 2008, 280 S., 19,80 €, ISBN 978-3-8322-7768-0
- Janzen, S.: **Spuren entdecken. Säugetiere in Norddeutschland.** Wachholtz, Neumünster 2009, 200 S., 14,80 €, ISBN 978-3-529-05423-5
- Kleine, A.: **Operationalisierung einer Nachhaltigkeitsstrategie. Ökologie, Ökonomie und Soziales integrieren.** Gabler, Wiebaden 2009, 202 S., 49,90 €, ISBN 978-3-8349-1552-8
- Lindenthal, A.: **Leadership im Klimaschutz. Die Rolle der Europäischen Union in der internationalen Umweltpolitik.** Campus, Frankfurt/M. 2009, 303 S., 34,90 €, ISBN 978-3-593-38886-1
- Rothaus, S.: **Erfolgreich investieren in grüne Geldanlagen. Ökologisch – ethisch – nachhaltig.** Campus, Frankfurt/M. 2009, 207 S., 24,90 €, ISBN 978-3-593-38578-5
- Schmidt-Salomon, M.; Nyncke, H.: **Susi Neunmalklug erklärt die Evolution. Ein Buch für kleine und große Besserwisser.** Alibri, Aschaffenburg 2009, 40 S., 13,- €, ISBN 978-3-86569-053-1
- Schmitz, J.: **Bewertung von Gesundheitsrisiken durch Nanopartikel und -röhren unter Berücksichtigung von Erkenntnissen zu gesundheitlichen Wirkungen von Fein- und Feinststäuben. Eine Literaturübersicht.** Shaker, Herzogenrath 2009, 234 S., 32,50 €, ISBN 978-3-8322-8029-1
- Schüppel, K.: **Kann ICH die Welt retten? Verantwortungsvoll leben – clever konsumieren.** Verlag an der Ruhr, Mülheim 2008, 114 S., 19,80 €, ISBN 978-3-8346-0452-1
- Unterthiner, S.; Françoise, S.: **Die Insel der Pinguine und das immer wiederkehrende Abenteuer des Lebens.** Reich terra magica, Luzern 2009, 160 S., 34,95 €, ISBN 978-3-7243-1018-1
- Wilhelmy, S.: **Theorie und Messkonzepte zur Analyse der Nachhaltigkeit in internationalen Beziehungen.** DUV, Wiebaden 2009, 341 S., 39,90 €, ISBN 978-3-8350-6075-3
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (Hrsg.): **Welt im Wandel. Zukunftsfähige Bioenergie und nachhaltige Landnutzung.** WBGU, Berlin 2009, 420 S., ISBN 978-3-936191-21. Kostenloses Exemplar bestellen: www.wbgu.de/bestellen

Leserbrief: Der Erfolg von REACH hängt von unserem Druck ab

Betrifft: „Keine Daten, keine Prüfung. Die EU-Chemikalienverordnung REACH wird Umwelt- und Verbraucherschützer enttäuschen“ von L. Horst Grimme, *umwelt aktuell* 05.2009, S. 5–7

In seinem Artikel „Keine Daten, keine Prüfung“ in der letzten Ausgabe von *umwelt aktuell* lässt L. Horst Grimme kein gutes Haar an der neuen Chemikalienverordnung REACH. Tatsächlich gibt es an REACH einiges zu kritisieren. Das ist nicht weiter verwunderlich, denn die Industrie hat massiv im Gesetzgebungsprozess interveniert. Zugleich konnte jedoch auch die Umwelt- und Verbraucherseite viele Erfolge verbuchen. Die Folge ist ein Gesetz, das bei Weitem nicht perfekt ist, gerade aber in der nun begonnenen Umsetzungsphase große Chancen bietet. Will man diese nutzen, hilft es nicht, REACH pauschal zu verurteilen. Sinnvoller ist eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Gesetz, mit dem Ziel, Möglichkeiten für die konstruktive Arbeit mit REACH zu identifizieren. Und davon gibt es viele:

30.000 Stoffe werden durch REACH erstmals erfasst und bewertet. Leider hat die Industrie durchsetzen können, dass nur für die etwa 15.000 Stoffe, die in Mengen von über zehn Jahrestonnen produziert werden, umfangreiche Daten vorgelegt werden müssen. Im Vergleich zum bisherigen Stand dennoch ein gewaltiger Fortschritt. Zudem ist schon für 2012 eine erste Überarbeitung von REACH geplant, im Zuge derer die Datenanforderungen für Stoffe zwischen einer und zehn Tonnen Jahresproduktion angehoben werden können. Sicher wird die Industrie dies verhindern wollen. Umso wichtiger, dass die Zivilgesellschaft dagegenhält!

Der von Grimme viel gescholtene Paradigmenwechsel besteht nicht darin, dass die Industrie nun selbst bestimmen kann, was als gefährlich zu betrachten ist. Vielmehr überträgt er die Beweislast für die Sicherheit auf die Industrie. Hierin besteht die Chance, die Bewertung der Altstoffe deutlich zu beschleunigen. Die Interpretationshoheit liegt dabei nicht bei der Industrie, wie Grimme suggeriert, sondern bei der europäischen Chemikalienbehörde ECHA.

Erstmals gibt es eine generelle Zulassungspflicht für besonders besorgniserregende Chemikalien. Jede Anwendung eines zulassungspflichtigen Stoffes muss beantragt werden und wird nur unter

bestimmten Bedingungen – oder überhaupt nicht – genehmigt werden. Es gibt unterschiedliche Interpretationen einiger wichtiger Teilaspekte, und die Zahl der bisher als besonders besorgniserregend gelisteten Stoffe ist viel zu gering. Alle Beteiligten gehen jedoch davon aus, dass nach einer Anfangsphase von den einzelnen Mitgliedstaaten zahlreiche Stoffe auf die Liste gesetzt werden. Wie schnell dies geschieht, wird auch vom Druck der Zivilgesellschaft abhängen.

Grimme geht über einen Punkt hinweg, der von uns als große Chance gesehen wird: REACH gibt VerbraucherInnen das Recht, von Herstellern und Händlern zu erfragen, ob in einem Produkt Stoffe enthalten sind, die die EU als besonders besorgniserregend eingestuft hat. Die Anbieter sind verpflichtet, solche Anfragen innerhalb von 45 Tagen zu beantworten. Macht eine Firma falsche Angaben oder antwortet nicht fristgerecht, so ist das ein Rechtsverstoß. Das neue Auskunftsrecht ermöglicht nicht nur für die einzelnen VerbraucherInnen mehr Transparenz bei gefährlichen Stoffen in Alltagsprodukten, sondern gibt letztlich auch zivilgesellschaftlichen Verbänden ein hervorragendes Werkzeug in die Hand, um über die Verbrauchermacht Druck auf die Industrie auszuüben und damit die Substitution gefährlicher Stoffe voranzutreiben.

Ob REACH letztlich zum Erfolg oder Misserfolg wird, wird maßgeblich davon abhängen, ob Umwelt- und Verbraucherverbände ihre Möglichkeiten der Einflussnahme auch weiterhin nutzen. Machen wir also das Beste daraus statt den Kopf in den Sand zu stecken!

Patricia Cameron, Heribert Wefers, Jurek Vengels, BUND-Referat Chemikalienpolitik und Nanotechnologie

Kontakt:

**BUND, Patricia Cameron, Berlin,
Tel. +49 (0)30 / 27586-426, Fax -440,
E-Mail: patricia.cameron@bund.net,
www.bund.net/chemie**

Impressum

umwelt aktuell Juni 2009
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V., Koblenzer Str. 65, D-53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de. **Gesellschafter/Anteile:** Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantw.), Markus Steigenberger [ms] (Europa und Internationales, verantw.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Marion Busch [mbu], Stefanie Langkamp [sl], Bjela Vossen [bv], Maike Vygen [mv]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Anne Schweitzer [ans], Florian Noto [fn]

Kontakt: Redaktion *umwelt aktuell*, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt. **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Titelfoto:** DLR **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier **Erscheinungsweise:** monatlich am Monatsanfang **Redaktionsschluss:** 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik, Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-378, Fax -103, E-Mail: oekom@rhenus.de

Anzeigen: oekom verlag, Christine Burk, München, Tel. +49 (0)89 / 54418422, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Dieser Ausgabe liegen ein Werbebeileger der Tageszeitung taz und in der Abonnementauflage eine Hörbuch-CD bei.



Von der Fähigkeit zu staunen

2009 jährt sich der Geburtstag von Charles Darwin zum 200. Mal. Sein Hauptwerk, die »Entstehung der Arten«, hat ihn weltberühmt gemacht. Doch was für ein Mensch steckt hinter dem Naturforscher Darwin? Was trieb den nimmermüden Abenteurer an? Angela und Karlheinz Steinmüller zeichnen ein sehr persönliches Bild: »Sie beschreiben den großen Charles Darwin nicht als einen der Welt entrückten Mythos, sondern fast romanhaft als einen Menschen des 19. Jahrhunderts.« (aus dem Vorwort von Josef H. Reichholf)

A. & K. Steinmüller

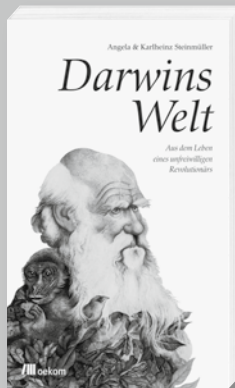
Darwins Welt

Aus dem Leben eines
unfreiwilligen Revolutionärs

320 Seiten, 24,90 EUR
ISBN 978-3-86581-124-0



Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de
Fax +49/(0)89/54 41 84-49



TERMINE

JUNI

07.06. (D, A, B, L)

Europawahl

► www.europarl.eu/elections2009
(siehe auch S. 22)

07.06., Berlin (D)

Umweltfestival und Fahrradsternfahrt

► Grüne Liga, Karen Thormeyer, Tel. +49 (0)30 / 443391-49, Fax -33, E-Mail: berlin@grueneliga.de, www.umweltfestival.de, www.fahradsternfahrt.de

08.–10.06., Essen (D)

The Great Transformation. Climate Change as Cultural Change

► KWI, Stiftung Mercator, PIK, Wuppertal Institut, Claus Leggewie, Frankfurt/M. Tel. +49 (0)69 / 9709750723, E-Mail: conference@greattransformation.eu, www.greattransformation.eu

09.–10.06., Brüssel (B)

Bioabfall – brauchen wir eine EU-Gesetzgebung? Konferenz

► Bundesumweltministerium, Manuela Nicklaus, Bonn, Fax +49 (0)228 / 3052398, E-Mail: manuela.nicklaus@bmu.bund.de, www.bmu.de/abfallwirtschaft/termine/doc/43515.php

12.06., Berlin (D)

Zukunftsfähigkeit des Umweltrechts. Fachgespräch

► Verein für Umweltrecht, Martina Schloter, Bremen, Tel. +49 (0)421 / 218348-2, Fax -7, E-Mail: vur@uni-bremen.de, www.vur.de

13.06., bundesweit (D)

Tag der Artenvielfalt 2009. Wildnis erleben

► Magazin GEO, Vanessa Krieg, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 3703-2732, E-Mail: geo-tag@geo.de, www.geo.de/artenvielfalt

15.–16.06., Brüssel (B)

Sustainable Development in Policy Assessment. Methods, Challenges and Policy Impacts

► Institut für ökologische Wirtschaftsforschung u.a., Magarete Fischer, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 8845940, E-Mail: magarete.fischer@ioew.de, www.ecologic.eu/soef/epos/conference.html

16.06., Leipzig (D)

Bundesländer für Nachhaltigkeit. Strategien in Sachsen und Thüringen. Konferenz

► DNR, BUND, NABU, Maïke Vygen, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-86, E-Mail: maike.vygen@dnr.de, www.nachhaltigkeits-check.de

17.06., Kassel (D)

Naturschutz und Klimawandel. Fachgespräch

► DNR, LANA, Tel. +49 (0)611 / 815-1621, Fax -1972, E-Mail: lane@hmuenv.hessen.de

17.–19.06., Rehburg-Loccum bei Hannover (D)

Endlager und kein Ende. Wege aus einer unendlichen Geschichte? Tagung

► Evangelische Akademie Loccum, Monika Müller, Tel. +49 (0)5766 / 81-0, Fax -900, E-Mail: monika.mueller@evlka.de, www.loccum.de

18.–20.06., München (D)

Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen

► Inwent, Michael Marwede, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 446016-32, Fax -01, E-Mail: michael.marwede@inwent.org, www.service-eine-welt.de/bundeskonferenzen

29.06., Schwäbisch Gmünd/Wetzgau (D)

Erhalt der Biodiversität als Unternehmensziel

► DNR, AOeL, Dr. Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

29.–30.06., Tutzing am Starnberger See (D)

In der Krise nachhaltig Produktivität sichern

► Evangelische Akademie Tutzing, Dr. Martin Held, Tutzing, Tel. +49 (0)8158 / 251146, Fax 996443, E-Mail: programme@ev-akademie-tutzing.de, www.ev-akademie-tutzing.de/programm

JULI

17.07., Neumarkt in der Oberpfalz (D)

Energie in Kommunen und Unternehmen neu denken. 2. Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz

► Anmeldung: Tel. +49 (0)9181 / 255-0, Fax -109, E-Mail: info@neumarkt.de, www.neumarkter-nachhaltigkeitskonferenz.de

27.07.–08.08., Magdeburg – Gorleben – Berlin (D)

Tour de Natur. Fahrradtour für umweltfreundliche Verkehrspolitik und Lebensweise

► Grüne Liga/Ökolöwe, Leipzig, Tel. +49 (0)351 / 4943354, www.tourdenatur.net

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 40

Weitere Termine: www.dnr.de/terminlinks

Weltkonferenz zur UN-Dekade

Nachhaltige Entwicklung muss ins Zentrum der Bildung rücken!

Die internationale Konferenz zur Halbzeit der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in Bonn war ein voller Erfolg. Alle Staaten wurden aufgefordert, nachhaltige Entwicklung ins Zentrum aller Bildungsprozesse zu rücken und die aufgebauten Strukturen in und außerhalb der Schule zu sichern und auszubauen.

□ Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) muss eine viel stärkere Rolle spielen und schon bei der Aus- und Weiterbildung von Lehrern fest verankert werden. Das forderte Bundesbildungsministerin Annette Schavan in ihrer Eröffnungsrede bei der Weltkonferenz zur UN-Dekade BNE vom 31. März bis zum 2. April in Bonn. Auf der Konferenz präsentierte die Unesco den Entwurf eines Halbzeitberichts zur Dekade. Der Bericht, der Ergebnis einer Umfrage in mehreren Mitgliedstaaten ist, belegt einerseits zahlreiche Aktivitäten, räumt aber zugleich große Defizite bei der Verankerung von BNE im Zentrum der Bildung, bei der Bereitstellung von Mitteln sowie bei der Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure einschließlich der interministeriellen Zusammenarbeit ein.

Ausgezeichnete Organisation

Großes Lob zollten die 900 Teilnehmer, darunter 48 Minister und Vizeminister sowie 250 Gäste aus 147 Unesco-Mitgliedstaaten den deutschen Organisatoren für die ausgezeichnete Vorbereitung und Durchführung der Megaveranstaltung. Als Mitglied des deutschen Nationalkomitees nahm die ANU-Vorsitzende Annette Dieckmann an der Konferenz teil.

Die Veranstaltung war als partizipativer Prozess zwischen Industrie- und Entwicklungsländern sowie zwischen Regierungen und Akteuren angelegt. Sowohl das Gespräch zwischen den Ministern als auch die 22 Workshops und das umfangreiche Rahmenprogramm boten viel Raum für Diskussionen und Austausch. Die wichtigsten Fragen einer nachhaltigen Entwicklung, zum Beispiel Wassermangel, Klimawandel,

Gesundheitsprobleme oder Nahrungsmittelversorgung, standen im Mittelpunkt der Diskussionen. Das Tagungssetting wurde sehr gelobt und gilt als Modell für die geplante Abschlussveranstaltung zur Dekade im Jahre 2014, die voraussichtlich in Japan stattfinden wird.

Umfangreiches Rahmenprogramm

Eine Ausstellung im Konferenzzentrum präsentierte Projekte aus der ganzen Welt. Projektworkshops boten Exkursionen zu Bildungseinrichtungen in der Region an, darunter zum Botanischen Garten Bonn sowie eine Fahrt mit einem Untersuchungsschiff. Der Deutsche Akademische Auslandsdienst (DAAD) hatte 100 ehemalige Absolventen deutscher Hochschulen aus dem Ausland eingeladen und vier deutsche Universitäten bereist. Die Stadt Bonn bot vielfältige Veranstaltungen in Schulen, Berufsbildungseinrichtungen und Hochschulen an. Am Eingang des Konferenzgebäudes konnten der Umweltbus Lumbicus aus Nordrhein-Westfalen und eine „Wissenskiste“ mit Zukunftsperspektiven der Stadt Bonn besichtigt werden. Überregional hatte die Stadt Hamburg zu einem Fachaustausch mit Senatsempfang eingeladen und eine Diskussion zwischen den internationalen Gästen und dem World Future Council organisiert.

Bonner Erklärung

Dank der guten Tagungsorganisation konnte eine „Bonner Erklärung“ gemeinsam erarbeitet und einstimmig angenommen werden. Darin fordern die Bildungsexperten, gerade angesichts globaler Herausforderungen wie Klimawandel und

Finanzkrise jedem Einzelnen durch Bildung die Möglichkeit zu geben, die nötigen Kompetenzen, Fertigkeiten, Kenntnisse und Werte für eine menschenwürdige Zukunft erwerben zu können. Sowohl die Dimensionen der globalen Herausforderungen als auch die notwendigen Maßnahmen in der Bildung seien bekannt, heißt es in dem Dokument. Es fehle der Schritt vom Wissen zum Handeln. Die Erklärung gibt Leitlinien vor, wie dies in den noch verbleibenden 2000 Tagen der UN-Dekade erreicht werden kann. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, BNE als zentrales Element von Bildungsqualität voranzutreiben und sektorübergreifend zu verankern sowie ausreichend finanzielle Mittel bereitzustellen.

Außerordentlicher Runder Tisch

Im Anschluss an die Weltkonferenz waren die Teilnehmer auch zum außerordentlichen Runden Tisch der deutschen Unesco-Kommission in Bonn eingeladen. Etwa 250 Gäste aus 45 Ländern nahmen daran teil. Annette Dieckmann betonte in ihrer Begrüßungsrede, dass junge Menschen weltweit mehr als die Hälfte der Bevölkerung stellen. Daher sei es besonders wichtig, sie in politische Entscheidungsprozesse zu Bildungsfragen stärker einzubinden. Wegen ihrer partizipativen Strukturen seien die nicht-formale Bildung und das informelle Lernen besonders geeignet, das Engagement junger Menschen zu fördern.

Nach Meinung der Teilnehmenden konzentriert sich BNE derzeit noch zu sehr auf einzelne Projekte. Die Arbeit in Netzwerken und die Verankerung in der Bildungsplanung von Städten und Kommunen müssten deshalb verstärkt sowie bisher noch nicht erreichte Zielgruppen wie Migranten einbezogen werden. Neben einer sicheren Finanzierung sei ein kontinuierlicher Dialog zwischen den BNE-Akteuren und zentralen Akteuren der Wirtschaft unabdingbar. Außer einer besseren formellen Verankerung von BNE müssten auch Qualitäts- und Bildungsstandards mit quantitativen und qualitativen Indikatoren zur Evaluierung entwickelt werden. Einige Gäste aus dem Süden äußerten hierzu aber

Bedenken, da sie Indikatoren und Messbarmachung als einen Wettbewerb sehen, der sie auf die unteren Ränge verdrängen könnte. Alle Ergebnisse der fünf thematischen Workshops sowie die Redebeiträge wurden im Internet veröffentlicht.

Mehr Medienresonanz nötig

Das Ziel, die Präsenz von BNE in den Medien zu verbessern, wurde jedoch bisher nicht erreicht. Wer im Internet nach den Konferenzergebnissen sucht, wird zwar leicht auf den Seiten der Unesco oder beteiligter Organisationen fündig. Die meisten Zeitungen und Fernsehsender wiesen dagegen nur im Vorfeld auf die Veranstaltung hin. Allenfalls wurden die Aussagen von Ministerin Schavan wiedergegeben.

Auch tut eine effektivere Kommunikationsstruktur Not. So hatte das Robert-Wetzlar-Berufskolleg unter der schönen Bezeichnung „NRW denkt nachhaltig“ im Internet einen Blog zur Konferenz eingerichtet. Nachdem aber lediglich zwei Kommentare eingegangen waren, wurde das Diskussionsforum wieder geschlossen.

[Jürgen Forkel-Schubert]

- ▷ www.bne-portal.de (Gremien der UN-Dekade – Der Runde Tisch – Außerordentlicher Runder Tisch 2009)
- ▷ www.esd-world-conference-2009.org/de
- ▷ www.hamburg.de/nachhaltigkeitlernen-aktuelles
- ▷ www.daad.de/entwicklung (Veranstaltungen)
- ▷ www.nrw-denkt-nachhaltig.de/blog

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU Mobil Energie & Umwelt ausgezeichnet

□ Auf der Bonner Weltkonferenz (siehe vorhergehender Beitrag) wurden am 2. April die diesjährigen Auszeichnungen für sogenannte Dekade-Projekte vergeben. Zu den 53 zukunftsweisenden Bildungsprojekten aus ganz Deutschland gehört auch das ANU Mobil Energie & Umwelt aus Mecklenburg-Vorpommern. Bereits seit 2005 besucht das Mobil Schulen und andere Bildungseinrichtungen und bietet pädagogische Einheiten zu den Themen

Energie sparen, effektive Energieumwandlung und erneuerbare Energien an. Die Angebote richten sich an Schüler bis zur 10. Klasse sowie an Vereine und Initiativen.

- ▷ ANU Mobil, Dr. Holger Donle, E-Mail: mobil@anu-mobil.de, www.umweltbildung-mv.de, www.anu-mobil.de

Regionales Umweltzentrum Schortens feiert

□ Gleich mehrere Jubiläen gleichzeitig konnte das Regionale Umweltzentrum (RUZ) Schortens bei Wilhelmshaven feiern: das 15-jährige Bestehen, das Überschreiten der magischen Zahl von 100.000 Schülerbesuchen sowie über 10.000 Bildungsteilnehmer im letzten Jahr. Erfolgreiche Beispiele der Bildungsarbeit aus dem letzten Jahr sind Projekte zur Müllvermeidung und zum Energiesparen an Schulen sowie ein neuer barrierefreier Naturerlebnisgarten. Für 2009 hat das Zentrum neue Ideen, darunter ein „Klimafrühstück“ und Entdeckertouren in Friesland.

- ▷ www.ruz-schortens.de

ANU Bayern bietet ANU-Mitgliedern günstige Haftpflichtversicherung an

□ Die ANU-Fachgruppe Freiberuflich Tätige hat unter Leitung von Caroline Fischer die Grundlagen für eine auf den Tätigkeitsbereich von UmweltpädagogenInnen zugeschnittene Haftpflichtversicherung ausgearbeitet und sehr günstige Tarife dafür ausgehandelt. Die Bernhard Assekuranzmakler GmbH gewährt allen ANU-Mitgliedern zehn Prozent Ermäßigung auf die Betriebshaftpflichtversicherung. Zudem ist der Beitragssatz nach dem Umfang der Tätigkeit gestaffelt. Auch institutionelle ANU-Mitglieder wie Umweltzentren oder Vereine können die Vergünstigungen beanspruchen. Die Fachgruppe hat auch einen Katalog potenzieller Risiken erarbeitet, der als Grundlage zur Überprüfung einer bereits vorhandenen Berufshaftpflichtversicherung dienen kann.

- ▷ www.umweltbildung-bayern.de/service-versicherungen.html

Zukunft der Landeslehrstätte Lebus ist ungewiss

□ Die Zukunft der Landeslehrstätte für Natur und Umwelt Lebus bei Frankfurt an der Oder ist ungewiss. Brandenburgs Umweltminister Dietmar Woidke hat deutlich gemacht, dass das Land die Einrichtung nicht mehr allein tragen könne. Von 2000 bis 2007 kostete die Einrichtung das Land knapp 2,7 Millionen Euro. Daher soll die Trägerschaft verändert und erweitert werden. Doch auch in Zukunft soll in Lebus weiterhin Umweltbildung vermittelt werden. Die Einrichtung habe sich bei der Ausbildung von Fachkräften einen Namen gemacht und werde gebraucht, sagte Woidke. Ausgelöst hatte die Debatte eine parlamentarische Anfrage im vergangenen Herbst letzten Jahres.

- ▷ www.parldok.brandenburg.de (Drucksache 4/6916)

Lübecker Umweltstiftung soll Umweltbildungsprojekte sichern

□ Als Reaktion auf die Tschernobyl-Katastrophe gründete der Verein Landwege in Lübeck eine Erzeuger-Verbraucher-Initiative mit Vermarktungsgemeinschaft. Doch der Ringstedtenhof mit seinen rund 80 Hektar landwirtschaftlicher Flächen wird nicht nur als Biolandbetrieb genutzt, er dient auch der Umweltbildung. Schulklassen können den Hof besuchen, aber auch Seminare werden angeboten. Im Internet sind zum Beispiel die Ergebnisse des Seminars über Gestaltungskompetenz vom Oktober 2008 abrufbar. Der Jugend-Naturschutz-Hof auf dem Gelände und ein Naturkindergarten im Wesloer Forst sind wichtige Projekte, die Kinder an die Natur und gesunde Ernährung heranführen sollen. Um diese umweltpädagogischen Projekte langfristig zu sichern, plant der Verein nun die Gründung einer Landwege-Umweltstiftung. Ein Großteil des erforderlichen Gründungskapitals in Höhe von 25.000 Euro wurde bereits eingeworben. Die Stadt Lübeck unterstützt die Idee.

- ▷ www.landwege.de

**THEMA: BILDUNG FÜR
NACHHALTIGE ENTWICKLUNG**

Bundestag für Fortführung der UN-Dekade

□ Der Bundestag hat Ende März einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und SPD angenommen. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, die Deutsche Unesco-Kommission weiter mit der Koordinierung der Weltdekade BNE zu beauftragen und ausreichend finanziell auszustatten. Außerdem sollen der Dialog mit internationalen Akteuren ausgebaut und Initiativen zur Einrichtung von Unesco-Lehrstühlen für nachhaltige Entwicklung an Hochschulen und zur Transferforschung ergriffen werden. Die Bundesregierung soll auch darauf hinwirken, dass die Unesco die UN-Dekade BNE mit anderen Programmen verknüpft und auch nach Ende der Dekade Perspektiven für BNE eröffnet. Abgelehnt wurde dagegen ein ähnlicher Antrag der Linksfraktion, Bildung als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern zu verankern und deren Bildungsausgaben auf mindestens sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen.

▷ <http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>
(Dokumente – Nummer: 16/12450)

Grüne wollen nachhaltige Entwicklung als Ziel der Hochschulpolitik

□ Nachhaltige Entwicklung soll zu einem Ziel der Hochschul- und Forschungspolitik werden. Dafür tritt die Bundesarbeitsgemeinschaft Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik der Grünen in einem Positionspapier ein. Forschungsstrukturen und -förderung müssten Nachhaltigkeitsaspekte stärker berücksichtigen. BNE solle integratives Element von Studiengängen werden. Hochschulen und öffentliche Forschungseinrichtungen seien Orte mit Vorbildfunktion. Ein „Green New Deal“ müsse die im Konjunkturpaket enthaltenen Investitionen sinnvoll nutzen, etwa für die energetische Gebäudesanierung.

▷ www.bag-wht.de

Handbuch „Learning Sustainability“

□ Zur Weltkonferenz in Bonn ist eine englischsprachige Broschüre „Learning Sustainability“ erschienen. Sie stellt Akteure, Gremien und Projekte der UN-Dekade BNE in Deutschland vor. Das Handbuch enthält außerdem den kompletten Nationalen Aktionsplan und eine Darstellung der offiziellen Städte und Kommunen der UN-Dekade sowie die Dekade-Projekte und bietet einen Überblick über die umfassende und vielfältige Arbeit an der Basis.

▷ www.bne-portal.de (Neuerscheinungen)

Neues BNE-Journal zur Finanzkrise

□ Noch ist ungewiss, ob die Finanzkrise neben rein ökonomischen Interessen auch Werten wie Umwelt- und Sozialverträglichkeit mehr Chancen eröffnet. Im neuen BNE-Journal erläutern Fachleute, wie unser Finanzsystem in Richtung Nachhaltigkeit verändert werden muss und warum nicht nachhaltig arbeitende Unternehmen sich selbst schaden. Darüber werden offizielle Projekte der UN-Dekade vorgestellt, die Bürgern helfen, Finanzkompetenz aufzubauen und sich im vielfältigen Angebot der Finanzdienstleistungen zurechtzufinden.

▷ Kostenloser Download: www.bne-dekade.de
(Journal)

Hamburg: Vierter Aktionsplan BNE

□ Bereits zum vierten Mal wurden die im Hamburger Aktionsplan (HHAP) versammelten rund 120 Maßnahmen zur UN-Dekade BNE ausgewertet. Der HHAP zeigt, dass Hamburg auch im Bildungsbereich eine attraktive Weltstadt ist. Der Aktionsplan der Initiative „Hamburg lernt Nachhaltigkeit“ kann kostenlos angefordert oder im Internet heruntergeladen werden. Dort findet man auch eine Schriftenreihe zu wichtigen Projekten zur UN-Dekade, einen vierteljährlichen Rundbrief zu Nachhaltigkeitsaktivitäten in Hamburg und die Vorträge der monatlichen Fachgespräche zwischen Akteuren und Fachleuten.

▷ www.hamburg.de/nachhaltigkeitlernen

Nordrhein-Westfalen: Themenheft zur BNE

□ Ein Themenheft zu BNE ist als Ausgabe 1/2009 der Zeitschrift „Natur in NRW“ beim Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz erschienen. Es bietet einen guten Überblick – von einer Bilanz der Umweltbildung in den Biologischen Stationen über Qualitätsanforderungen in Waldpädagogik und dem zertifizierten Natur- und Landschaftsführer bis zum Bildungsnetzwerk „Aktion Zukunft Lernen“.

Die Natur- und Umweltakademie NRW hat einen Leitfaden „Schule der Zukunft – Bildung für Nachhaltigkeit“ herausgegeben, in dem alle Schulen aufgefordert werden, BNE-Projekte zu starten und sich bis 2011 für die Auszeichnung „Schule der Zukunft“ zu bewerben.

▷ www.lanuv.nrw.de, www.nua.nrw.de
▷ www.schule-der-zukunft.de

Neue Evaluierung außerschulischer BNE

□ Seit 1989 verbreitet die ANU Informationen über deutsche Umweltzentren gedruckt oder im Internet. Die ANU-Webseite bietet dazu heute die wohl umfangreichste Datenbank mit rund 1.200 frei verfügbaren Beschreibungen. Gerhard de Haan hat 1998/99 eine Bestandsaufnahme aller außerschulischen Umweltbildungseinrichtungen in Deutschland veröffentlicht. Er befragte 2.850 Einrichtungen nach Programm, Zielgruppen, Kooperationen, Organisationsform und Qualifikation der MitarbeiterInnen. Nach nunmehr zehn Jahren soll diese Umfrage erneut durchgeführt werden, allerdings werden diesmal auch verwandte Felder einer BNE wie entwicklungsbezogene Bildung oder Gesundheitsbildung erfasst. Die Erfassung führt Horst Rode im Auftrag von Gerd Michelsen von der Universität Lüneburg durch. Die Ergebnisse dienen dazu, künftige Finanzierungs- und Förderschwerpunkte der DBU zu identifizieren.

▷ Dr. Horst Rode, Tel. +49 (0)4131 / 6772939,
E-Mail: ausserschul.bne@uni.leuphana.de
▷ ökopädNEWS 104, März 2000: Evaluation zur außerschulischen Umweltbildung in Deutschland.
www.umweltbildung.de/oekopaednews.html

BNE-Themenheft in Rheinland-Pfalz

□ Das „umweltjournal“ aus Rheinland-Pfalz hat sich im März schwerpunktmäßig mit BNE befasst. Das kostenlose Heft stellt unter anderem die drei Workshops des Landes auf der Bonner Weltkonferenz vor und spannt einen Bogen von den Landesaktivitäten in den einzelnen Bildungsbereichen über Aussagen des Nachhaltigkeitsrates bis zur BNE in Uganda.

- ▷ www.nachhaltigkeit.bildung.rlp.de/bne-in-rlp/aktuelles

BNE in der Schweiz

□ Das Schweizerische Bundesamt für Raumentwicklung ARE hat auf seiner Webseite zur Nachhaltigen Entwicklung die Rubrik Bildung neu eingestellt. Dort findet man neben einer Liste mit Akteuren auch wichtige Dokumente wie den „BNE-Maßnahmenplan 2007–2014“, durch den BNE in die geplanten sprachregionalen Lehrpläne, die Lehrerbildung und die Qualitätsentwicklung von Schulen integriert werden soll. Die Kosten für die Umsetzung werden auf rund 1,5 Millionen Franken geschätzt. Im kommenden Jahr soll der Maßnahmenplan evaluiert und angepasst werden. Eine Bestandsaufnahme zur BNE und eine Bilanz der UN-Dekade in der Schweiz bietet der Infodienst 1/2009 der Stiftung SUB FEE. Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) stellt die Ergebnisse der interministeriellen Koordinationskonferenz BNE vor.

- ▷ www.are.admin.ch/themen (Nachhaltige Entwicklung)
- ▷ www.umweltbildung.ch/sub/produits/info.asp (Infodienst 1/2009)
- ▷ www.edk.ch (Weitere Themen – Nachhaltige Entwicklung)
- ▷ www.education21.ch (Modell-Lehrgang BNE Sekundarstufe I)

BNE in Österreich

□ Ende November 2008 veranstaltete der österreichische Umweltdachverband die Tagung „Bildung für Nachhaltige Ent-

wicklung – Status quo und Perspektiven in der Naturvermittlung“. Die Zusammenfassung der Referate und Ergebnisse im Internet zeigt, inwiefern die Prinzipien der BNE Eingang in die Angebote der Naturvermittlung gefunden haben.

- ▷ www.umweltdachverband.at/service/veranstaltungsnachlese/bne-08

UMWELTBILDUNGS-TERMINKALENDER

Weitere aktuelle Termine: www.umweltbildung.de. Stellen Sie Ihre Termine dort selbst kostenlos ein!

06.06., Erfurt (D)

Eigenverantwortung. Kindertageseinrichtungen und Schulen auf dem Weg mit Ausstellung BNE.

- 7. Thüringer Bildungssymposium
- ▷ www.dekade-thueringen.de
- ▷ www.bildungssymposium.de

12.–14.06., Frankfurt am Main (D)

Biopoli. Klima & Landwirtschaft. Qualifizierungssseminar

- ▷ www.bukoagrar.de

15.06., München (D)

Werkstatt-Treffen der ANU Bayern

- ▷ www.umweltbildung-bayern.de

15.–19.06., Wildeshausen/Lkr. Oldenburg (D)

Weaving Peacemaking – Community Mentoring. Ways into nature related communities

- ▷ www.wildnisschule.de

16.06., Möhnesee/Kr. Soest (D)

Wasser und Feuer. Praxiswerkstatt

- ▷ www.nua.nrw.de

16.–17.06., Willingrade/Schleswig-Holstein (D)

Mit Märchen die Natur verstehen

- ▷ www.afnu.schleswig-holstein.de

17.06., Welzheim/Baden-Württemberg

Ökonomie plus Ökologie. Nachhaltige Verpflegung bei Tagungen und in Tagungshäusern

- ▷ www.umweltakademie.baden-wuerttemberg.de

18.–19.06., Pappenheim/Mittelfranken (D)

Exkursionsdidaktik für Naturführer

- ▷ www.anl.bayern.de

18.–22.06., Diethenhofen/Mittelfranken (D)

Wildpflanzen bestimmen und verwenden

- ▷ www.reinhard-witt.de

22.06., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

Natur erleben. Das perfekte naturtouristische Angebot. Seminar zu besucherorientierter Interpretation

- ▷ www.nna.de

23.06., München (D)

Klimawandel und nachhaltige Entwicklung. Chancen und Grenzen nachwachsender Rohstoffe.

Lehrerfortbildung

- ▷ www.oebz.de

23.06., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

Natur erleben. Naturerlebnisprojekte und -angebote. Erfahrungsaustausch

- ▷ www.nna.de

25.06., Osnabrück (D)

Sport und Umwelt – Ein starkes Team. Perspektiven einer umweltverträglichen Sportentwicklung

- ▷ www.dbu.de

03.07., Karlsruhe (D)

Nachhaltigkeit: Die Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Global Governance für eine zukunftsfähige Weltgesellschaft

- ▷ www.ev-akademie.de

03.–05.07., Hannover (D)

Beteiligung, Selbstaussdruck, Kreative Medien, Zusammenarbeit. Interkulturelle Tagung

- ▷ www.vepik.de

Impressum **ökopädNEWS**

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),
jfs@oekopaednews.de;
Birgit Paulsen, Webmaster, netzwerk@anu.de
ANU-Bundesverband Deutschland e.V.,
Philipp-August-Schleißner-Weg 2, D-63452 Hanau,
Tel. +49 (0)6181 / 1804778, bundesverband@anu.de,
www.umweltbildung.de